

Zukunftsplan Burgenland 2030

Zusammenhalt
Sicherheit
Nachhaltigkeit

Regierungsprogramm der Burgenländischen Landesregierung
2025 bis 2030 | XXIII. Gesetzgebungsperiode

Bild: KI generiert

Zukunftsplan Burgenland 2030

Regierungsprogramm der Burgenländischen Landesregierung
für die XXIII. Gesetzgebungsperiode | 2025 bis 2030

Eisenstadt, am 5. Februar 2025

Inhalt

Präambel: 6
Der eigenständige Burgenländische Weg

1. Gesundheit: 12
Offensivkurs fortsetzen – für wohnortnahe Spitzenmedizin

2. Pflege und Betreuung: 18
Burgenlands Vorreiterrolle ausbauen, Pflege „daheim" so lange wie möglich

3. Arbeitsmarkt: 22
Arbeitslosigkeit senken, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen

4. Wirtschaft und Standort: 26
Aktive Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum

5. Breitband, Digitalisierung und Forschung: 30
Alle Innovationspotenziale für die Zukunft nutzen

6. Soziales: 34
Land des Zusammenhalts: Treffsichere Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird

7. Ältere Generation, Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe: 38
Selbstbestimmung und Teilhabe: Beste Lebensqualität für alle

8. Energie: 42
Unabhängigkeit und Wohlstand durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien sichern

9. Klimaschutz und Klimawandelanpassung: 48
Verantwortung übernehmen – Miteinander für den Klimaschutz

10. Umwelt- und Naturschutz: 52
Lebensgrundlagen bewahren – ein guter Boden für die Zukunft

11. Landwirtschaft: 56
Bio und regional – das Beste für Konsumenten und Produzenten

12. Sicherheit, Asyl und Integration: 60
Sicherheit durch Klarheit und Verantwortung

13. Bildung: 64
Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung

14. Kultur und Volksgruppen: 70
Vielfalt im Burgenland – Land der gemeinsamen Zukunft

15. Tourismus: 76
Qualitätskurs fortsetzen, Destination Burgenland weiter stärken

16. Weinwirtschaft: 80
Marke Burgenland international ins Rampenlicht stellen

17. Frauen: 84
Gleichstellung und Stärkung – Frauen im Burgenland

18. Familie und Jugend: 88
Für Chancengleichheit, Sicherheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

19. Gemeinden: 92
Herausforderungen partnerschaftlich meistern

20. Finanzen und Holding: 96
Stabile Finanzen und starke öffentliche Leistungen

21. Wohnbau und Raumplanung: 100
Ja zu leistbarem Wohnbau, nein zu Bodenversiegelung

22. Verkehr und Infrastruktur: 104
Für eine starke Anbindung und nachhaltige Entwicklung im Burgenland

23. Tierschutz und Tierhaltung: 108
Verantwortung für das Wohl unserer Nutz- und Haustiere

24. Jagd und Fischerei: 110
Nachhaltig im Einklang mit Natur, Tradition und Fortschritt

25. Wassermanagement: 114
Die wertvollste Ressource vor dem Klimawandel bewahren

26. Feuerwehr und Katastrophenschutz: 118
Schutz und Sicherheit für unsere Gemeinschaft haben oberste Priorität

27. Sport: 122
Sportliche Vielfalt im Burgenland – Bewegung für alle

28. Werte und Vereine: 124
Das Burgenland bleibt ein Land des Miteinanders

29. Demokratie, Transparenz, moderne Verwaltung und Konsumentenschutz: 128
Vertrauen durch Transparenz: Gelebte Demokratie im Burgenland

30. Europa: 132
Internationale Beziehungen in einem Europa der Regionen aktiv ausbauen

Präambel

Der eigenständige burgenländische Weg – mit Zusammenhalt, Vernunft und Stabilität in eine nachhaltige und sichere Zukunft für alle

Das Burgenland steht für sozialen Zusammenhalt, Sicherheit, kulturelle Vielfalt und Nachhaltigkeit. Mit Fleiß und Optimismus haben die Menschen in den letzten Jahrzehnten und Jahren einen enormen Aufschwung geschafft. Das Burgenland hat sich in vielen für die Menschen wichtigen Bereichen an die Spitze innerhalb Österreichs katapultiert. Dieser **erfolgreiche, selbstbewusste und eigenständige** Weg soll im Interesse der burgenländischen Bevölkerung auch in den nächsten fünf Jahren weitergegangen und qualitativ weiterentwickelt werden. Wir verbinden Sicherheit und Stabilität mit Mut und neuen Ideen.

Die burgenländische Sozialdemokratie und die burgenländischen Grünen bilden auf der Grundlage des Ergebnisses der Landtagswahl am 19. Jänner 2025 eine gemeinsame Landesregierung. Das vorliegende Arbeitsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtags ist das Fundament für die Zusammenarbeit von SPÖ und den Grünen im Burgenländischen Landtag. Wir legen damit das erste Regierungsprogramm einer sozial-ökologischen, nachhaltigen und stabilen Zukunftskoalition zwischen SPÖ und Grünen für das Burgenland vor, die von Sicherheit, Aufschwung und Zusammenhalt geprägt ist. Wir wollen **auf den Errungenschaften der Vergangenheit aufbauen** und das Burgenland mit Verantwortung, Zuversicht und Mut in eine weiterhin positive Zukunft führen.

Mit der Sozialdemokratie und den Grünen haben sich zwei politische Kräfte gefunden, die ihre Politik konsequent an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. So stehen die **Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer** im Mittelpunkt des Arbeitsprogrammes. SPÖ und Grüne fühlen sich ausschließlich dem Wohlergehen der burgenländischen Bevölkerung verpflichtet und daher war es auch folgerichtig, das Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre in Rekordzeit zu erarbeiten, damit die neue Burgenländische Landesregierung möglichst rasch ihre Arbeit aufnehmen kann. Vom Wahltag bis zur konstituierenden Landtagssitzung vergingen lediglich 18 Tage. Das gelingt nur dann, wenn Politik nicht als Selbstzweck und ideologisches Schattenboxen verstanden wird. Wir wollen der burgenländischen Bevölkerung zeigen, dass wir mit einer **transparenten und ehrlichen Politik** gemeinsam viel erreichen können.

Die Gegenwart und die letzten Jahre waren und sind von verschiedenen globalen Krisen geprägt, deren gesellschaftliche, finanzielle und soziale Auswirkungen auch bei uns im Burgenland gespürt werden. Daher ist es für eine Burgenländische Landesregierung wichtiger denn je, **das Gemeinsame vor das Trennende** zu stellen und auch einen wertschätzenden und vertrauensvollen Umgang vorzuleben. Wir wollen eine politische Kultur, die von Respekt, Transparenz und Toleranz geprägt ist. Das sind die Grundvoraussetzungen für eine konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Burgenländischen Landesregierung, um die Lebensbedingungen der Burgenländerinnen und Burgenländer zu verbessern, Krisen zu bewältigen und positive Perspektiven zu eröffnen. Wir werden unsere Politik in den nächsten Jahren konsequent danach ausrichten, wir werden für die burgenländische Bevölkerung da sein und werden dabei

ein stabiler Partner sein, auf den sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verlassen können.
„Das Burgenland ist für die kulturelle Vielfalt und das friedliche Zusammenleben ein Vorbild für ganz Europa" (Oliver Rathkolb, 2021). Das zeichnet das Burgenland aus und wir wollen darauf achten, dass diese kulturelle Vielfalt und das friedliche Zusammenleben auch erhalten bleiben, sich weiterentwickeln und gelebt werden. Daher ist es auch wichtig, dass wir uns auf unsere Traditionen und Werte besinnen, bei gleichzeitiger Offenheit für Neues und größtmöglicher Toleranz. Unser **burgenländisches Werteverständnis** beruht auf christlichen Traditionen, dem jüdischen Erbe und den Errungenschaften der Aufklärung und begründet die heutige burgenländische Gesellschaft in ihrer auf Freiheit basierenden demokratischen Grundordnung. Der Zusammenhalt untereinander ist im Burgenland größer als anderswo, und wir sind sehr stolz darauf. Die Landesregierung bekennt sich dazu, den Zusammenhalt im Land hochzuhalten. Trotz aller Unterschiede wollen wir die vorhandene Wertebasis als zentrale Gemeinsamkeit im Land weiterhin unterstützen und fördern. Dazu gehört die **christliche Tradition** ebenso wie das Bekenntnis zur Menschlichkeit. Daher wollen wir zum Beispiel keine Verbannung des Kreuzes aus dem öffentlichen Raum, aber auch das Festhalten am Verbot der Sonntagsöffnung oder den Karfreitag als Feiertag für alle.

Toleranz, Respekt und Wertschätzung gegenüber allen Menschen, ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Weltanschauung sind die unverrückbaren Paradigmen unserer gemeinsamen Politik. Daher stellen wir uns aktiv und mit aller Klarheit **gegen alle extremistischen und antidemokratischen Tendenzen** und Strömungen, die die Errungenschaften unserer Demokratie und des Rechtsstaates in Frage stellen oder gar bekämpfen.

Wir nehmen die Sorgen der burgenländischen Bevölkerung bei Asyl, Migration, Integration und Grenzschutz ernst und wollen durch eine aktive Politik zu Lösungen verschiedener Problembereiche in diesem Zusammenhang beitragen. Dazu ist es notwendig, dass zwischen Asyl und Migration unterschieden wird. Jene Menschen, die einen Asylgrund haben, sollen selbstverständlich aufgenommen werden, im Umkehrschluss bedeutet dies aber, dass jene Menschen wieder das Land verlassen müssen, bei denen dies in einem rechtsstaatlichen Verfahren so entschieden wurde. Das Burgenland ist bekannt für seine **Hilfsbereitschaft** und Offenheit gegenüber Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen in unser Land kommen. Aus **Verantwortung** gegenüber der burgenländischen Bevölkerung wollen wir allerdings danach trachten, dass unsere Systeme nicht überlastet werden und es nicht zu gesellschaftlichen Spannungen kommt. Unsere Politik in diesem Zusammenhang basiert auf den universellen, unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention, den Genfer Konventionen usw. verankert wurden. Unsere Zugänge zu Asyl, Migration, Integration und Grenzschutz basieren auf internationalen und nationalen Rechtsnormen. Für eine gelungene Integration braucht es **klare Regelungen** und eine Bereitschaft, diese auch zu respektieren. Wir fördern und fordern aber auch das Erlernen der deutschen Sprache, die Integration am Arbeitsmarkt, das Respektieren von Frauenrechten und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die Landesregierung bekennt sich zu einem starken Europa, das für Demokratie, Frieden, Wohlstand, Freiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit steht. Als eigenständiges und selbstbewusstes Land fühlen wir uns somit als Teil eines vereinten Europas und nützen unsere besondere geografische Situation als Brückenkopf für die umliegenden Regionen. Am 1.1.1995 trat Österreich der Europäischen Union bei und gerade das Burgenland als Grenz-Bundesland hat enorm von der EU profitiert. Die neue Landesregierung wird daher ganz bewusst im ersten Regierungsjahr einen **europäischen Schwerpunkt** setzen und dieses Jubiläum mit einer Enquete im Burgenländischen Landtag würdigen.

Gerade unsere heimische Wirtschaft profitiert vom wirtschaftlichen Austausch in Europa und den umliegenden Regionen. Die Landesregierung will weiterhin eng mit den Vertretern und Vertreterinnen der Wirtschaft zusammenarbeiten, um bestmögliche Rahmenbedingungen für heimische Betriebe zu garantieren. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur **freien Marktwirtschaft** ebenso wie zu einer starken Rolle des Landes, wo es um **Leistungen der Daseinsvorsorge** geht. Wir stehen für ein starkes Miteinander zwischen Land und Wirtschaft, ohne prosperierende Wirtschaft kann sich ein Land nicht weiterentwickeln.

Das Burgenland hat früher als andere Regionen erkannt, dass der Ausbau von erneuerbaren Energiequellen und der achtsame Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen im Sinne der Nachhaltigkeit und der **Verpflichtung gegenüber unseren nächsten Generationen** von zentraler Bedeutung sind. Dieser eingeschlagene Weg wird in diesem Sinne in der nächsten Legislaturperiode beschleunigt werden. Wir wollen das Burgenland gemeinsam bis 2030 in die Energieunabhängigkeit mit Preisstabilität führen, den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen und für alle leistbar machen, die Bodenversiegelung und den Flächenverbrauch reduzieren und bekennen uns zum Naturschutz- und Umweltland Burgenland, wie auch zu den einschlägigen Konventionen, wie dem UNESCO Welterbe.

Mit dem vorliegenden Regierungsprogramm wollen wir das Burgenland qualitativ weiterentwickeln, damit wir auch weiterhin eine europaweite Vorreiterregion in vielen Bereichen bleiben. Wir wollen ein lebenswertes und leistbares Burgenland, wo die Bürgerinnen und Bürger sicher leben und wohnen können und wo alle verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gut miteinander auskommen. Daher wurden für die Regierungsmaßnahmen eine Reihe von kleineren und größeren Projekten formuliert und entwickelt, die in den nächsten fünf Jahren die Basis für die Arbeit der Burgenländischen Landesregierung sein werden. Diese vielen unterschiedlichen Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen werden wir nachvollziehbar und transparent sukzessive umsetzen. Besonders wichtig sind uns **zukunftsorientierte Leuchtturmprojekte**, die im Folgenden exemplarisch dargestellt werden:

- Die **bedarfsnahe Pflege** unserer älteren Bürgerinnen und Bürger bleibt auch in den nächsten fünf Jahren Markenzeichen unseres burgenländischen Wegs. Die wohnortnahe Pflege mit der Errichtung von 71 Pflegestützpunkten wird konsequent weitergeführt. Zusätzliches Ziel ist es, dass in allen burgenländischen Gemeinden eine bedarfsgerechte Einrichtung für die ältere Generation errichtet wird. Gleichzeitig werden Ausbildungsinitiativen in den Bereichen Pflege und Gesundheit fortgesetzt,

um den Personalbedarf auch in Zukunft zu garantieren.

- Die **burgenländische 5-Spitäler-Garantie** bleibt aufrecht. Mit dem Neubau einer Klinik in Gols werden wir ein Vorzeigeprojekt realisieren und beweisen, wie ein Spitalsbau in einem sensiblen Naturgebiet nachhaltig und ökologisch gelingen kann. Der Plan, eine eigene Privatuniversität für Medizin im Süden zu etablieren, wird vorangetrieben.
- Wir wollen einen neuen Weg bei der Lehrlingsausbildung einschlagen. Es sollen drei **überbetriebliche Lehrwerkstätten** eingerichtet werden, in denen die benötigten Facharbeiterinnen und Facharbeiter der Zukunft gut ausgebildet werden. Bei der Therme Stegersbach sollen Tourismusberufe, in Pinkafeld Berufe für Elektrotechnik und in Eisenstadt Berufe in Metalltechnik ausgebildet werden.
- Um den Wirtschaftsstandort Burgenland weiter zu stärken, wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Burgenland ein **Internationalisierungscenter** umgesetzt, das heimische Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte unterstützen soll.
- Wir setzen auf kleinräumige Unterbringung und Betreuung von Asylwerbenden und von Beginn an auf **Integration**. Aufgrund der besonderen geografischen Situation und den Erfahrungen seit 2015 stehen wir für eine konsequente und eigenständige Asylpolitik mit beispielsweise einer Obergrenze und gemeinnütziger Arbeit.
- Wir wollen dem Burgenland ein eigenes **Klimaschutzgesetz** geben. Bodenschutz, die Reduzierung von Bodenverbrauch und der sorgsame Umgang mit unseren Umweltressourcen stehen ganz oben auf der Agenda unserer Politik.
- Der Weg in Richtung Klimaneutralität und Energieautarkie bis 2030 wird konsequent fortgesetzt. Mit dem „**Project Tomorrow**“, dem größten Ausbau Erneuerbarer Energie und neuer Speicherkapazitäten, aber auch mit der ersten landesweiten Energiegemeinschaft, dem „**Fanclub Burgenland Unabhängig**“ gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung bilanzieller Klimaneutralität und Energieautarkie bis 2030. Mit einer Pflicht zur Errichtung von PV-Anlagen bei neuen Gewerbebauten und neuen Gewerbe-Parkplätzen verstärken wir die Photovoltaik-Offensive. Sozial gestaffelte Förderungen, insbesondere für Balkonkraftwerke, machen Photovoltaik auch für einkommensschwache Haushalte leistbar. Parallel bauen wir die Windenergie und die Ladeinfrastruktur für E-Autos deutlich aus.
- Mit einer **Offensive beim Bodenschutz** wollen wir unsere wertvollen landwirtschaftlichen Böden erhalten und verbessern und die Bodenversiegelung reduzieren. Wir wollen Leerstand vermeiden und unsere Ortszentren aufwerten. Mit einer Entsiegelungsprämie, einem Entsiegelungswettbewerb und der Erarbeitung eines Modells einer Leerstandsabgabe wird das Burgenland Vorreiter im Bodenschutz.
- Mit der Implementierung einer **Ehrenamts-Versicherung** sollen das funktionierende Vereinswesen, das Ehrenamt und das politische Engagement in den Regionen und Gemeinden gestärkt werden.
- Der Tierschutz ist uns ebenfalls ein besonderes Anliegen. Im Südburgenland soll daher ein **neues Tierschutzhaus** entstehen.

- Mit der Umsetzung eines KUZ in Neusiedl am See wird es künftig **in jedem Bezirk ein eigenes Landeskulturzentrum** geben, in dem niederschwellig Kunst und Kultur vermittelt werden.
- Demokratie, Transparenz sowie die **Wahrung moralischer Grundsätze** sind die Grundlagen einer sauberen erfolgreichen Politik. Dem werden wir unter anderem gerecht, indem bei strafrechtlich rechtskräftiger Anklage von Regierungsmitgliedern oder Abgeordneten konsequente Sanktionen verankert werden.

Unsere gemeinsame Politik wird sich immer an sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit orientieren. Die Umsetzung des Regierungsprogrammes soll das **Wohl zukünftiger Generationen** und die **Erhaltung unseres hoch qualitativen Lebens- und Sozialraums** im Burgenland gewährleisten. Diese Verantwortung ist das zentrale Paradigma unserer Politik. Mit einer klugen und stabilen Finanz- und Budgetpolitik wird es uns gemeinsam gelingen, die kommenden Herausforderungen zu bewältigen.
Wir haben auch vereinbart, dass wir zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Evaluierung des vorliegenden Regierungsprogramms vornehmen werden, um die Umsetzung unserer Politik zu analysieren, zu bewerten und zu adaptieren.

Eisenstadt, am 5. Februar 2025

Für die SPÖ Burgenland

Mag. Hans Peter Doskozil

Für die Grünen Burgenland

Gesundheit

Offensivkurs fortsetzen – für wohnortnahe Spitzenmedizin

Das Burgenland hat eine österreichweit beispiellose Offensivstrategie im Bereich der Gesundheitsversorgung eingeschlagen, die als eines der Kernthemen der neuen Regierungsperiode fortgesetzt werden soll. Vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Diskussion über „Gastpatientinnen und Gastpatienten" sollen neue Versorgungsangebote und spitzenmedizinische Leistungen für die Bevölkerung in allen Landesteilen geschaffen werden. Dazu gehört der Ausbau bestehender Kliniken sowie der Neubau einer Klinik in Gols. Auch der niedergelassene Bereich soll abgesichert werden. Ein eigenständiger Weg in der Medizin-Ausbildung sowie die Rekrutierung des nötigen Gesundheitspersonals sollen neben einer Vielzahl weiterer Maßnahmen dazu beitragen, eine hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung im Burgenland zu gewährleisten. Damit soll eine Gesundheitslandschaft geschaffen werden, die mit den Bedürfnissen der Bevölkerung wächst und langfristig konkurrenzfähig bleibt.

Die burgenländische **5-Spitäler-Garantie** stellt sicher, dass die Bevölkerung in allen Landesteilen bestmöglich versorgt ist. Durch dieses Bekenntnis soll die wohnortnahe Versorgung erhalten bleiben und bedarfsgerecht angepasst werden.

Ein Leitprojekt dieser Regierungsperiode ist die Umsetzung der **Klinik Gols** als Vorzeigeprojekt einer idealen Kombination von Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mit einem sich in das Landschaftsbild einfügenden klima-, boden- und grundwasserschonenden Spitalsbau. Das **Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt** und die neue **Klinik Oberwart** werden als Schwerpunktkrankenhäuser mit umfassenden Leistungsspektren im laufenden Betrieb ausgebaut. Fachliche Spezialisierungen der **Kliniken Güssing, Oberpullendorf und Kittsee**, bei denen es auch bauliche Maßnahmen geben wird, sichern qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Durch die Spezialisierungen der einzelnen Klinikstandorte zusätzlich zur gebotenen medizinischen Basisversorgung soll den steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen Rechnung getragen werden, mit dem Ziel, die Behandlung im eigenen Bundesland zu ermöglichen und Wartezeiten zu reduzieren. Dabei spielt auch die Zusammenarbeit zwischen den Kliniken eine wesentliche Rolle.

Im **Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt** schreitet die Umsetzung des Masterplans 2030 voran. Bis 2035 soll hier schrittweise saniert und ausgebaut werden:

- Erweiterung der **Bettenkapazität in der Psychiatrie**
- Weiterer Ausbau des Angebots für **psychosomatische Behandlungen** auf der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde
- Kapazitätserweiterungen des **Intensivbereichs für Kinder und Frühgeborene** an der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde
- **Erweiterungen der ICU** (Intensiv Care Unit) mit zusätzlichen Beatmungsplätzen, der IMCU (Intermediate Care Unit)
- Bauliche **Erweiterung der Dialyseplätze**
- Erweiterungen der **onkologischen Tagesklinik**
- **Anpassung der Geburtenstation** an wachsende Anforderungen

- Errichtung **neuer Operationseinheiten** inklusive Hybrid-OP und der Möglichkeit zum Einsatz von Robotik, zentraler Empfangs-, Aufnahme- und Aufwachbereich (Holding Area) direkt vor dem OP-Bereich
- Erweiterung und Adaptierung der **ZAE** (Zentrale Ambulante Erstversorgung)
- **Zentralisierung der Ambulanzen**

Am Standort der neuen **Klinik Oberwart** sind während des laufenden Betriebs bereits die nächsten baulichen und inhaltlichen Neuerungen geplant. Das alte Spitalsgebäude soll abgetragen werden. Neue Abteilungen wie etwa eine Neurochirurgie sowie eine HNO-Vollabteilung werden implementiert. Hier werden auch die Bettenkapazitäten aufgestockt, insbesondere die Anzahl der Psychosomatikbetten in der Kinder- und Jugendabteilung. Weiters werden die OP-Kapazitäten erweitert.

Die **Klinik Güssing** wird ausgebaut und modernisiert. So ist etwa der Zubau eines vorgelagerten Ambulatoriums in Planung.

Der Standort der **Klinik Oberpullendorf** soll in den nächsten zehn Jahren Schritt für Schritt erneuert werden, mit dem Logistikzentrum ist die erste Maßnahme hierzu erfolgt. Die Bettenkapazitäten sollen erhöht werden, neue Abteilungen werden aufgebaut, wie etwa eine Augenvollabteilung. Die Kinderwunschklinik soll ausgebaut werden.

In der **Klinik Kittsee** wird der Bettentrakt adaptiert. Auch die Operationssäle werden angepasst, damit unter anderem Anforderungen für das geplante Traumanetzwerk sowie für künftige orthopädische Eingriffe erfüllt werden. Ab 2026 soll in Kittsee die neue Abteilung für Orthopädie in Betrieb gehen.

Der **Neubau der Klinik in Gols** soll die medizinische Versorgung im Nordburgenland auf ein neues Niveau heben. Die bisherigen Beschlüsse aus der vorangegangenen Regierungsperiode stehen dabei nach wie vor in Geltung. Neben der Basisversorgung wird in der neuen Klinik ein Fokus auf Spezialisierung gelegt, mit Konzentration auf Orthopädie. Die Umsetzung der neuen Klinik Gols soll mit Maßnahmen einhergehen, die den Neubau zu einem Vorzeigeprojekt in Sachen Klimaschutz und ökologischer Bauweise in Verbindung mit Gesundheitsförderung machen:

- **Nachhaltige Bauweise** mit bestmöglicher Energieeffizienz und klimafreundlichen Eigenschaften, die sich ins Landschaftsbild einfügt
- Versorgung durch **erneuerbare Energiequellen**
- Festlegung von **Ersatzflächen im doppelten Ausmaß** in der Region und Unterschutzstellung oder Renaturierung
- Schonende Gestaltung der **Parkflächen**, um Bodenversiegelung möglichst gering zu halten
- Installierung eines eigenen **Beirats für die Gestaltung** unter Einbeziehung von Umweltschutzorganisationen und der UNESCO
- Fokus des laufenden **Architekturwettbewerbs** auf natur-, landschafts- und wasserschutzrelevante Kriterien
- Verankerung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz im **Leitbild** der Klinik
- Anbindung an den **öffentlichen Verkehr**
- Einführung und Umsetzung des **Umweltmanagementsystems EMAS**

An jedem Klinikstandort im Burgenland soll es künftig eine verantwortliche Person für **klimafreundliche Gesundheitszentren** geben, die eigens dafür geschult werden soll. Analog soll für den gesamten Bereich der Landesholding eine Person dafür nominiert und entsprechend ausgebildet werden.

In geografischer Nähe zum Standort der Klinik Oberwart soll eine **Medizinische Privatuniversität Burgenland** etabliert werden. Ein Lenkungsausschuss ist bereits eingerichtet und die Machbarkeit überprüft, ein entsprechender Rechtsträger ist bereits in Gründung. Die nächsten Schritte sind ein Akkreditierungsverfahren und der Abschluss von Forschungskooperationen.

Für den **niedergelassenen Bereich** sollen weitere Lösungen über die Gesundheit Burgenland erarbeitet werden, wenn Kassenstellen unbesetzt bleiben. **Vorgelagerte Ambulatorien** mit Allgemeinmedizinern und Fachärztinnen und -ärzten, um Krankenanstalten zu entlasten, sollen bedarfsgerecht und ohne private Beteiligung errichtet werden. In Gols soll bereits vor der Eröffnung der neuen Klinik ein vorgelagertes Ambulatorium die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stärken.

Um **ausreichend medizinisches Personal** für das öffentliche Gesundheitswesen im Burgenland sicherzustellen, bekennt sich die Burgenländische Landesregierung zu folgendem Maßnahmenpaket:

- Fortführung laufender **Stipendienmodelle**
- Fortführung des kostenlosen Angebots zur Vorbereitung auf den **Aufnahmetest** für ein Medizinstudium
- Ausbau der **Hochschulstudiengänge** für Medizinisch-Technische-Dienste (MTD)
- Bekenntnis zur **Bereitstellung der bestmöglichen Rahmenbedingungen** für das medizinische und nicht-medizinische Krankenhauspersonal, zur langfristigen Sicherstellung der Vollbesetzung im heimischen Gesundheits- und Pflegewesen
- Ausrollung des Pilotprojekts **Betriebskindergarten** auf alle Kliniken
- Bekenntnis zum **Ärztegehalts- und Gesundheitsberufepaket**
- Fortführung der **Ordinationsförderung** für Allgemeinmedizin und Fachärztinnen und -ärzte in Mangelberufen im Kassenbereich
- Stärkung der **Pflegeausbildung im Bereich der Hochschule Burgenland**
- Zentralisierung und Aufwertung des **Ausbildungszweigs Gesundheit** in der Hochschule Burgenland, Nutzung von Synergien mit der Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe

Im Burgenland soll künftig die psychiatrische Versorgung auf neue Beine gestellt werden, sowohl im Erwachsenen- als auch im Kinder- und Jugendbereich. Dazu soll ein **Psychiatrie-Gesamtkonzept** für das Burgenland erstellt werden. Konkrete Maßnahmen enthalten:

- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung durch die Stärkung von Kooperationen für stationäre Versorgung; (mit Tagesklinik in Eisenstadt)
- Zusätzliche Ambulanz in Neusiedl am See
- Ausbau bzw. Anpassungen für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit psychiatrischer Problematik

Das Burgenland soll sein Angebotsspektrum im Gesundheitsbereich auch künftig erweitern. Um den Bedürfnissen der Patienten-Nachsorge Genüge zu tun, soll einerseits eine **ME/CFS-Ambulanz** (für Patientinnen und Patienten mit chronischem Erschöpfungssyndrom) errichtet werden, ebenso soll eine **Remobilisierungs-Einrichtung** am selben Standort etabliert werden. Über den Karl-Stix-Fonds soll die medizinische Weiterbildung im Bereich **Gendermedizin** finanziert werden. In Oberwart soll ein „**Maggie Center**" entstehen – ein Beratungsort für Krebspatientinnen und -patienten außerhalb der Klinik. Eine **Strategie zur Prävention und Beratung** bei Suchterkrankungen soll burgenlandweit ausgerollt werden. Zur **Prävention im Bereich der mentalen Gesundheit** soll ein landesweites Angebot etabliert werden.

Es sollen Anreize zur Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen geschaffen beziehungsweise fortgesetzt werden, unter anderem durch die Weiterführung der **Gesundheitstage** und der Gesundheitstage 70 PLUS.

Die **Neugestaltung des Rettungswesens** laut Burgenländischem Rettungsgesetz soll weiter umgesetzt werden. Zusätzlich soll als Unterstützung Telemedizin im Rettungswesen sowie bei der Gesundheitsberatung etabliert werden.

Pflege und Betreuung

Burgenlands Vorreiterrolle ausbauen, Pflege „daheim“ so lange wie möglich

Pflege und Betreuung sind zentrale gesellschaftliche Aufgaben, die durch die steigende Lebenserwartung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Das erklärte Ziel der Burgenländischen Landesregierung ist es, allen Burgenländerinnen und Burgenländern, die Betreuung oder Pflege benötigen, diese wohnortnah und leistbar anzubieten. 98,5 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer über 65 Jahre wollen laut einer Studie der Hochschule Burgenland so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden gepflegt und betreut werden. Die Burgenländische Landesregierung setzt sich zum Ziel, diesem Wunsch gerecht zu werden. Mit Leuchtturmprojekten wie dem Anstellungsmodell für betreuende Angehörige und Vertrauenspersonen, einer 24-Stunden-Betreuung mit fairen Arbeitsbedingungen und der verpflichteten Gemeinnützigkeit positioniert sich das Burgenland als europäische Pflege-Vorbildregion. Analog zur Kinderbetreuung soll jede der 171 Gemeinden über eine Einrichtung für die ältere Generation verfügen. Neue Wege in der Pflege führen im Burgenland über die Gemeinnützigkeit und beste Rahmenbedingungen für das Personal.

Das burgenländische Pflegemodell basiert auf drei Säulen: „**Pflege daheim**“ (Anstellungsmodell für betreuende Angehörige und Vertrauenspersonen, 24-Stunden-Betreuung), „**Pflege im Heim**“ (stationäre Pflege in Altenwohn- und Pflegeheimen) sowie dem sogenannten „**Mittelbau der Pflege**“ (mobile Leistungen, Seniorentagesbetreuung, betreute Wohnformen).

Die Weiterführung des **Anstellungsmodells für betreuende Angehörige und Vertrauenspersonen** soll Betreuende finanziell entlasten und ihnen soziale Absicherung bieten. Zudem wird den Betreuenden eine Berufsausbildung angeboten. Dadurch wird ein durchlässiges System geschaffen, wodurch die Betreuenden eine Jobperspektive im Pflegebereich haben.

Im Jahr 2024 wurden über 2.500 Personen im Burgenland durch eine **24-Stunden-Betreuung** versorgt. Damit jede Burgenländerin und jeder Burgenländer die Möglichkeit erhält, in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, wird die **24-Stunden-Betreuung** neu organisiert. Agenturleistungen werden dabei über das Land angeboten, Betreuerinnen und Betreuer sollen vorbereitet werden und ein **Ausbildungsangebot** erhalten. Dieser eigenständige Zugang trägt zur Qualitätssicherung bei und verbessert die Arbeitsbedingungen.

Um die Versorgung weiter auszubauen, sollen neben den derzeit an den sieben Bezirksverwaltungsbehörden bereits tätigen Pflege- und Sozialberaterinnen und -beratern (Case and Care Manager*innen) des Landes zusätzlich auch in jeder der 28 Pflegeregionen an den Hauptpflegestützpunkten weitere **Community Nurses** eingesetzt werden. Neben wohnortnaher Beratung und Vorsorge in den jeweiligen Regionen sollen diese unter anderem Unterstützungsbesuche bei betreuenden Angehörigen und Vertrauenspersonen abhalten.

Mehr als ein Drittel der in den burgenländischen Altenwohn- und Pflegeheimen betreuten Personen bezieht Pflegestufe 4. Auf diese Gruppe soll durch die Neuausrichtung des „Mittelbaus der Pflege" ein besonderer Fokus gelegt werden. Künftig wird in jeder Gemeinde, bedarfsgerecht und unter Berücksichtigung bestehender Infrastruktur, eine Einrichtung für die ältere Generation installiert. Damit wird die Umsetzung der **Pflegeregionen** sowie der **Pflegestützpunkte**, **Nebenstützpunkte** und der **Pflegestützpunkte „light"** weiter vorangetrieben. Analog zu bestehenden Pilotprojekten in anderen Bundesländern sollen Leerstände für die Nutzung als **Alterswohngemeinschaften** geprüft werden:

- In den 28 Hauptstützpunkten und den 43 Nebenstützpunkten befinden sich mindestens vier betreute Wohneinheiten, eine Tagesbetreuung für externe Besucherinnen und Besucher, ein Stützpunkt für die mobile Hauskrankenpflege und ein „Dorfplatz" als offener Ort des Zusammentreffens für die gesamte Gemeinde.
- In den restlichen Gemeinden wird ebenfalls bedarfsorientiert ein Modell angeboten – der Stützpunkt „light", in dem es neben betreuten Wohneinheiten einen „Dorfplatz" geben wird.

Im stationären Bereich wird die Kapazität der **Übergangspflegebetten** (Kurzzeitpflegebetten) ausgeweitet werden. Ein **zentrales Bettenmanagement** für die Vergabe von Pflegeheim-Plätzen soll eingeführt und damit ein vereinfachtes und transparentes System geschaffen werden.

Mit der **Errichtung eines stationären Demenzzentrums** in Rechnitz wird auf die stetig steigende Zahl von Demenzkranken reagiert. Diese neue Einrichtung soll Angehörige entlasten und spezialisierte Betreuung ermöglichen. Darüber hinaus wird der Bedarf für ein mögliches zweites Zentrum in Eisenstadt geprüft.

In Oberpullendorf entsteht das **erste stationäre Hospiz** des Landes, das bereits 2026 in Betrieb gehen soll. Zusätzlich werden sechs mobile Hospizteams sowie zwei bis drei Palliativteams und damit eine flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung im Burgenland aufgebaut.

Die gesetzlich verankerte **Gemeinnützigkeit im Pflegebereich** soll weiterhin sicherstellen, dass Ressourcen effizient und zweckmäßig genutzt werden und bei Bezug von Landesmitteln keine Profite mit Pflege erzielt werden können. Das beinhaltet die Umsetzung eines **Echtkostenmodells** anstatt pauschaler Tagsätze und den Aufbau von Kapazitäten für **betriebswirtschaftliches Controlling** im Amt der Burgenländischen Landesregierung.

Um neue Pflegekräfte zu gewinnen und Fachkräfte im Beruf zu halten, wird ein **Maßnahmenpaket, basierend auf einem zu erstellenden Personal-Bedarfsplan** für den Pflege- und Sozialbereich, mit folgenden Punkten umgesetzt:

- Ausbildungsoffensive mit dem Anstellungsmodell sowie der Forcierung der Pflegeausbildung fortführen

- Kooperationen mit internationalen Partnern (Diözese Kerala in Indien, Kroatien, Ungarn, Philippinen) bedarfsorientiert weiterführen
- Potenzial heben, das bereits im Land vorhanden ist und die Möglichkeit einer Rekrutierungsoffensive nutzen, z.B. Ukrainerinnen und Ukrainer, die eine einschlägige Ausbildung mitbringen oder durch eine Heimhilfeausbildung mit intensiver Sprachförderung qualifiziert werden
- Anreize durch Jobrotation im Pflegebereich schaffen
- Sabbatical und Altersteilzeit forcieren
- Rahmenbedingungen durch Maßnahmen wie Betriebskindergärten in allen Kliniken der Gesundheit Burgenland, flache Hierarchien, finanzierte Möglichkeiten zur Weiterbildung, etc. weiter verbessern

Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit senken, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen

Die Landesregierung setzt es sich zum Ziel, das Beschäftigungsniveau weiter auszubauen, die Arbeitslosigkeit zu senken und möglichst gut bezahlte neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes Burgenland sind österreichweit beispielhaft und reichen von der überbetrieblichen Ausbildung bis hin zur Fachkräfteoffensive. Besonders durch die Forcierung des burgenländischen Mindestlohns wird weiterhin ein deutlicher Impuls für die faire Entlohnung von Arbeit gesetzt. Die Gesamtschau aller Maßnahmen soll wie bisher für Stabilität am Arbeitsmarkt sorgen.

Der **burgenländische Mindestlohn** im Landes- und landesnahen Bereich ist ein Garant für soziale Absicherung und soll beibehalten werden. Für jene Gemeinden, die den Mindestlohn aktuell nicht übernommen haben, bleibt diese Option weiterhin aufrecht.

Um faire Löhne und Arbeitsverhältnisse im ganzen Land gewährleisten zu können, wird der **Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping** weitergeführt und auch die bestehenden **Schwerpunktkontrollen** fortgesetzt.

Die **aktive Arbeitsmarktpolitik** des Landes soll fortgeführt werden. Um dem Fachkräftemangel in speziellen Berufssparten weiter entgegenzuwirken, sollen weitere **Qualifizierungsmaßnahmen** angeboten werden. Im Rahmen von Kursen und Schulungen werden in enger Abstimmung mit dem AMS Burgenland Schwerpunkte bei Mangelberufen gesetzt.

Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen. Das Land Burgenland bekennt sich weiterhin dazu, ein starker **Lehrlingsausbildner** zu sein. Daher sollen künftig weitere Stellen für Lehrlinge im Land und bei landesnahen Betrieben geschaffen werden. Um den Fachkräftebedarf der heimischen Wirtschaft langfristig zu decken und Ausbildungsplätze im benötigten Umfang sicherzustellen, werden **Lehrwerkstätten** unter Berücksichtigung der bestehenden Struktur forciert. Diese bieten auf überbetrieblicher Basis optimale Infrastrukturen für eine fundierte Lehrausbildung. Nur eine solide Fachausbildung sichert auch in Zukunft Arbeitsplätze mit einer angemessenen Entlohnung. Standorte hierfür sollen in Stegersbach (für Tourismus), Eisenstadt (für Metalltechnik) und Pinkafeld (für Elektrotechnik) etabliert werden.

Als Zeichen der Anerkennung für ausgezeichneten Erfolg erhalten künftig auch Lehrlinge – so wie bereits Maturantinnen und Maturanten – eine **Auszeichnung** durch das Land.

In enger Abstimmung mit der burgenländischen Wirtschaft und den jeweiligen Landesinnungen soll auch im Burgenland der erste **Lehrbauhof**, der einen verpflichtenden Ausbildungsteil für bestimmte Lehrberufe darstellt, etabliert werden. Dadurch wird die Ausbildung in handwerklichen Berufen (z.B. Maurer) im eigenen Bundesland verbessert.

Sozioökonomische Betriebe sind wichtig, um arbeitsmarktferne und langzeitbeschäftigungslose Menschen durch gezielte Unterstützungen wieder dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Derartige Betriebe sollen auch weiterhin abgesichert und nach Möglichkeit durch Kooperationen unterstützt werden. Es soll außerdem geprüft werden, diese Betriebe unter einem Dach zusammenzufassen.

Um den **Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen** weiter zu öffnen, wird eine **Arbeitsgruppe** speziell zu diesem Thema installiert werden, die Maßnahmen erarbeitet.

Wirtschaft und Standort

Aktive Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum

Der Wirtschaftsstandort Burgenland hat sich als äußerst krisenresistent erwiesen, auch im Schatten internationaler Herausforderungen konnte eine positive Entwicklung beibehalten werden. Die wirtschaftliche Stabilität des Burgenlandes ist einerseits stark auf die Ausrichtung der heimischen Wirtschaft auf den Inlandsmarkt, hochwertige Dienstleistungen und Produkte sowie andererseits starkes regionales Handwerk zurückzuführen. Aber auch die Tatsache, dass die Inflation mit Anti-Teuerungsmaßnahmen wie dem Wärmepreis- und Wohnkostendeckel abgefedert wurde und dadurch die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten blieb, spielt dabei eine Rolle. Das Burgenland soll sich weiterhin wirtschaftlich im österreichweiten Spitzenfeld befinden. Deshalb verfolgt die Burgenländische Landesregierung eine aktive Standortpolitik mit gezielten wirtschaftspolitischen Anreizen und Förderungen. So präsentiert sich das Land Burgenland auch in Zukunft als starker Partner für die Wirtschaft. Gemeinsam sollen in der kommenden Regierungsperiode Impulse gesetzt werden, um den Standort noch wettbewerbsfähiger zu machen, ihn nachhaltig zu verbessern und abzusichern.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich dazu, auch **weiterhin gezielte und effektive wirtschaftspolitische Impulse** im Bereich der Wirtschaftsförderung zur Unterstützung bestehender und Ansiedlung neuer Unternehmen zu setzen. Als Schwerpunkte werden die Bereiche **Innovation und Technologie, Forschung und Entwicklung, Umwelt und Ökologie, Internationalisierung, Infrastruktur sowie die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur burgenländischer Klein- und Mittelbetriebe** definiert.

Eine **aktive Wirtschaftspolitik** mit transparenten Förderkriterien und einem klaren Bekenntnis zur bestehenden Förderkulisse, bestehend aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen bei Investitionen, Haftungsübernahmen bis hin zu Unternehmens-beteiligungen, wird die burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmer bei der Ausweitung ihrer Geschäftsfelder aber auch in schwierigen Phasen bestmöglich unterstützen.

Um in schwierigeren Zeiten besonders das regionale Baunebengewerbe zu unterstützen, wird konjunkturabhängig der **Handwerkerbonus** weitergeführt.

Durch ein gezieltes Standortmarketing soll der Wirtschaftsstandort Burgenland weiter attraktiviert und dadurch die Niederlassung neuer Unternehmen in den **Interkommunalen Businessparks** (IKBs) vorangetrieben werden. IKBs konzentrieren sich in Zukunft auf die Ansiedlung beschäftigungsintensiver Betriebe – Lagerhallen, Fachmarktzentren oder Logistik ohne relevante Schaffung von Arbeitsplätzen haben keinen Platz in den IKBs.

Damit burgenländische Unternehmen am internationalen Markt bestmöglich bestehen können, gilt es entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen gründet die Burgenländische Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Burgenland

das **Internationalisierungscenter Burgenland** mit dem Ziel, die burgenländischen Unternehmen bei der erfolgreichen Erschließung internationaler Märkte zu unterstützen. **Aus- und Weiterbildung** sowie berufliche Qualifizierung stellen wesentliche Grundpfeiler für adäquate und attraktive Beschäftigung dar und sind daher Säulen einer leistungsstarken und wettbewerbsfähigen burgenländischen Wirtschaft. Die Burgenländische Landesregierung wird die Wirtschaftstreibenden durch gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen fördern.

Start-ups und Jungunternehmer bzw. Jungunternehmerinnen stehen für die Innovation und Zukunft der heimischen Wirtschaft. Die Kombination aus strategischer Lage, wirtschaftlicher Unterstützung und hoher Lebensqualität macht das Burgenland zu einem idealen Mikrokosmos für Markteintritte und Skalierungen. Erhebliche Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftliche Diversität tragen zu einem idealen Umfeld für unternehmerischen Erfolg bei. Mit dem Projekt **Start-up Burgenland** wurden die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, um das Burgenland als attraktiven Standort für Neugründungen weiter zu etablieren. Dieses Projekt soll auch in Zukunft weitergeführt und forciert werden.

Die Burgenländische Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, **Bewusstseinsbildung** – insbesondere zum Thema **Nachhaltigkeit** – für wirtschaftliche Themen zu leisten. Dementsprechend sollen allen Burgenländerinnen und Burgenländern niederschwellig Informationen zur Verfügung gestellt werden, etwa über mediale Kanäle.

Verwaltung ist kein Selbstzweck. Deshalb soll die bestehende **Entbürokratisierungs-offensive** fortgesetzt werden, um für die Betriebe im Burgenland optimale Rahmenbedingungen zu bieten. So werden die Rechtsvorschriften des Landes laufend hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Praxistauglichkeit evaluiert.

Die Wirtschaftsförderung bildet einen integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Burgenländischen Landesregierung. Die voll digitale Förderabwicklung soll weiterentwickelt und auf alle Bereiche der Wirtschaftsförderung ausgeweitet werden. Die **Nachhaltigkeit von Förderungen** sowie die **soziale Treffsicherheit** sollen dabei stets gewahrt bleiben. Die **Förderrichtlinien** sollen daher künftig unter anderem folgende Parameter enthalten:

- Arbeitsplätze sollen auch nach Förderabrechnung erhalten bleiben.
- Der Erhalt von Fördermitteln soll an konkrete Verpflichtungen geknüpft werden, wie etwa Standortsicherung.
- Die Ausschöpfung maximaler Fördersummen soll nur bei Einhaltung ökologischer Nachhaltigkeitskriterien, wie etwa dem Einsatz erneuerbarer Energie oder der Reduzierung von Bodenverbrauch, möglich sein.
- Alle Fördermaßnahmen sollen hinsichtlich der Kriterien, wie Nachhaltigkeit oder Lehrlingsausbildung, laufend evaluiert werden, wobei die Einhaltung aller arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen Grundlage für den Erhalt bzw. für die Rückforderung bei Verstößen darstellt.
- Im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit der Wirtschaftskammer soll der Empfängerkreis von Wirtschaftsförderungen hinsichtlich des Fokus auf Klein- und Mittelbetriebe evaluiert werden.

Breitband, Digitalisierung und Forschung

Alle Innovationspotenziale für die Zukunt nutzen

Um die Chancen des fortschreitenden digitalen Wandels in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht bestmöglich zu nutzen, treibt das Land Burgenland die Umsetzung der „Breitbandstrategie Burgenland 2030" sowie der Digitalisierungsstrategie voran und setzt auf Forschung, Entwicklung und Innovation. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur entscheidet darüber, ob Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, ob Menschen auch in ländlichen Regionen Zugang zu Wissen, Arbeitsplätzen und Innovation haben und ob wir als Gesellschaft Krisen meistern können. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Gemeinden soll als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern. Zudem ist die flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigem Internet ein entscheidender Standortfaktor. Besondere Bedeutung kommt der Anbindung kritischer Infrastruktur zu, um die Krisenresilienz zu stärken und die Energiewende zu unterstützen. Auf der Grundlage der „FTI-Strategie Burgenland 2030" soll das Burgenland weiterhin als Standort für erstklassige Forschungsarbeit positioniert werden. Gezielte Initiativen im Bereich der Forschung und Entwicklung sollen nachhaltiges Wachstum ermöglichen, hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Region langfristig absichern.

Mit der Digitalisierungsstrategie des Landes Burgenland wurde eine Grundlage geschaffen, um Impulsgeber des digitalen Wandels miteinander zu vernetzen, Digitalisierungsinitiativen im Burgenland zu koordinieren und die Zusammenarbeit aller Beteiligten zu stärken. Um diese Ziele zu erreichen, sollen gezielte Maßnahmen und Projekte im Sinne der vier Schlüsselbereiche des europäischen Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) umgesetzt werden: **Digitale Bildung** und Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Kompetenzen sollen eine digitale Teilhabe der Bevölkerung ermöglichen und Fachkräfte für die Wirtschaft qualifizieren. Leistungsstarke und **sichere digitale Infrastrukturen** sollen eine stabile Konnektivität gewährleisten und die Grundlage für den Schutz von Daten und Privatsphäre bilden. **Digitale Innovation** wird gefördert, um die Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Wirtschaft zu steigern. Ein nutzerzentriertes Design soll den Zugang zu den Leistungen der **öffentlichen Verwaltung** für Unternehmen und die Bevölkerung erleichtern.

Die Burgenländische Landesregierung hält an ihrer **Digitalisierungsstrategie** weiter fest und verfolgt dabei nachstehende Maßnahmen:

- Konsolidierung, Homogenisierung und Standardisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)-Infrastruktur, IKT-Security und SAP im Land sowie im landesnahen Bereich, abgebildet als Shared Service in der Digital Burgenland GmbH unter Wahrung der digitalen Souveränität sowie Etablierung eines „IKT Competence Centers"
- Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (Land, Bezirk, Gemeinden)
- Weiterführung der Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungs- und Behördendiensten (E-Government)
- Förderung der digitalen Wirtschaft und Innovation

Flächendeckende Gigabit-Infrastruktur und Backbone-Ausbau

Die Burgenländische Landesregierung bekräftigt die kontinuierliche Umsetzung der „**Breitbandstrategie Burgenland 2030**" sowie des „**Masterplan Breitband**" und unterstützt den nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur („**Burgenland-Backbone**") mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes im Rahmen der Breitbandkoordination.

- Der Anteil der Haushalte, die mit einem gigabitfähigen Anschluss über 1000 Mbit/s fest an das Internet angeschlossen sind, liegt mit 76 Prozent deutlich über dem österreichischen Durchschnitt. Als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge wird der **Ausbau der digitalen Infrastruktur** weiter vorangetrieben, durch die derzeit laufenden Ausbauprojekte wird der Anteil der Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen weiter steigen. Das Land Burgenland verfolgt das Ziel, alle Haushalte mit High-Speed-Breitband zu versorgen sowie in jeder Gemeinde einen Glasfaser-Zugangspunkt durch den Ausbau der Infrastruktur in Kombination mit mobiler Breitbandversorgung zu schaffen. So soll eine **flächendeckende Gigabit-Internetversorgung** sichergestellt werden. Im Rahmen der FFG-Förderprogramme „Breitband Austria 2020" und „Breitband Austria 2030" (BBA2030) wurden im Burgenland Fördermittel in Höhe von 41,3 Millionen Euro bei einem Gesamtprojektvolumen von 72,3 Millionen Euro lukriert. Zudem sind aktuell 19,9 Millionen Euro an Fördermitteln im BBA2030-Ausschreibungsverfahren für das Burgenland vorgesehen.
- Neben einer leistungsstarken Internetanbindung für die Bevölkerung wird ein energieeffizientes und nachhaltiges **Landesgrundnetz** entwickelt, das als Grundlage für eine krisensichere Kommunikation, die Versorgung kritischer Infrastruktur und den zukunftsfähigen Glasfaserausbau im Burgenland dient. Daher werden der Ausbau des Burgenland-Backbones und die **Anbindung kritischer Infrastruktur** vorangetrieben. Im Zuge der Energiewende sollen Synergien mit den Smart Grid-Initiativen beim Glasfaserausbau genutzt werden.

Forschung sichert unseren Wohlstand auch in Zukunft

Um die Entwicklung neuer Technologien und die Umsetzung von Innovationsprojekten gezielt voranzutreiben, wird die Burgenländische Landesregierung bis 2030 weiterhin in die Forschungslandschaft investieren. Zusätzlich wird angestrebt, nationale und internationale Fördermittel zu akquirieren, um in Schlüsselbereichen wie **digitale Transformation**, **grüne Technologien** und **Gesundheitsforschung** fortschrittliche Lösungen zu entwickeln.

Durch die Einrichtung eines „**Expertenbeirates Forschung**" und eines „**Lenkungsausschusses Forschung**" soll eine organisatorische Neustrukturierung erfolgen. Dabei sollen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Forschungsbereichen das Land Burgenland bei strategischen Entscheidungen sowie bei der Bewertung von Maßnahmen und Projekten im Rahmen der „**FTI-Strategie Burgenland 2030**" beraten. Um die Forschung und Entwicklung im Burgenland weiter voranzutreiben, setzt die Burgenländische Landesregierung Maßnahmenschwerpunkte und Leuchtturmprojekte in den folgenden Bereichen fort:

- **Nachhaltige Energietechnologien und grüne Transformation** sollen dazu beitragen, technologische Entwicklungen voranzutreiben, Investitionen in grüne

Energie zu fördern und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der Fokus liegt auf dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Entwicklung innovativer Speichertechnologien. Leuchtturmprojekte in diesem Bereich sind „Energiespeichersysteme“ und „Bilanzielle Klima- und Energieneutralität“.

- Um die Chancen der **digitalen Transformation** zu nutzen, soll die Forschung in den Bereichen „Künstliche Intelligenz“ (KI) und Digitalisierung von Unternehmen gefördert werden. Die „Digitale Souveränität“ und das „E-Learning: Wissensbasis durch Kooperation“ gelten als Leuchtturmprojekte in diesem Bereich.
- Auf dem Feld der **Gesundheits- und Pflegeforschung** sollen digitale Tools in den Bereichen **Prävention** und frühzeitige Erkennung von Krankheitsbildern unterstützen. Durch die Vernetzung mit Technologielaboren in Kliniken sowie Living- und Innovation-Labs und den Ausbau der Telemedizin sollen neue Technologien verstärkt zum Einsatz kommen. Der Einsatz moderner Technologien zur „Überwachung“ von Pflegebedürftigen trägt zur Entlastung des Pflegepersonals und der pflegenden Angehörigen bei und wird an den Leitprojekten „Health/Care Campus“ und „Green Health/Green Care: Nachhaltiges Gesundheits- und Pflegesystem Burgenland“ festgemacht.
- Im Bereich der **Agrar- und Ernährungswirtschaft** sollen innovative Lösungen für eine nachhaltige Landwirtschaft sowie Technologien zur Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion und -verwertung entwickelt werden, wobei das „Forschungs- und Kompetenzzentrum nachhaltige Landwirtschaft Burgenland“ ein wichtiges Leuchtturmprojekt darstellt.
- Ein zentraler Bestandteil der Strategie ist die **Innovationsförderung**. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sollen bei Unternehmensinnovationen unterstützt werden, mit dem Ziel, den Einstieg in die Digitalisierung und die Entwicklung neuer Produkte sowie Prozesse zu fördern.
- Zudem soll die **Bewusstseinsbildung** für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Bevölkerung durch gezielte Maßnahmen gestärkt werden, und zwar durch folgende Maßnahmen:
  - Einführung eines Fellowship-Programms im Bereich der Friedens- und Antisemitismusforschung
  - Fortführung des „Innovationspreises“ und von „Burgenland Innovationsfit“
  - „Science Village Lab Burgenland“
  - Fortführung der „Science Village Talks“ in den Gemeinden
  - Abhaltung eines jährlichen Zukunfts- und Nachhaltigkeitssymposiums
  - Vertiefung der Mitgliedschaft im Green Tech Valley Cluster
  - Regelmäßige Durchführung von Wirtschaftsstammtischen
  - Weiterführung der Kooperationen mit der Montan-Uni Leoben, dem Joanneum Graz sowie im landwirtschaftlichen Bereich mit FIBL und Esterhazy
  - Fortführung der „Langen Nacht der Forschung“

Soziales

Land des Zusammenhalts: Treffsichere Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird

Soziale Sicherheit und Ausgleich schaffen Stabilität, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind die Grundlage für weiteren Aufschwung im Land. Deshalb bleibt das Land auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner der Burgenländerinnen und Burgenländer. In Zeiten der Teuerung, die ausgelöst durch multiple internationale Krisen auch die Burgenländerinnen und Burgenländer trifft, geht das Burgenland bereits einen Weg der sozialen Sicherheit. Mit dem Sozial- und Klimafonds wurde eine zentrale Förderstelle geschaffen, die unterschiedlichste Unterstützungsleistungen umfasst – vom Wärmepreisdeckel über Familienförderungen bis hin zur Hilfe in besonderen Lebenslagen. Aufbauend auf dieser zentralen Abwicklung von Sozialförderungen soll der Zugang so niederschwellig wie möglich gestaltet werden. Neben dem vereinfachten und nach Möglichkeit automatisierten Zugang zu Förderungen soll auch künftig ein breites Spektrum von Maßnahmen ein verlässliches soziales Fundament im Burgenland bieten.

Es hat weiterhin Priorität, die Bevölkerung gezielt angesichts der Teuerung zu unterstützen. Der **Wärmepreisdeckel**, der sozial gestaffelt bei der Bewältigung der Heizkosten entlastet, soll jährlich evaluiert und bei Bedarf weitergeführt werden, ebenso wie alle weiteren Leistungen und Förderschienen, die unter anderem **Familien- und Schulförderungen beinhalten**.

Künftig sollen alle Formen der Sozialunterstützung nach dem Vorbild des **Wärmepreisdeckels** gestaltet werden, der bedarfsgerecht und sozial gestaffelt strukturiert ist. Auf dieser Basis setzt die Burgenländische Landesregierung in der öffentlichen Förderverwaltung auf eine automatische Auszahlung („**Fördercockpit**“) im Sinne eines One-Stop-Shops. Dazu zählen besonders die Sozialförderungen, die von Amts wegen schnell und unbürokratisch gewährt werden sollen. Im Zuge dessen soll die Weiterführung des **Sozial- und Klimafonds** bei gleichzeitiger Eingliederung ins „Fördercockpit“ erfolgen.

Soziale Leuchtturmprojekte, wie etwa die „**Sonnenmärkte**“, sollen evaluiert und fortgeführt werden. Um im ländlichen Raum auch Projekte, die der Stärkung des Sozialbereichs dienen, realisieren zu können, soll eine Prüfung der Umschichtung und Verwendung von Mitteln aus dem ELER-Programm erfolgen.

Die **Armutskonferenz** ist eine österreichische Plattform, die sich für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einsetzt und verschiedene Stakeholder an einen Tisch bringt, um auf die Problematik der Armut in Österreich aufmerksam zu machen und Lösungen zu entwickeln. Die Burgenländische Landesregierung wird künftig alles daransetzen, die österreichweit geringste Armutsquote zu halten und die Armutskonferenz zu einer Tagung in das Burgenland einladen. Auf Basis dieser Tagung soll ein regionales **Netzwerk zur Armutsbekämpfung** etabliert werden.

Die Landesregierung bekennt sich zum Grundsatz, dass es im Burgenland **keine Obdachlosigkeit mehr** geben soll. Die Wichtigkeit von **Schlafstellen für Obdachlose**, die Menschen ohne festen Wohnsitz eine sichere und geschützte Übernachtungsmöglichkeit bieten, wird unterstrichen. Im Burgenland gibt es bereits derartige Einrichtungen in Eisenstadt und Oberwart. Hier soll eine Evaluierung erfolgen und **ganztägige Aufenthaltsmöglichkeiten** geschaffen werden. Um Obdachlosigkeit bestmöglich zu verhindern und den Wohnungserhalt gewährleisten zu können, werden verstärkt vorbeugende Maßnahmen, wie die **Delogierungsprävention**, geplant und geprüft, inwieweit der Ansatz „Housing First" weitergeführt werden kann.

Da in allen Sozialbelangen das Ehrenamt eine tragende Säule für ein gelungenes Miteinander bildet, soll auch künftig ein starker Fokus darauf liegen. Eine digitale **Ehrenamtsplattform** zur vereinfachten Vernetzung von Freiwilligen und bedürftigen Stellen oder Einrichtungen, soll die Basis für den Ausbau des Ehrenamts im Burgenland bilden. Als Beispiel soll auch das **Buddy-System**, das Menschen zusammenbringt und damit Wegbegleitung in schwierigen Situationen ermöglicht, burgenlandweit gefördert und ausgebaut werden.

Ältere Generation, Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe

Sicherheit, Selbstbestimmung und Teilhabe: Beste Lebensqualität für alle im Burgenland

Im Burgenland steht das Miteinander im Mittelpunkt. Alle sollen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – unabhängig von Alter oder Lebenssituation. Die Burgenländische Landesregierung will dafür sorgen, dass alle die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, Eigenständigkeit zu fördern, Stabilität zu sichern und den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken.

Im Burgenland leben über 21.000 Menschen mit Behinderungen. Es gilt, ihnen durch konkrete Maßnahmen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ihre Mobilität zu erleichtern und Angehörige zu entlasten. Sie brauchen Unterstützung, Beratung und direkte Ansprechpartner. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zum eingeschlagenen Weg, welcher mit dem **Chancengleichheitsgesetz** bereits beschritten wird. In weiterer Folge soll dieses Gesetz evaluiert und bei Bedarf auch optimiert werden.

Mit dem im Chancengleichheitsgesetz verankerten Leitprinzip „Mobil vor Stationär" soll ein **weiterer Ausbau der mobilen Leistungen** für Menschen mit Behinderungen einhergehen.

Ein **Zukunftsplan für Menschen mit Behinderungen** soll unter Zugrundelegung der konkreten Bedürfnisse für alle mobilen und stationären Leistungen die Grundlage für den Ausbau und die weitere Verbesserung der Behindertenhilfe im Burgenland liefern.

Gemäß dem Grundsatz des sparsamen und zweckmäßigen Einsatzes von Budgetmitteln wird es eine **Neuausrichtung des Abrechnungssystems** für Leistungen aus der Behindertenhilfe geben. Wie in den anderen Bereichen der Sozialhilfe wird ein **Echtkostenmodell** für Transparenz und Vergleichbarkeit der einzelnen Leistungen und Anbieter sorgen. Dadurch sollen zukünftig Mehrgleisigkeiten reduziert und die Effizienz im Sinne der Menschen mit Behinderungen gesteigert werden.

Durch die Steigerung der Anzahl an Leistungsbezieherinnen und -beziehern ergibt sich die Notwendigkeit des **Ausbaus der bestehenden Servicestelle für Menschen mit Behinderungen** als wichtigen Anlaufpunkt. Um dieses Leistungsangebot wohnortnah gewährleisten zu können, werden die bereits implementierten Sprechtage an den Bezirksverwaltungsbehörden aufgestockt.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich in ihrem Zuständigkeits- und Einflussbereich dazu, den Ausbau der Elektromobilität dahingehend zu unterstützen, dass bei der Errichtung neuer und der Adaptierung bestehender **E-Ladestrukturen** die Barrierefreiheit einen integralen Bestandteil bildet. Zusätzlich wird weiterhin ein starkes Augenmerk auf die **Barrierefreiheit** bei allen Neubauten des Landes sowie im landesnahen Bereich gelegt.

Gemeinsam Verantwortung für die ältere Generation übernehmen

Das Land Burgenland ist sich auch seiner **Verantwortung gegenüber der älteren Generation** bewusst. Rund ein Drittel der Burgenländerinnen und Burgenländer ist über 60 Jahre alt. Dem demografischen Wandel wird unter anderem mit Programmen begegnet, die nicht nur Betreuung, sondern vor allem auch Austausch, Vernetzung und Information fördern. So möchten wir älteren Menschen weiterhin die Möglichkeit geben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich kontinuierlich weiterzubilden.

Unterstrichen wird die Bedeutung der älteren Generation im Burgenland durch die Schaffung einer **Senior*innenombudsstelle**, die als Anlaufstelle fungiert. Die Ombudsperson kümmert sich um die Anliegen der älteren Generation und dient als ihr „Sprachrohr" in der Öffentlichkeit sowie auch als Schnittstelle zur Politik. Regelmäßige Sprechtage an den Bezirksverwaltungsbehörden geben der älteren Generation die Möglichkeit, möglichst wohnortnah persönliche Beratung in Anspruch zu nehmen. Dieses Angebot soll künftig ausgeweitet werden, sodass zumindest einmal pro Quartal eine Beratungsmöglichkeit besteht.

Das **Seniorenleitbild** soll auch weiterhin als Grundlage für Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität der älteren Generation dienen. Die Burgenländische Landesregierung steht dafür, Strategien zu entwickeln, um den Herausforderungen des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung gewachsen zu sein. Sie nimmt damit ihre soziale Verantwortung gegenüber der älteren Generation im Land wahr.

Um der älteren Generation die **Digitalisierung** näherzubringen, sind **Workshops** – unter Ausnutzung von Bundesfördermitteln – angedacht. Darüber hinaus sollen **Kooperationen mit Schulen** forciert und damit die Interaktionen zwischen den Generationen verstärkt werden.

Die auf die Altersgruppe 70 PLUS ausgeweiteten **Gesundheitstage** – eine einzigartige Maßnahme der Gesundheitsvorsorge – sollen fortgeführt werden. Damit werden auch Burgenländerinnen und Burgenländer über 70 Jahre motiviert, sich vermehrt einer ärztlichen Vorsorgeuntersuchung zu unterziehen. Um die Erhaltung der Gesundheit bis ins hohe Alter zu gewährleisten, ist diese Initiative von hoher Bedeutung.

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen schützen

Im Jahr 2020 ging die **Kinder- und Jugendhilfe** (KJH) von Bundes- in Länderkompetenz über. Seitdem liegt es in der Verantwortung der Länder, bundeseinheitliche **Qualitätsstandards** sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Dieser Aufgabe wird die Burgenländische Landesregierung auch weiterhin nachkommen. Interessen der Kinder und Jugendlichen stehen im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Hierbei soll auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern und den mit der Pflege betrauten Personen im Fokus bleiben.

Das **Anstellungsmodell für Pflegeeltern** soll fortgeführt werden. Dieses Modell ermöglicht, ähnlich dem Anstellungsmodell für betreuende Angehörige und Vertrauenspersonen, eine Betreuung zu Hause bei gleichzeitiger sozialer Absicherung

der Betreuenden.
Adoptiv- und Pflegeeltern leisten eine enorm wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft, indem sie Kinder in der Krise aufnehmen und ihnen Halt und ein Zuhause geben. Mit dem Anstellungsmodell hat man diese wertvolle Tätigkeit auf eine neue Ebene gehoben und deutlich attraktiviert. Dies soll auch dazu führen, dass sich mehr Burgenländerinnen und Burgenländer für diesen Weg entscheiden. Diese Möglichkeit soll künftig noch mehr forciert und beworben werden.

Das **erste burgenländische Krisenzentrum** zur kurzfristigen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, die sich in einer akuten Lebenssituation befinden, konnte bereits in Mörbisch in Betrieb genommen werden. In diesem Bereich wird eine weitere Evaluierung notwendig sein.

Zur Entlastung der stationären Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe und zur Unterstützung von burgenländischen Kindern und Jugendlichen, die Hilfe benötigen, sollen die mobilen Leistungen, wie etwa **teilstationäre Angebote** (z.B. Tagesgruppen), ausgebaut werden. Das Ziel dabei ist es, die Kinder und Jugendlichen so lange wie möglich in den Familienstrukturen zu halten.

Ähnlich wie in der Pflege und Betreuung soll auch in der Kinder- und Jugendhilfe **Gemeinnützigkeit** oberste Prämisse sein. Auch hier gilt der Grundsatz, dass nicht auf Kosten der Kinder und Jugendlichen Profit gemacht werden darf. Die Leistungsvereinbarungen werden künftig auf Basis der tatsächlich anfallenden Kosten (**Echtkostenmodell**) anstelle der bisherigen Tagsätze abgeschlossen.

Junge Menschen, die einen Teil ihres Lebens in Fremdunterbringungseinrichtungen verbracht haben, können künftig auch bis zur **Vollendung des 24. Lebensjahres** niederschwellige Unterstützung durch die KJH in Anspruch nehmen.

Besondere Unterstützung muss sogenannten „**Systemsprengern**“ – Kindern und Jugendlichen, die durch ihr herausforderndes Verhalten in den bestehenden Strukturen der Jugendhilfe und des Bildungssystems schwer integrierbar sind – zukommen. Sie gelten oft als „untherapierbar“. Um ihnen eine echte Perspektive zu bieten, muss die Jugendhilfe flexibler, individueller und langfristiger arbeiten, jenseits von standardisierten Lösungen. Daher soll verpflichtend eine externe Fachexpertise („**Dritte Meinung**“) notwendig sein.

Die **Schulsozialarbeit** soll auch weiterhin einen wichtigen Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe bilden, um auch im schulischen Bereich die bestmögliche Betreuung sicherzustellen.

Energie

Unabhängigkeit und Wohlstand durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien sichern

Das Burgenland bleibt auf Erfolgskurs und setzt konsequent auf erneuerbare Energien. Mit der „Klimastrategie Burgenland 2030" verfolgt das Land das Ziel, sich durch den Ausbau von Windkraft, Solarenergie und Speicherkapazitäten unabhängig und sicher in der Energieversorgung aufzustellen. Ein zentraler Meilenstein ist die bilanzielle Energieautarkie bis 2030. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Ausbau erneuerbarer Energiequellen mit Nachdruck vorangetrieben, durch mehr Wind- und Sonnenkraft in allen geeigneten Regionen, Effizienzsteigerung bestehender Windkraftanlagen und die Umsetzung der Speicherstrategie, um Energie bestmöglich zu nutzen. Auch die Bevölkerung wird aktiv eingebunden: Gezielte Anreize sollen dazu motivieren, an der Energiewende mitzuwirken. So wird das Burgenland unabhängiger von internationalen Energiemärkten und sorgt für stabile, planbare und leistbare Energiepreise für viele Jahre.

Ein entscheidender Hebel für die Umsetzung der Energieautarkie ist das „**Project Tomorrow**", das als Österreichs größtes Ausbauprojekt für Wind- und Photovoltaikanlagen die Grundlage für eine zukunftsfähige Energieinfrastruktur legt. Um eine nachhaltige und stabile Energieversorgung zu gewährleisten, werden diese Ausbaupläne durch gezielte Speicherlösungen ergänzt, die den Schwankungen der erneuerbaren Erzeugung entgegenwirken und eine kontinuierliche Energieverfügbarkeit sicherstellen sollen.

Eine Kernmaßnahme für den Ausbau erneuerbarer Energien ist die Förderung des **Repowerings bestehender Windanlagen** zur Effizienzsteigerung sowie der weitere Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen (Wind, Photovoltaik) in allen geeigneten Regionen.

Um den Weg in eine klimafreundliche Zukunft zu beschleunigen, ist es auch notwendig, die Nutzung der Solarenergie weiter zu intensivieren. Eine **Intensivierung der Photovoltaik-Offensive** trägt nicht nur zur Reduktion von CO_2-Emissionen bei, sondern stärkt auch die regionale Wertschöpfung und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Im Rahmen der Photovoltaik-Offensive sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Erarbeitung **sozial gestaffelter Förderungen** (analog Wärmepreisdeckel) für die Installation von Photovoltaikanlagen auf jeder nutzbaren Dachfläche
- Forcierung des weiteren Ausbaus von PV-Anlagen auf **öffentlichen Gebäuden**
- Förderung von **PV-Carport-Projekten** auf Parkplatzflächen
- Schaffung einer Pflicht zur **Überdachung von neuen Gewerbe-Parkplätzen** mit PV-Anlagen: die bestehende **PV-Pflicht im Wohnbau** wird auf den Gewerbe-Neubau ausgeweitet. Bei der Errichtung neuer und der Erweiterung bestehender Gewerbebauten sind PV-Anlagen bevorzugt auf Parkplatzflächen, zumindest aber auf Dachflächen verpflichtend. Diese Maßnahmen sollen auch in korrespondierenden Investitionsförderprogrammen verankert werden.
- Die Burgenland Energie erarbeitet gemeinsam mit großen Parkplatzbetreibern (unter anderem Supermarktketten und Einkaufszentren) Modelle für die Nutzung

bestehender **gewerblicher Parkplatzflächen für PV-Anlagen**. Die Schaffung einer Pflicht zur Überdachung bestehender Parkplatzflächen mit PV-Anlagen wird geprüft.
- Alle landeseigenen **Park-and-Ride-Anlagen** sollen im Endausbau mit Photovoltaikanlagen und flächendeckender Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge durch die Burgenland Energie ausgestattet werden. Angestrebt wird, möglichst jeden zweiten Stellplatz mit Ladeinfrastruktur auszustatten.
- Vereinfachungen in der Bauordnung für Gebäude-PV-Anlagen größer als 20 kW sollen geprüft werden.
- Eine spezielle Förderschiene für **Balkonkraftwerke** für einkommensschwache Haushalte soll erarbeitet werden.
- Ein **Förderkonzept für Gemeinden** mit der Burgenland Energie im Zusammenhang mit der KIP-Förderung auch unter Zusammenarbeit mit regionalen Installationsbetrieben, um regionale Wertschöpfung zu generieren, soll erarbeitet werden.
- Die **Wärmepumpenförderung** mit dem bisherigen Landesanteil soll evaluiert und weitergeführt werden.

Zur raschen Realisierung der erforderlichen Maßnahmen ist eine gezielte Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren essenziell. Daher liegt der Fokus auf der **Definition und Festlegung von Beschleunigungsgebieten**, die sich an bestehenden Zonierungen gemäß dem auf Bundesebene zu beschließenden Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) orientieren. Durch diese gezielten Maßnahmen wird nicht nur die rechtliche und administrative Basis für den Ausbau geschaffen, sondern auch ein effizienter und zügiger Umsetzungsprozess sichergestellt.

Neben der Intensivierung der offensiven PV- und Wind-Strategie soll auch die bestehende **Speicherstrategie** durch eine Reihe von Maßnahmen vorangetrieben und als wesentlicher Baustein im Transformationsprozess nachhaltig implementiert werden. Des Weiteren soll die Umsetzung der Speicherstrategie die bilanzielle Klima- und Energieneutralität ermöglichen und Basis für die nachhaltige Energiesicherheit des Burgenlandes sein. Demzufolge erstrecken sich die geplanten Maßnahmen auf folgende Bereiche:
- Flächendeckende Installation von **Großspeicheranlagen** zur Speicherung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen (z.B. Wind und Solar), wodurch auch in Phasen von geringer Windleistung und keinerlei Sonnenschein die Energiesicherheit gewährleistet werden kann
- Evaluierung von **H2-Speichertechnologien** und gegebenenfalls Umsetzung von Pilotprojekten
- Fortsetzung der **Landes-Speicherförderung** für Haushalte

Ein Schwerpunkt im Energiebereich liegt auf der Weiterentwicklung der österreichweit ersten landesweiten Energiegemeinschaft, dem „**Fanclub Burgenland Energieunabhängig**“, die als größte Energiegemeinschaft Österreichs weiter ausgebaut und breiter aufgestellt werden soll.
Die Förderung von Energiegemeinschaften treibt den Austausch und die lokale Produktion erneuerbarer Energie voran, gleichzeitig wird dadurch die Versorgung

stabilisiert und Energie im Burgenland langfristig leistbar gemacht. Der „Fanclub Burgenland Energieunabhängig" garantiert nicht nur einen **Fixpreis von 10 Cent netto** pro Kilowattstunde, fixiert auf 20 Jahre, die regionalen Energiegemeinschaften bringen auch wesentliche **Reduktionen der Netzkosten** mit sich. Mitglieder des Fanclubs können überdies zu gesicherten Tarifen ihren **Sonnenstrom einspeisen** und um durchschnittlich **3,50 Euro pro 100 Kilometer** an den flächendeckend verfügbaren Ladesäulen der Burgenland Energie tanken. Damit ist das Modell ein wirksamer Anreiz für die Teilhabe sowie Mitwirkung der Bevölkerung an der Energiewende.

Zusätzlich zum Ausbau erneuerbarer Energieträger und dem Angebot von leistbarer Energie wird der dritte wesentliche Baustein – die **Energieeffizienz und die Reduktion des Energieverbrauchs** – weiter ausgebaut. Die Abwicklung von „**Sauber Heizen für alle**" soll, insbesondere durch Vorfinanzierungslösungen aus bestehenden Förderinstrumenten von Bund und Land, beschleunigt werden.

Als ergänzender Baustein zur Versorgung durch elektrische Energie sollen auch der Ausbau bzw. die Transformation zu **Erneuerbaren-Energie-Wärmenetzen** forciert und die erneuerbare Wärmestrategie des Burgenlandes umgesetzt werden. Im Fokus liegt hier der strukturelle Ausbau von bestehenden und der Ausbau von neuen Wärmenetzen aus erneuerbaren Quellen in Bereichen mit hoher Nachfrage bzw. hoher Wärmedichte. Dabei soll auch die nachhaltige Weiternutzung des bestehenden Gasnetzes nach Möglichkeit inbegriffen sein, zum Beispiel für Breitband. Auch hier gilt, die bestehende Infrastruktur zukünftig als erneuerbares Wärmenetz zu nutzen.

Im Bereich der **E-Mobilität** soll zukünftig neben den bestehenden Förderinstrumenten ein Fokus auf **gebrauchten E-Autos** liegen, um die E-Mobilität mittels spezieller Förderprogramme auch Menschen mit geringerem Einkommen zugänglich zu machen.

Des Weiteren soll der konsequente **Ausbau der Ladeinfrastruktur** im Burgenland fortgesetzt werden, wobei folgende wesentlichen Parameter berücksichtigt werden sollen:

- Ausbau des Netzwerks von **Superschnellladern** (>200kW) in jedem Bezirk
- Ausbau der **E-Tankstellen** in Kooperation mit Shops der Biogenossenschaft
- Bekenntnis zur Umstellung des **Fuhrparks** des Amtes der Landesregierung und der Landesholding auf E-Antrieb
- Förderung von **E-Ladetarifen** an öffentlichen Ladestationen
- Berücksichtigung der **Ortskernnähe** bei der Standortauswahl von öffentlichen Ladepunkten
- Berücksichtigung der **Barrierefreiheit** beim weiteren Ladestationsausbau

Im Bereich des **BOEF (Burgenländischen Ökoenergiefonds)** sollen die bestehenden Förderungen evaluiert und vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen auf Bundesebene überprüft werden.
Im Zusammenhang mit der Erzeugung von grünem Wasserstoff soll es **gezielte**

Unterstützungen bei der Errichtung der erforderlichen Infrastruktur für die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff im Burgenland auch für die Energiesicherheit geben.

Neben den bereits im Burgenland etablierten nachhaltigen Energiequellen soll auch mit Partnern die Umsetzung bzw. die Evaluierung von neuen potenziellen erneuerbaren Energiequellen vorangetrieben werden:

- Umsetzung eines **Pilotprojekts** im Bereich der **Tiefengeothermie**
- Evaluierung der Errichtung eines **Pumpkraftwerkes am Geschriebenstein**

Klimaschutz und Klimawandel-anpassung

Verantwortung übernehmen – Miteinander für den Klimaschutz

Der Klimawandel ist eine reale Herausforderung, die bereits heute alle Lebensbereiche betrifft. Das Burgenland setzt daher auf eine entschlossene Klimapolitik, um CO_2-Emissionen zu senken, erneuerbare Energien auszubauen, die Energieeffizienz zu steigern und sich gegen Extremwetterereignisse zu wappnen. Die „Klimastrategie Burgenland 2030" gibt dabei die Richtung vor und wird konsequent weiterentwickelt. Die globale Erderwärmung ist schon jetzt spürbar und erfordert sowohl wirksame Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen als auch eine vorausschauende Anpassung an klimatische Veränderungen. Mobilität, Landwirtschaft, Raumplanung, Naturschutz sowie Bauen und Wohnen sind eng miteinander verknüpft und müssen im Klimaschutz gemeinsam betrachtet werden. Die entsprechenden Maßnahmen sind im Regierungsprogramm verankert, erfordern aber eine ganzheitliche und koordinierte Herangehensweise. Das Burgenland setzt dabei nicht nur auf politische Weichenstellungen, sondern auch auf die aktive Beteiligung der Bevölkerung. Wer heute Verantwortung übernimmt, sichert die Zukunft des Burgenlandes und sorgt dafür, dass Klimaschutz nicht als Belastung, sondern als Chance für eine lebenswerte und wirtschaftlich starke Region verstanden wird.

Die „**Klimastrategie Burgenland 2030**", die einen klaren Fahrplan zur bilanziellen Klimaneutralität bis 2030 vorgibt, wird nicht nur fortgeführt, sondern auch hinsichtlich ihrer Handlungsfelder und Einzelmaßnahmen einer umfassenden Evaluierung unterzogen. Das klare Ziel ist die Erreichung der Einsparungsziele und die Vermeidung damit verbundener Strafzahlungen.

Um die Klimaschutzpolitik des Landes auf eine stabile rechtliche Basis zu stellen, soll ein **Burgenländisches Klimaschutzgesetz** geschaffen werden. Dieses Gesetz wird die wesentlichen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel bündeln und klare rechtliche Rahmenbedingungen setzen.

Dass das Burgenland seine Vorreiterrolle im Klimaschutz ernst nimmt, zeigen auch die **Bestrebungen einer verfassungsrechtlichen Prüfung** zur Aufteilung möglicher Strafzahlungen zwischen den Bundesländern. Wer seine Klimaziele erreicht oder übertrifft, darf nicht aufgrund des Nicht-Handelns anderer Bundesländer bestraft werden.

Der Wald als CO_2-Senke und „natürliche Klimaanlage" gewinnt zunehmend an Bedeutung. Daher wird künftig eine **Aufforstungsprämie für kleine Wälder** eingeführt, um gezielt CO_2 zu binden und die ökologische Vielfalt zu stärken. Zudem wird die **Beschattung im öffentlichen Raum** verstärkt forciert. Dies betrifft insbesondere die gezielte Begrünung von Parkplätzen und anderen versiegelten Flächen, um Hitzeinseln zu reduzieren und das Mikroklima zu verbessern.

Als ergänzender Beitrag zur CO_2-Reduktion soll auch der Einsatz von technischen **CO_2-Speicherlösungen** evaluiert und im Zuge von Pilotprojekten umgesetzt werden.

Die Unwetterereignisse des Jahres 2024 haben deutlich gezeigt, dass sich das Burgenland nicht nur auf den Klimaschutz, sondern auch auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels konzentrieren muss. Da die Auswirkungen regional unterschiedlich sind, stehen insbesondere die Gemeinden in der Verantwortung, sich gezielt auf Hitze, Trockenheit, Hochwasser und Extremwetterereignisse vorzubereiten. Die Gemeinden werden dabei unterstützt, aktiv Maßnahmen zur Klimawandelanpassung umzusetzen.

- Neben **Hochwasserschutzmaßnahmen** sind insbesondere die Förderung einer **klimafitten Ortsplanung** sowie die Integration von **Klimaanpassungsmaßnahmen in Infrastrukturprojekte** vorgesehen.
- Darüber hinaus wird die **Sensibilisierung von Gemeindevertreterinnen und -vertretern** intensiviert. Ziel ist es, die Folgen des Klimawandels bewusster zu machen, die Notwendigkeit frühzeitiger Anpassungsmaßnahmen zu verdeutlichen und das Wissen über klimafreundliche sowie resiliente Planungsstrategien zu erweitern.

Klimaschutzpolitik und Luftqualität sind eng miteinander verbunden. Daher soll in einem ersten Schritt die Implementierung von Maßnahmen aus dem **Immissionsschutzgesetz-Luft auf Landesstraßen** evaluiert werden, um auf bereits beschlossene EU-Grenzwerte zu reagieren.

Neben dem Ausbau erneuerbarer Energieträger ist der schrittweise Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf alternative Heizsysteme von großer Bedeutung. Die Förderprogramme des **Burgenländischen Ökoenergiefonds**, die den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien in privaten Haushalten unterstützen, werden evaluiert und entsprechend angepasst.

Neben verbindlichen Zielen sind **Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung** entscheidend, um das Burgenland bis 2030 bilanziell klimaneutral und energieautark zu machen. Klimaschutz „made in Burgenland" bedeutet Klimaschutz, der die Menschen mitnimmt und verdeutlicht, dass letztlich alle Burgenländerinnen und Burgenländer von einer vorausschauenden Klimapolitik profitieren. Zudem soll die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung stärker in den Fokus rücken. Geplante Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung umfassen:

- Ausbau der Klimaschutzbildung in Bildungseinrichtungen sowie gezielte Kampagnen wie „**Klimaschutz macht Schule**"
- Start neuer Initiativen wie „**Is nu guad**" zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung
- Zusammenarbeit mit den Sonnenmärkten zur Förderung von nachhaltigem Konsum mit dem Schwerpunkt „**Besser essen, schlau konsumieren**"

Umwelt- und Naturschutz

Lebensgrundlagen bewahren – ein guter Boden für die Zukunft

Mehr als ein Drittel der burgenländischen Landesfläche steht unter Naturschutz – ein klares Bekenntnis zur Bewahrung der einzigartigen Biodiversität unserer Region. Der Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel sowie die sechs burgenländischen Naturparke spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind nicht nur wertvolle Schutzräume für heimische Flora und Fauna, sondern auch bedeutende Orte für Erholung, Umweltbildung und nachhaltigen Tourismus. Um diesen Weg konsequent zu forcieren, setzt das Burgenland auf eine gezielte Weiterentwicklung der Schutzgebiete. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur Region Neusiedler See als Teil des UNESCO Welterbes. Zudem soll durch die Forcierung bestehender und die Implementierung neuer Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz die natürliche Vielfalt erhalten, die Lebensqualität für Mensch und Tier verbessert und gleichzeitig eine effiziente Verwaltung der Schutzgebiete sichergestellt werden. Das Burgenland verfolgt damit einen integrativen Ansatz im Natur- und Umweltschutz: Durch den Schutz unserer natürlichen Ressourcen wird nicht nur das ökologische Gleichgewicht bewahrt, sondern auch die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen.

Der **Nationalpark Neusiedler See - Seewinkel** und die **sechs burgenländischen Naturparke** sowie die **Natura 2000 Gebiete** sollen als Institutionen für Freizeit, Bildung und Tourismus sowie als wertvolle Schutzgebiete weiter ausgebaut und gestärkt werden.

- **Investitionen in Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und naturverträgliche Freizeitangebote,** um den Nationalpark und die Naturparke als nachhaltige Tourismusziele zu stärken und als bedeutende Schutzgebiete zu bewahren und zu fördern
- **Erweiterung des Nationalparks** im Bereich des Hanság
- Maßnahmen und klares Bekenntnis zum **Erhalt der Salzlacken**
- Prüfung der Renaturierung des **Hanság Niedermoores**
- **Verbesserung des Schilfgürtels** am Neusiedler See durch kontrolliertes Abbrennen
- Mittelfristige **Integration der Naturparke in den Burgenland Tourismus**

Neben der Erweiterung und Renaturierung spezifischer Räume liegt der Fokus im Natur- und Umweltbereich auf der Weiterentwicklung und Optimierung bestehender Initiativen sowie der Erarbeitung innovativer Konzepte. So soll zum Beispiel das **Ragweed-Gesetz** evaluiert und gegebenenfalls an neue Erkenntnisse und Erfordernisse angepasst werden.

Zudem wird das **Bibermanagement** durch ein verbessertes Managementsystem in der Landesverwaltung optimiert, das sowohl den Schutz der Tiere als auch die Interessen von Gemeinden, Privatpersonen sowie der Land- und Forstwirtschaft gleichermaßen berücksichtigt. Es sollen dabei flexible Lösungen erarbeitet werden, um Konflikte zwischen menschlichen Nutzungsansprüchen und dem Naturschutz zu minimieren. Generell sollen Konflikte mit Tierarten wie Bibern, Fischottern oder etwa Goldschakalen künftig unter Abwägung aller Interessen im „**Lenkungsausschuss Landwirtschaft und Nachhaltigkeit**“ behandelt werden.

Luftgüte- und Wasserwerte sollen weiterhin auf der Website des Landes offengelegt werden. Geprüft wird eine Ausweitung der Offenlegung im Bereich der Lichtverschmutzung.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe sollen Maßnahmen zur **Reduzierung der Lichtverschmutzung** und zum Schutz der Nachtlandschaft erarbeitet und gegebenenfalls gesetzlich verankert werden.

Verfahrensbeschleunigung und Steigerung der Effizienz im Einklang mit dem Schutz unserer burgenländischen Natur sind wichtige Ziele der Burgenländischen Landesregierung. Neben zusätzlichen amtlichen Sachverständigen soll auch die Anzahl der **amtlichen Naturschutzorgane** auf insgesamt sechs Naturschutzorgane verdoppelt werden, sodass für jeden Bezirk (Jennersdorf gemeinsam mit Güssing) ein eigenes amtliches Naturschutzorgan zur Verfügung steht. Nicht zuletzt durch diese Erhöhung der personellen Kapazitäten bei den Naturschutzbehörden sollen Genehmigungsverfahren effizienter gestaltet werden, ohne dabei den Naturschutz zu vernachlässigen.

Renaturierung als effektiver Hochwasserschutz soll forciert werden. Für die Empfehlung konkreter Maßnahmen wird ein Beirat eingerichtet werden.

Darüber hinaus sollen **Mehrnutzenhecken** als Landschaftselemente die kleinräumige Biodiversität fördern, aber auch als Pufferzonen zu landwirtschaftlichen Flächen dienen und zur CO_2-Bindung beitragen.

Landwirtschaft, Klima-, Natur- und Umweltschutz beruhen auf dem Schutz unseres Bodens. Mit der „**Bodenschutzoffensive**“ soll daher ein Leuchtturmprojekt ins Leben gerufen werden, das eine bodenschonende, zukunftsfähige und klimafitte Landwirtschaft fördert.

- Umsetzung im Rahmen des **Lenkungsausschusses** für Landwirtschaft und Nachhaltigkeit unter Einbindung der Bereiche Naturschutz und Gesundheit
- Prüfung eines **Pilotprojekts zum Zertifikatshandel**, das nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken honoriert und einen Beitrag zur CO_2-Bindung leistet
- Start der „Bodenschutzoffensive“ durch ein **Symposium**, das als Auftakt für dieses richtungsweisende Vorhaben dient

Landwirtschaft

Bio und regional – das Beste für Konsumenten und Produzenten

Das Burgenland hat mit der Einleitung der Bio-Wende 2018 eine Vorreiterrolle in der österreichischen und europäischen Landwirtschaft übernommen. Diese richtungsweisende Entscheidung ist ein klares Bekenntnis zu nachhaltiger Landwirtschaft, regionaler Wertschöpfung sowie Gesundheits- und Umweltschutz. Die Bio-Landwirtschaft verbindet die Interessen von Landwirtinnen und Landwirten, Umwelt, Klima und Gesellschaft und hat sich als zukunftsfähiges Modell bewährt. Um die biologische Landwirtschaft zu stärken, setzt das Burgenland weiterhin auf gezielte Fördermaßnahmen sowie den Ausbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten, Bildungs- und Beratungsangebote. Damit wird die regionale Selbstversorgung gefördert und die Zukunft bäuerlicher Betriebe gesichert. Ein besonderer Fokus liegt auf der Versorgung öffentlicher Einrichtungen mit gesunden, regionalen Bio-Lebensmitteln. Die konsequente Reduktion von Pestiziden leistet zudem einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Gesundheitsschutz. Gesunde Böden, eine intakte Natur und nachhaltige Bewirtschaftung sind unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.

Das Burgenland richtet ein **Forschungszentrum für nachhaltige Landwirtschaft** ein, das praxisnahe Forschung auf Testflächen ermöglicht und modernste Precision-Farming-Technologien einsetzt, um ressourcenschonende und zukunftsorientierte Anbaumethoden zu entwickeln.

Im Rahmen der neuen Forschungsstruktur für Landwirtschaft soll eine **Landesstrategie zur Reduktion von Pestiziden** erarbeitet werden, wobei die regelmäßige Kontrolle von Lebensmitteln hinsichtlich ihrer Belastung einen zentralen Bestandteil darstellt.

Durch die Einführung innovativer Anbaumethoden, die auf der Wiederherstellung natürlicher Ressourcen basieren und langfristig die Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität fördern, soll **syntropische Landwirtschaft** unterstützt werden.

Um die Wasser- und Energieeffizienz zu steigern, sollen **Strategien zur Reduktion des Wasserverbrauchs** in der Landwirtschaft erarbeitet werden, sowie die Energieautarkie von Betrieben durch den **Einsatz von erneuerbaren Energien**, wie z.B. durch Agri-Photovoltaik, gefördert werden.

Neue **Kooperationen in der Kreislaufwirtschaft** sollen geschaffen werden, indem sektorübergreifende Projekte initiiert werden, die Nebenströme aus der Landwirtschaft und dem Ernährungssektor in alternative Produkte und Baustoffe umwandeln, ähnlich wie im „Closing Loops"-Projekt in Dänemark.

Für die Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft im Burgenland ist die **Erhöhung des Bio-Flächenanteils** ein zentrales Ziel. Das Land Burgenland hat daher die Steigerung der Bio-Landwirtschaftsquote von derzeit 40 Prozent auf 50 Prozent der

Flächen bis 2030 als strategische Vorgabe definiert. Um dieses Ziel zu erreichen, werden treffsichere Maßnahmen gesetzt:

- **Förderung von Umstellungsmaßnahmen** zur Unterstützung von Bio-Betrieben bei der Umstellung auf biologische Landwirtschaft
- **Ausbau der Bio-Genossenschaft** durch ein Shopsystem, um die regionale Vermarktung zu verbessern
- **Verpflichtende Herkunftskennzeichnung** für landesnahe Betriebe, die von der Bio-Genossenschaft beliefert werden

Um die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig zu sichern, setzt das Burgenland gezielte Fördermaßnahmen, die wirtschaftliche Stabilität stärken, Innovationen vorantreiben und die regionale Unabhängigkeit ausbauen. So bleibt die Landwirtschaft wettbewerbsfähig, nachhaltig und zukunftsorientiert.

- Zur Stärkung der regionalen Tierhaltung werden gezielte Maßnahmen umgesetzt, die insbesondere eine **nachhaltige und artgerechte Tierhaltung fördern**, um die regionale Unabhängigkeit zu erhöhen und die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Dazu zählt unter anderem die Schaffung eines **Ersatzes für die Mutterkuhprämie** bei biologischer Haltung, um eine zukunftsorientierte und wirtschaftlich tragfähige Alternative für Landwirtinnen und Landwirte zu bieten.
- **Unterstützung von Agrotourismus**: Förderung nachhaltiger Tourismuskonzepte in Verbindung mit Landwirtschaft, wie etwa „Urlaub am Bauernhof", um ländliche Regionen wirtschaftlich zu stärken und das Bewusstsein für regionale Landwirtschaft zu erhöhen
- Förderungen für **Buschenschanken bzw. Pop-up-Heurigen**
- **Förderung von Diversifizierungsmaßnahmen** für landwirtschaftliche Betriebe sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, um die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Landwirtschaft zu stärken
- Um das Höfesterben zu verhindern und die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft im Burgenland zu sichern, werden gezielte Anreize und **Förderprogramme für die Hofnachfolge** und den **Einstieg von Jungbäuerinnen und Jungbauern** eingeführt. Diese Maßnahmen unterstützen nicht nur die innerfamiliäre Übergabe landwirtschaftlicher Betriebe, sondern auch außerfamiliäre Hofübernahmen, um neuen Generationen den Zugang zur Landwirtschaft zu erleichtern und die nachhaltige Bewirtschaftung der Höfe langfristig sicherzustellen.

Um auch in Zukunft ein gut funktionierendes und nachhaltiges Landwirtschaftskammersystem zu gewährleisten, soll eine **Reform der Landwirtschaftskammer-Wahlordnung** hinsichtlich einer Senkung der Hürde für Unterstützungserklärungen nach dem Vorbild Niederösterreichs umgesetzt werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch im Burgenland einen Waldumbau erforderlich machen. **Klimafitte Wälder** sollen gefördert und Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer beraten sowie unterstützt werden. Neu- und Wiederaufforstungen sollen künftig ausschließlich mit klimawandelresistenten Baumarten erfolgen. Zusätzlich sollen vitalitätssteigernde Pflegemaßnahmen in Jungbeständen gesetzt werden, dafür soll ein Landesförderprogramm erarbeitet werden.

Die Stärkung der burgenländischen Dörfer ist ein zentrales Anliegen, um lebendige Ortskerne zu erhalten, die regionale Wirtschaft zu fördern und die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Durch gezielte Maßnahmen und Investitionen im Bereich der **Dorfentwicklung** wird die Attraktivität ländlicher Räume erhöht und eine zukunftsorientierte Entwicklung sichergestellt. Investitionen zur Steigerung der **Attraktivität der Ortskerne** im Burgenland sollen gefördert werden, ebenso **Hybridprojekte**, die Landwirtschaft, Nahversorgung und Gastronomie miteinander verbinden, wie zum Beispiel Bauernläden mit angeschlossener Gastronomie.

Sicherheit, Asyl und Integration

Sicherheit durch Klarheit und Verantwortung

Das Burgenland ist als Grenzland überproportional von den Dynamiken bei Asyl und Migration betroffen. 90 Prozent aller Menschen, die seit 2015 in diesem Kontext nach Österreich kamen, sind über die burgenländischen Grenzen gekommen. Das Burgenland war mit Wien das einzige Bundesland, das über eine lange Zeit die Asylquote erfüllt hat. Österreich ist bei den Asylanträgen, aber auch bei der Schutzquote seit Jahren unter den Top drei in Europa. Das hat dazu geführt, dass das Burgenland zum internationalen Hotspot der menschenverachtenden internationalen Schlepperkriminalität geworden ist. Alle Appelle von Seiten des Landes an die zuständigen Innenminister betreffend Grenzübertritte, Aufgriffe, Sicherheit und Schlepperei wurden ignoriert. 2024 wurde deshalb ein eigenes Positionspapier erarbeitet, das in Beschlüssen für eine eigenständige burgenländische Asyl-Obergrenze und gemeinnützige Arbeit in der Grundversorgung mündete. Im Vordergrund steht immer der Grundsatz, dass eine konsequente Migrationspolitik, ausreichend kontrollierte Grenzen und die Umsetzung von rechtsstaatlichen Entscheidungen unerlässlich sind, um das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu **gesicherten Grenzen** und zum **Assistenzeinsatz des Bundesheeres** als wichtige Maßnahmen gegen Menschenhandel, Schlepperei und illegale Migration. Durch **Kontrolle** sollen mögliche Sicherheitsrisiken minimiert werden.

Außerdem bekennt sich die Landesregierung zum **Recht auf Asyl**, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zur angemessenen **Versorgung von Asylwerbenden und Schutzsuchenden**.

Die **gemeinnützige Arbeit** von Asylwerbern für Gemeinden, das Land oder andere berechtigte Trägerorganisationen, wie beispielsweise NGOs, bei Inanspruchnahme der Grundversorgung soll ausgerollt werden:

- Die Hilfstätigkeiten werden gemäß **Leistungskatalog des BMI** definiert.
- **Symbolische Abgeltung** durch den Dienstgeber in der Höhe von rund €1,30 pro Stunde
- Gemeinnützige Arbeit **beider Elternteile von Kindern ab drei Jahren** (ein Elternteil aliquot) soll vorgegeben werden.
- Die Landesregierung hält das Modell einer **Bezahlkarte** in der Grundversorgung für nicht zielführend und wird daher von einer Einführung Abstand nehmen
- Die Landesregierung spricht sich **gegen eine Residenzpflicht** aus.

Um gesellschaftliche Akzeptanz sowie Versorgung, Unterstützung und Integration von Schutzsuchenden sicherzustellen (z.B. Sprachkurse, Bildung, Arbeitsmarkt und soziale Integration) ist eine ausgewogene Verteilung der Geflüchteten auf EU- sowie nationaler Ebene notwendig. Nachdem dies aufgrund von politischen Versäumnissen auf diesen beiden Ebenen nicht gewährleistet ist, hält die Burgenländische Landesregierung eine **Obergrenze** von **330 Grundversorgungsplätzen** weiterhin für notwendig. Diese Obergrenze ist auch angesichts höchst bedenklicher Entwicklungen im Nachbarland

Ungarn (Freilassung von Schleppern, Planung von grenznahen Asyllagern etc.) unabdingbar – und sie soll eine Überlastung der burgenländischen Infrastruktur in Bereichen wie Wohnen, Gesundheit und Bildung verhindern.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich klar zur **Ablehnung von großen Asylzentren** im Burgenland oder in Grenznähe, bei gleichzeitiger Forcierung von kleinen Unterkünften in einer sozial verträglichen Größe mit entsprechender Betreuungsqualität.

Der **Integrationspreis** soll wieder ausgeschrieben und der Bereich der **Extremismusprävention** bei (Sport-)Vereinen (im Rahmen der Ombudsstelle) sowie an Schulen (in Kooperation mit der Friedensburg Schlaining) ausgebaut werden.

Die Burgenländische Landesregierung steht weiterhin zu 100 Prozent an der Seite der **Ukraine** und unterstützt humanitär sowohl vor Ort, als auch die Vertriebenen im Burgenland. Im Rahmen einer Rekrutierungsoffensive sollen Ukrainerinnen und Ukrainer mit Vorkenntnissen im Burgenland für den Pflegebereich angeworben werden.

Bildung

Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung

Bildung ist das Fundament für individuelle Entfaltung und gesellschaftlichen Fortschritt. Das Ziel der burgenländischen Bildungspolitik ist, dass jeder Mensch – unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lebenssituation – die gleichen Chancen auf qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung erfährt. Im Mittelpunkt stehen die individuelle und gezielte Förderung sowie bedarfsgerechte Unterstützung. Inklusion und Diversität sind dabei wesentliche Prinzipien. Die fortschreitende Digitalisierung, Globalisierung und der Wandel der Arbeitswelt stellen neue Anforderungen an unser Bildungssystem. Es gilt, Lernende und Lehrende bestmöglich auf diese Entwicklungen vorzubereiten. Der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) wird daher ein zentraler Bestandteil zukünftiger Bildungsstrategien sein. Neben fachlichen Qualifikationen sind auch Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kompetenzen und kritisches Denken zentrale Bildungsziele. Die Burgenländische Landesregierung will zudem mit strukturellen Veränderungen in dieser Legislaturperiode dafür Sorge tragen, dass weiterhin die besten Rahmenbedingungen für Lehrende und Lernende gegeben sind.

Kinderkrippen und Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen. Als Bestandteil des Bildungswesens wird eine **Eingliederung** der Elementarpädagogik **in die Bildungsdirektion Burgenland** hinsichtlich Verwaltung und pädagogischer Zuständigkeit vorbereitet und umgesetzt.

Im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsansatzes wird der enge Austausch zwischen den Akteuren im Bildungsbereich weiter gefördert. Speziell **Transitionsprozesse vom Kindergarten in die Volksschule** sollen optimiert werden, insbesondere für Kinder mit besonderen Bedürfnissen.

Um sicherzustellen, dass alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen bestmöglich gefördert werden, soll das **Inklusionsangebot** an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Anforderungen angepasst werden.

Das **Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz** bildet die gesetzliche Grundlage für die Qualität der elementaren Bildungseinrichtungen. Um den sich wandelnden gesellschaftlichen und pädagogischen Anforderungen gerecht zu werden, soll es regelmäßig überprüft und unter Einbindung der Stakeholder weiterentwickelt werden.

Kindergarten- und Familienarbeit im elementarpädagogischen Bereich soll ausgebaut werden, zur Unterstützung der Eltern, als Ergänzung und Schnittstelle für die Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften und Eltern, zur Förderung der Erziehungskompetenz und zugleich als Entlastung für das pädagogische Personal in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Die Verwaltungsprozesse im Bereich der Kindergärten sollen durch den Ausbau des **digitalen Kindergartenverwaltungsprogramms** für alle Gemeinden als Teil von „**Digitales Haus Burgenland**“ effizienter gestaltet werden. Damit wird die Verwaltung in den Gemeinden erleichtert.

Schulen und Kindergärten sind soziale Lebensräume. In Anbetracht dessen bekennt sich die Landesregierung zur **Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, der sozialen Kompetenz und Wertevermittlung** durch überfachliche Pädagogik, Konfliktmanagement und die Vermittlung von Lebenskompetenzen sowie zu Integration und Inklusion. Durch gelebte Schulpartnerschaften mit Vereinen und Organisationen (z.B. Blaulichtorganisationen, musischen oder sozialen Einrichtungen) sollen die Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen gestärkt werden.

Die **schulische Ganztagsbetreuung** soll ausgebaut und optimiert werden:

- Verstärkte Einbindung aller **außerschulischen Schulpartner** und deren Expertisen aus dem unmittelbaren Umfeld des Schulstandortes durch Vereine, Verbände, Sozialpartner, Wirtschaftsunternehmen, das Musikschulwerk sowie Sport- und Bewegungsangebote
- Weiterentwicklung der **offenen und verschränkten Form der Ganztagesschule** im Sinne der Schulautonomie, Ausarbeitung von neuen Konzepten für die verschränkte Form der Ganztagesschule
- Zusammenführung unterschiedlicher Vereine und Institutionen in einer **Trägerorganisation** für die Koordination, Verwaltung und Abwicklung diverser Projekte und die Nutzung von Synergien
- Stärkere Verschränkung des **Musikschulwesens** mit dem Regelunterricht

Ein Konzept zum Umgang mit Heimunterricht und alternativen Schulformen soll erarbeitet werden.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) sind Innovationsmotoren. Sie eröffnen neue Lernmöglichkeiten, erfordern jedoch gleichzeitig einen kritischen und reflektierten Umgang. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich daher zu einer Bildungsstrategie, die auf eine gezielte Förderung dieser Innovationsfelder abzielt, um Heranwachsende optimal auf die Zukunft vorzubereiten. Die Strategie beinhaltet:

- Entwicklung Künstlicher Intelligenz in unterschiedlichen fachdidaktischen Varianten durch Expertinnen und Experten für Pädagoginnen und Pädagogen an der **Privaten Pädagogischen Hochschule** (PPH) Burgenland
- **Anpassung digitaler Lernplattformen** an moderne KI-Technologien mit Kooperationspartnern und Experten aus der Wissenschaft
- Fokus auf bewussten **Umgang mit sozialen Medien und KI** als Schlüsselqualifikation der Zukunft
- Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen um „Fake News" zu erkennen
- Stärkung der **Schwerpunkte MINKT** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Kreativität und Technik) sowie **Digitalisierung, Sport, Musik und Kultur**

Noch weiter forciert werden soll künftig eine regionale Bildungsstrategie. Die **Schaffung von zwei Bildungsregionen (Bildungsregion Nord/Bildungsregion Süd)** stellt dabei einen zentralen Schritt zur Weiterentwicklung des burgenländischen Bildungswesens dar, so kann eine optimierte Abstimmung der schulischen Angebote mit den regionalen Gegebenheiten gewährleistet werden. Geplant sind:

- Anpassung der Infrastruktur, zum Beispiel durch den Bau und die Weiterentwicklung von **Bildungscampus**

- Anpassung des Bildungsangebots an **regionale wirtschaftliche und strukturelle Gegebenheiten**, in Abstimmung mit Unternehmen und dem schulartenübergreifenden Bildungsangebot. So sollen regionale Ausbildungsangebote für Tourismus, Handwerk, erneuerbare Energien oder Digitalisierung geschaffen werden.
- **Junge Fachkräfte** sollen im Burgenland gehalten werden beziehungsweise zur Rückkehr motiviert werden. Dieses Ziel gilt vor allem für den Landessüden.
- **Neue Modelle für Lebens- und Berufsorientierung** sollen geschaffen werden, in enger Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen und Institutionen. Lehrkräfte werden gezielt geschult, Eltern sollen aktiv eingebunden werden.

Das Burgenland bekennt sich dazu, das **Nachhilfe- und Förderangebot** im Burgenland weiter auszubauen und gezielt zu individualisieren. Die Nachhilfe soll auch weiterhin Familien in finanzieller und organisatorischer Sicht entlasten, durch:

- **Weiterentwicklung und Individualisierung des Nachhilfeangebotes** im Fachbereich, bei Lernschwächen wie Legasthenie oder Dyskalkulie oder körperlichen bzw. persönlichen Einschränkungen oder Beeinträchtigungen
- **Begabtenförderung** im Rahmen der individuellen Lernunterstützung
- Etablierung eines **Buddy-Systems** im Rahmen der Nachhilfe

Die Vermittlung von **Demokratie und Friedenskultur** soll künftig weiter forciert werden. Für eine praktische Vermittlung demokratischer Prinzipien soll an Schulen und im Rahmen von friedensstiftenden Projekten im Speziellen an **außerschulischen Lernorten** wie der **Friedensburg Schlaining** Weiterbildung angeboten werden. Ziele sind:

- **Stärkung des Demokratiebewusstseins** und des Vertrauens in die Wissenschaft durch politische Bildung
- **Gesellschaftliche Wertevermittlung** für einen positiven und respektvollen Umgang miteinander
- **Stärkung christlicher und humanistischer Werte** im Rahmen des Religions- und Ethikunterrichts
- Einbindung aller Stakeholder in die Aktivitäten der **Friedensburg Schlaining**
- Bündelung der Initiativen zur **Gewaltprävention** bei der Friedensburg Schlaining

Durch gezielte Maßnahmen in verschiedensten Bereichen sollen Schülerinnen und Schüler ermutigt werden, ihre Potenziale zu entfalten.

- **Mehrsprachigkeit** soll gefördert werden, durch die Ausbildung von Lehrenden mit Fokussierung auf Fremd- und Minderheitensprachen. Der Lehrberuf für Minderheitensprachen soll attraktiver werden.
- Folgende **Kooperationen** sollen gestärkt werden:
  - Musikschulen mit der Joseph Haydn Privathochschule
  - Kulturbetriebe Burgenland mit Bildungseinrichtungen (Kindergärten und Schulen)
  - Sport Burgenland zur Förderung des Spitzensports an und mit burgenländischen Schulen
  - Bildungseinrichtungen mit dem Nationalpark und den Naturparken, um den Naturraum Burgenland als Lernort zu stärken

- **Weiterführung wichtiger Initiativen**:
  - Zertifikat „besser essen“ in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie Schulen
  - „Tägliche Sport- und Bewegungseinheit“
  - „Jedes Kind soll schwimmen lernen“
  - „Lesen, Schreiben, Verstehen“
  - „Jedem Volksschulkind sein eigenes Musikinstrument“, „Auf die Bühne, fertig, los!“ mit Blockflöten in Volksschulen
  - „Burgenland bewegt Kids“: Der Sportartikelgutschein in den 6. Schulstufen soll einen Anreiz für Schulschikurse bieten, zudem gewährt das Land gezielte Förderungen für Sport- und Projekttage.

Die burgenländischen **Lern- und Feriencamps** sollen in **Kooperation mit der Sommerschule des Bundes** weitergeführt werden, als wesentliche Initiative für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie wertvolle Ergänzung zum schulischen Bildungsangebot.

Lehramtsstudierenden soll künftig in Abstimmung mit der Bildungsdirektion und dem Land die Möglichkeit geboten werden, während des Studiums an der Privaten Pädagogischen Hochschule als Nachhilfelehrerinnen und -lehrer oder im Rahmen der Ferienbetreuung tätig zu sein. Diese Tätigkeit wird als praktische Ausbildung angerechnet, ist eine Verdienstmöglichkeit und eine gute Voraussetzung, die Studierenden als Lehrkräfte für das Burgenland zu erhalten.

Im Rahmen des **Kindergarten- und Schulbauprogrammes** soll eine Bauweise nach klimaschutzrelevanten Kriterien forciert werden.

Es soll der Einsatz von mehr **multiprofessionellen Teams an Schulen** in Kooperation mit der Bildungsdirektion geprüft werden, um Schulleitungen und Lehrkräfte zu entlasten und Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen.

Die Landesregierung bekennt sich klar zur sozialen Durchlässigkeit im Bildungssystem und setzt sich dafür ein, dass der Bildungsweg nicht von finanziellen Verhältnissen abhängig ist. Das bedeutet, dass weiterhin **keine Studiengebühren an der Hochschule Burgenland** eingehoben werden.

Die **Hochschule Burgenland** spielt eine zentrale Rolle in der akademischen Ausbildung und der regionalen Entwicklung. Um den Bildungsstandort weiter zu stärken, wird das Studienangebot gezielt ausgebaut:

- Ein Studienangebot für **Diätologie** wird eingeführt.
- Die **Schule für Sozialbetreuungsberufe** (SOB) wird in die bestehende **Pflege- und Gesundheitsstruktur am Campus Pinkafeld** integriert. Damit entstehen Synergien zwischen Ausbildungseinrichtungen, medizinischen Fachkräften und Pflegeeinrichtungen.
- Die **Hochschule Burgenland Weiterbildungs GmbH**, ehemals AIM (Austrian Institute of Management), wird weiter gestärkt, um praxisnahe Weiterbildungsangebote für Berufstätige auszubauen.

Die **Joseph Haydn Privathochschule Burgenland** (JHP) ist eine zentrale Institution für die musikalische Ausbildung und Forschung im Burgenland, die weiter gestärkt und ausgebaut werden soll.

- Die JHP soll sich verstärkt als **Forschungsinstitution** etablieren und sich intensiv mit der **Musikgeschichte des Burgenlandes** befassen. Dazu werden Vor- und Nachlässe bedeutender Künstlerinnen und Künstler gesammelt, archiviert und für wissenschaftliche Arbeiten genutzt. Dies trägt nicht nur zur Dokumentation des kulturellen Erbes bei, sondern stärkt auch die musikalische Identität des Burgenlandes im akademischen Diskurs.
- Im Bereich der pädagogischen Forschung soll über das Programm „**Mathetik in der Musikpädagogik**" ein neuer und zeitgemäßer Zugang zur Ausbildung künftiger Musiklehrerinnen und Musiklehrer erarbeitet und in der Praxis durchgeführt werden.
- Die Vielfalt der musikalischen Ausbildung an der JHP soll um den **Studienzweig „Musical"** erweitert werden. Eine enge Vernetzung mit der burgenländischen Musik- und Kulturlandschaft soll angestrebt werden.
- Das Studienangebot soll um das **Instrumentalfach Harfe** erweitert werden.

Um das Angebot in der **Erwachsenenbildung** zukunftsorientiert zu gestalten, setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass Strukturen optimiert, Inhalte modernisiert und die Effizienz der Kursangebote gesteigert werden.

Kultur und Volksgruppen

Vielfalt im Burgenland – Land der gemeinsamen Zukunft

Das Burgenland ist ein Land der kulturellen Vielfalt. Seit den 1970er Jahren gilt das Burgenland als kulturelle Modellregion. Ein reichhaltiges kulturelles Erbe sowie eine lebendige ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt sind Bestandteil seiner Identität. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einem umfassenden und offenen Kulturbegriff, der von Aktivitäten der Alltags- und Volkskultur, der Kulturen der Volksgruppen, den zahlreichen Kulturinitiativen, bis hin zur lebendigen zeitgenössischen Kunst reicht. Weit über die Landesgrenzen hinaus wird das Burgenland als Festspielregion Österreichs geschätzt. Die Festivals leisten somit einen maßgeblichen Beitrag zur Absicherung des kulturtouristischen Angebotes. Kultur verbindet die Generationen und stärkt die Identität der burgenländischen Gemeinden und Städte. Die burgenländische Kulturlandschaft ist die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft, bewahrt Traditionelles, lässt Neues zu, fördert Kreativität und forciert die Gegenwartskultur.

Als Grundlage der kulturpolitischen Ausrichtung soll eine „**Kulturstrategie Burgenland**" im Rahmen eines partizipativen Prozesses erstellt werden. Dabei sollen bestehende Strukturen optimiert, die Aufgabenteilung zwischen den Kulturbetrieben Burgenland und der Kulturabteilung des Landes reorganisiert, Synergien genutzt und Doppelgleisigkeiten vermieden werden. Dabei werden unter anderem folgende Inhalte im Mittelpunkt stehen:

- Entwicklung eines Modells für die **soziale Absicherung von Kulturschaffenden**
- Bekenntnis zur Verantwortung für die **Finanzierung von Kunst und Kultur** – sowohl im unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Landes als auch gegenüber der Vielfalt unabhängiger Initiativen
- **Stärkung von „Fair Pay"** auf Landesebene – entsprechend der gemeinsamen Fair-Pay-Strategie der Gebietskörperschaften
- Fortführung und Weiterentwicklung der Aktion „**Kulturgutscheine**" und bestehender Angebote zur Unterstützung Kulturschaffender (Stipendien, Preise, Wettbewerbe)
- Noch stärkere Förderung der **Jugendkultur**
- Erstellung eines Konzeptes für die Anbindung von kulturellen Großveranstaltungen an den **öffentlichen Verkehr**, etwa durch das Angebot eines Kombitickets

Um Kunst und Kultur im ganzen Land niederschwellig anbieten zu können, soll die vorhandene KUZ-Struktur modernisiert und der bereits eingeleitete Prozess, **in jedem Bezirk ein Landeskulturzentrum** anzubieten, abgeschlossen werden:

- Als nächste Etappe wird in Güssing bereits 2026 das generalsanierte und um eine Outdoor-Arena erweiterte **Frank Hoffmann Kulturzentrum** wiedereröffnet.
- Für den **Bezirk Neusiedl** wird in Neusiedl am See ein KUZ mit Schwerpunkt Kinder/Familien/immersive Kulturvermittlung geschaffen – wobei auf geringen Bodenverbrauch und Nachhaltigkeit besonderes Augenmerk gelegt wird.
- Das **Schloss Tabor**, bekannt für seine Operettenfestivals, soll als Kulturzentrum und kulturtouristischer Treffpunkt weiter gestärkt werden.

Das **Landesmuseum** wird anlässlich seines 100-jährigen Bestehens generalsaniert und durch innovative Ausstellungen sowie durch eine zeitgemäße, multimediale Gestaltung modernisiert, um seine Funktion als Universalmuseum zu stärken. Ein offener Ort für Forschung und Vermittlung, im Geiste des Gründers Sandor Wolfs, soll Raum für eine partizipative Auseinandersetzung bieten.

Als größtes burgenländisches Sommerfestival stellen die **Seefestspiele Mörbisch** einen maßgeblichen Faktor im kulturtouristischen Sektor dar. Um diesen Standort ganzjährig zu bewirtschaften, soll das Gelände sukzessive zu einer Ganzjahresdestination entwickelt werden.

Im Bereich der Kinder- und Familienkultur sowie Kleinkunst soll mit der Revitalisierung des **ehemaligen Kinogebäudes in Mörbisch** ein weiterer Akzent gesetzt werden.

Für die regionale kulturelle Infrastruktur wichtige **alternative Kulturhäuser**, wie das OHO und die KUGA, sollen abgesichert und gestärkt werden. Ein besonderer Zukunftsschwerpunkt gilt der **Weiterentwicklung der burgenländischen Theaterlandschaft**, inklusive der Amateurtheater in den Gemeinden.

Die Friedensburg Schlaining soll als Zentrum für Kultur, Demokratiebildung und Geschichtsvermittlung weiter gestärkt und zu einem internationalen Hub der Friedens- und Konfliktforschung ausgebaut werden. Dies soll durch Maßnahmen wie den **Aufbau von Hochschulkapazitäten** und einer **Erweiterung des Austrian Forum for Peace** erfolgen.

Der zum 100-Jahr-Jubiläum des Burgenlandes massiv gestärkte Standort Schlaining soll auch kulturtouristisch weiterentwickelt werden – unter anderem mit der Anlage von **Friedensgärten**, der Erweiterung des musealen Angebots der **ehemaligen Synagoge** um Vermittlungsprogramme und Veranstaltungen zur jüdischen Tradition, dem **Ausbau des Festivalangebots** auf der Burg sowie der Sanierung und Belebung des Gebäudeensembles beim **Rabbinerhaus**.

Eine stufenweise Sanierung sowie eine Ausweitung des kulturellen Angebotes der **Burg Güssing** soll in Zusammenarbeit mit der Burgstiftung umgesetzt werden. Neben den bestehenden Schwerpunkten soll die Burg wieder eine Gastronomie beinhalten und der **botanischen Gestaltung** des gesamten Burgareals nachgekommen werden.

Der „**Masterplan Archäologie**“ ist die strategische Grundlage für die Inwertsetzung des archäologischen Erbes und dessen archäotouristische Nutzung. In diesem Zusammenhang sollen archäologische Stätten wie die Kaiservilla Bruckneudorf, die neolithische Kreisgarbenanlage in Rechnitz und die Region rund um die mittelalterliche Wehranlage und prähistorische Siedlung in Hannersdorf revitalisiert werden.

Mit den ehemaligen Synagogen von Kobersdorf und Stadtschlaining, dem Jüdischen Museum in Eisenstadt sowie den 14 jüdischen Friedhöfen verfügt das Burgenland über ein reichhaltiges **jüdisches Erbe**, das bewahrt werden muss:

- Die bestehenden Programme in der ehemaligen **Synagoge Kobersdorf** sollen um den Bereich **Antisemitismus-Prävention** erweitert werden, ein **Holocausteducation-Center** soll forciert werden.
- Die ehemalige **Synagoge Schlaining** soll um eine museale Nutzung erweitert werden.
- Das **Jüdische Museum Eisenstadt** soll renoviert werden – wobei die Umsetzung von Sofortmaßnahmen zwischen Land und Bund bereits akkordiert ist und eine Gesamtsanierung von einer fairen Kostenteilung zwischen allen Vereinsmitgliedern (alle Bundesländer, Bund, Standortgemeinde) abhängt.

Das bereits etablierte „**Artist-in-Residence-Programm**" (airBurgenland) soll ausgeweitet werden, um den internationalen Kunststandort Burgenland verstärkt zu positionieren. Dazu soll im ehemaligen Kastell Unterrabnitz die dafür erforderliche Infrastruktur geschaffen werden.

Die Literatur, das burgenländische Verlagswesen und das zeitgenössische Theater sollen im Burgenland weiter gestärkt werden. Die Burgenländische Landesbibliothek und die regionalen **Bibliotheken** setzen weitere Umsetzungsschritte im Bereich des Bibliotheksentwicklungsplanes.

Als Speicher der burgenländischen Landesgeschichte soll das **Landesarchiv Burgenland** in seiner Funktion als landeskundliches Forschungsinstitut eine Digitalisierungsoffensive vorantreiben. Als Forschungsschwerpunkt werden Vor- und Nachlässe von Künstlerinnen und Künstlern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offensiv gesammelt, erforscht und veröffentlicht werden.

Die Burgenländische Landesregierung wird Maßnahmen im Bereich der Filmförderung implementieren, um das **Filmland Burgenland** zu stärken. Filmförderung und Location-Management sollen das Burgenland in Abstimmung zwischen Kultur, Wirtschaft und Tourismus für internationale und nationale Film- und Fernsehproduktionen positionieren.

Die burgenländische Musiklandschaft soll durch eine **Reform des Musikschulwesens** langfristig abgesichert werden:
- Die musikalische Ausbildung wird derzeit im Rahmen einer Vereinsstruktur abgewickelt. Um eine weitere qualitätsvolle Entwicklung zu ermöglichen, soll eine neue Organisationsform mit Verschränkung mit dem Regelunterricht eingeleitet werden.
- **Leuchtturmprojekte** wie Klassenmusizieren, Bläserklassen und das Blockflötenprojekt „Auf die Bühne, fertig, los!" sollen weiterentwickelt und institutionalisiert werden, dabei soll bereits auf die musikalische Früherziehung ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Eine weitere Säule der burgenländischen Musiklandschaft bildet das neugegründete **Landesorchester Burgenland**. Die Entwicklung des Orchesters soll in Zusammenarbeit mit der Joseph Haydn Privathochschule vorangetrieben werden.
Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einem bewussten Umgang mit

historischen Gebäuden und Denkmälern sowie zu einer intensiven Auseinandersetzung und Vermittlung der regionalen Baukultur. Zur Bewahrung der für das Burgenland typischen und wichtigen Baustruktur wird ein neues **burgenländisches Baukulturgesetz** erarbeitet.

Zur Förderung der burgenländischen Medienlandschaft soll ein **Preis für Investigativ-journalismus** geschaffen werden.

Volksgruppen stärken. Vielfalt leben. | Narodne grupe ojačati. Šarolikost živiti. | Logoskere grupn te sorarel. Mindenfelitiko te dschil | Az etnikai csoportok erősítése. A sokszínűség megvalósítása.

Die **drei autochthonen Volksgruppen des Burgenlandes** – die burgenländischen Ungarn, die Burgenlandkroaten und die Burgenlandroma – sind ein unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Identität des Burgenlandes. Die Landesregierung bekennt sich zu einem respektvollen Umgang mit den Volksgruppen und setzt sich mit Nachdruck für ihre Förderung ein:

- Erstellung einer **Volksgruppenförderrichtlinie** Burgenland
- Offensive **Unterstützung von Volksgruppenvereinen** bei der Akquirierung von Bundesförderungen und Drittmitteln
- Maßnahmen zum **Ausbau der Medienangebote** in den Volksgruppensprachen in Kooperation mit dem Bund

Das Land Burgenland bekennt sich zu einem **starken und eigenständigen ORF-Landesstudio** – insbesondere mit Blick auf die Bedeutung für Regionalität, Volksgruppen und Mehrsprachigkeit.

Die Landesregierung erkennt die **Bedeutung der sprachlichen Vielfalt** als Schlüssel zur Bewahrung der Traditionen und sieht die Sprachen als Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Durch gezielte Maßnahmen soll nicht nur das sprachliche Erbe gesichert, sondern auch ein wertschätzender Raum für die verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen der Volksgruppen geschaffen werden, um die Vielfalt des Burgenlandes in all ihren Facetten zu bewahren und weiterzuentwickeln:

- **Lehrmittel** in Bezug auf Volksgruppensprachen sollen verstärkt verfügbar gemacht werden.
- **Zweisprachigkeit im Amtsbetrieb** soll bedarfsgerecht weiter forciert werden.
- Bei der **Auszeichnung der Haltestellen** soll im Rahmen der Verkehrsbetriebe Burgenland (VBB) auf Wunsch der betreffenden Gemeinden Zweisprachigkeit ermöglicht werden.

Das neue **Volksgruppenhaus Burgenland** in Oberwart, das 2026 eröffnet werden soll, stellt eine in Österreich einzigartige gemeinsame bauliche und organisatorische Plattform für Volksgruppen dar. Das Land Burgenland gewährleistet eine nachhaltige Finanzierung dieser Einrichtung.

Tourismus

Qualitätskurs fortsetzen, Destination Burgenland weiter stärken

Der burgenländische Tourismus befindet sich seit Jahren auf einem dynamischen Wachstumskurs. Der Tourismus fördert dabei die positive Entwicklung des Landes und wirkt auf allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen. Jeder fünfte Arbeitsplatz im Burgenland wird über den Tourismus abgesichert, rund 7.500 Vollzeitbeschäftigte sind direkt im Tourismus tätig und tragen wesentlich zur Wertschöpfung im Land bei. Mit dem Aufbau eines nachhaltigen Destinationsmanagements, dem Ausbau der Digitalisierung und einer innovativen Produkt- und Lebensraumentwicklung soll dieser Erfolgsweg fortgesetzt und die Position des Burgenlandes als eine der beliebtesten Urlaubsdestinationen in Europa gefestigt werden, dazu werden sowohl ökologische als auch wirtschaftliche und strukturelle Impulse gesetzt. Die touristische Positionierung des Burgenlandes, die die pannonischen Säulen Natur, Thermen, Sport, Kunst und Kultur, Wein, Kulinarik und Nachhaltigkeit zusammenführt, soll dabei weiter forciert werden.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur „**Tourismus Strategie 2030**" und den strategischen Erfolgspotenzialen des Landes. In dieser auf einer breiten Basis erarbeiteten „Tourismus-Strategie 2030" setzt sich das Burgenland das ambitionierte Ziel, bis 2030 die führende Urlaubsdestination für nachhaltigen Lebensgenuss zu sein.

Möglich wird das durch eine einzigartige **Verbindung und Vernetzung der touristischen Säulen**, die gleichzeitig jene Schwerpunkte bilden, die in den nächsten fünf Jahren weiter forciert werden sollen. Dabei sind Nachhaltigkeit und Regionalität als wesentlichste Querschnittsthemen über alle Schwerpunkte gesetzt: Radfahren und Wandern, Kultur und Erlebnis, Natur und Landschaft, Wein und Kulinarik, Wohlbefinden und Thermen sowie Familien und Kinder.

Die Aufgaben der **Burgenland Tourismus GmbH** als Landes-Tourismus-Organisation bestehen in der effizienten Vermarktung aller touristischen Angebote des gesamten Landes über alle Marketing- und Kommunikations-Kanäle sowie der Entwicklung von Strategien und Projekten, die der Weiterentwicklung des Tourismus im Sinne der Tourismus Strategie 2030 dienen. Grundlage dafür ist ein Bekenntnis der Landesregierung, die **Dachmarke Burgenland** mit dem markanten Sonnen-Logo über den Burgenland Tourismus im In- und Ausland zu stärken und die dafür notwendige **Finanzierung** der Burgenland Tourismus GmbH im ausreichenden Maß zu gewährleisten.

Ein Anteil der **Tourismus-Abgabe** soll künftig für **Naturparke** aufgewendet werden.

Die Tourismusstrategie des Landes stellt **Nachhaltigkeit, Regionalität und Innovation** in den Mittelpunkt. Hierzu werden ökologische wie auch wirtschaftliche Impulse gesetzt, um den burgenländischen Tourismus **klimafit und klimafreundlich** zu halten:

- Ein **nachhaltiges Destinationsangebot** soll aufgebaut werden, welches eine umfassende **Zertifizierung** aller drei Tourismusverbände nach anerkannten Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards wie dem Österreichischen Umweltzeichen und TourCert International umfasst.

- Um Nachhaltigkeit aktiv zu kommunizieren, sollen in Zusammenarbeit mit der **Wirtschaftsagentur Burgenland** GmbH gezielt nachhaltige Tourismusinitiativen gefördert werden, etwa durch die **Zertifizierung** einzelner Betriebe oder Events.
- Mit dem „**my burgenland Shop**" Flagship-Store – derzeit in Parndorf und online verfügbar – wird weiterhin eine exklusive Plattform für burgenländische Qualitätsprodukte geboten und die regionale Wertschöpfung gestärkt. Eine Internationalisierung wird angedacht.
- Die Integration von nachhaltiger Mobilität in das touristische Angebot wird durch die kostenlose Nutzung **öffentlicher Verkehrsmittel** mit der **Burgenland Card** weiter forciert.

Digitalisierung und Vernetzung sind ein zentrales Instrument in der Tourismuswirtschaft. Die Burgenländische Landesregierung setzt daher auf eine zeitgemäße und innovative **Digitalstrategie**:

- Forcierung des bereits **flächendeckend ausgerollten digitalen Meldewesens**
- Schaffung eines gemeinsamen Daten-Hubs, um Gästedaten und innovative Gästeerhebungen zu vernetzen; so können maßgeschneiderte Angebote entwickelt, Trends frühzeitig erkannt und **datenbasierte Entscheidungen für nachhaltiges Tourismusmarketing** getroffen werden
- Forcierung digitaler Lösungen, um **Gästebedürfnissen** gerecht zu werden, etwa durch den digitalen Concierge „Burgi" oder diverse KI-Plattformen, die Tipps und individuelle Empfehlungen in Echtzeit bieten
- Betreuung und laufende Weiterentwicklung der **Burgenland Card**

Im Bereich der **Produkt- und Lebensraumentwicklung** sollen innovative Maßnahmen für noch höhere Gästeakzeptanz sorgen und die regionale Wertschöpfung gestärkt werden:

- Produktentwicklungen und Packages für **Weintourismus und Kulinarik**
- Ausbau des **Wanderwegenetzes** („Pannonisch Wandern")
- Attraktivierung des **Kultur-Tourismus**
- Attraktivierung und Bewerbung des touristischen **Radwegenetzes** im gesamten Land (BurgenRADland)
- Erweiterung der **Burgenland-Trails** (Erlebnisberg Geschriebenstein)
- Verbreiterung der **Naturerlebnisse** (Nationalpark, Naturparke)
- **Ausbau der Saisonen** z.B. mit Leuchtturmprojekten (Winterwunder Mörbisch, Blaufränkischland-Marathon, See Opening, Martiniloben etc.)
- Übergreifende Vermarktungs-Aktivitäten im Bereich **Thermen- und Wellness**, um das Burgenland als Erholungs- und Gesundheitsdestination weiter zu stärken

Das Burgenland hat das Ziel, sich als konzeptionell fundiertes und in der praktischen Ausführung verlässliches **barrierefreies Tourismusland** zu etablieren. Das ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen von Bedeutung, sondern auch für die wachsende Zahl an Menschen, die auch im höheren Alter Urlaub machen und nicht mehr so mobil sind.

Um den **Arbeitsmarkt** im Tourismusbereich nachhaltig zu stärken und Fachkräfte zu fördern, soll es eine **Nachwuchsoffensive** für Tourismusausbildung in den Unterstufen („Tourismus

erleben!“), eine Imagekampagne **Tourismusgesinnung** (Kids, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer), **Benefitpakete** für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismus (Mitarbeiter Card) sowie weiterhin die **Praktikumsoffensive** für Tourismusbetriebe (Check the Prak!) geben.

Die Burgenländische Landesregierung setzt sich entschlossen für eine nachhaltige Stärkung der Beherbergung und Gastronomie im Land ein. Durch gezielte Förderprogramme in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsagentur und/oder der Wirtschaftskammer Burgenland, strategische Maßnahmen und eine verstärkte Kommunikation wird die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gestärkt. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf der **Forcierung betrieblicher Förderprogramme**, der Etablierung eines **ganzheitlichen Vermietercoachings** im gesamten Burgenland und der Umsetzung der **Camping-Strategie**.

Zudem soll, um die burgenländische Kulinarik weiter zu stärken, das Thema **Genuss Burgenland** noch stärker in die Tourismuskommunikation integriert und die Bewerbung gastronomischer Angebote intensiviert werden. Besonders in Regionen außerhalb der touristischen Hotspots ist es essenziell, die gastronomische Versorgung langfristig sicherzustellen. Die Landesregierung erarbeitet daher gezielte Projekte und Förderprogramme, um sowohl für Tages- als auch Nächtigungsgäste ein **flächendeckendes gastronomisches Angebot** abzusichern bzw. neu zu etablieren.

Weiters bekennt sich die Landesregierung zur **Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung der touristischen Prozesse** im Land. Dazu soll das **Tourismusgesetz** novelliert werden. Mit dem aktuellen Tourismusgesetz (TG 2021) wurden die Strukturen bereits effizienter gestaltet, mit nunmehr drei Tourismusverbänden Nordburgenland, Südburgenland sowie Mittelburgenland-Rosalia. Nach den Erfahrungen aus vier Jahren operativer Arbeit nach dem TG 2021 setzt sich die Landesregierung zum Ziel, in der kommenden Legislaturperiode die Tourismusstruktur im Land erneut zu verschlanken, Bürokratie weiter abzubauen und somit noch effizienter und produktiver im Sinne aller touristischen Betriebe und Stakeholder zu gestalten. Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Verbandes, **lokale Initiativen** zu unterstützen.

Weinwirtschaft

Marke Burgenland international ins Rampenlicht stellen

Vom weltweit hervorragenden Image der burgenländischen Weine profitieren das Land und durch die direkte wirtschaftliche Wertschöpfung immer stärker auch der Tourismus. Für mehr als 20 Prozent der Gäste zählt der Wein mittlerweile zu den Hauptmotiven für einen Aufenthalt im Burgenland. Mit gezielten Maßnahmen soll das international stark boomende Segment Weintourismus noch intensiver bespielt werden.

Das Burgenland bekennt sich zu seiner Weinkultur und deren Erhalt und Stärkung, sowie dem Ausbau von nachhaltigen Bewirtschaftungsweisen. Die **Förderung des biologischen Weinbaus** im Burgenland erfordert eine Neuausrichtung der Rahmenbedingungen, um langfristige Perspektiven für Winzerinnen und Winzer zu schaffen. Der ökologische Gedanke muss auch in der Gestaltung des neu zu schaffenden Burgenland DAC stärker verankert werden.

Um **nachhaltigen Weinbau** weiter zu forcieren, sollen Betriebe beim Umstieg und bei der Durchführung unterstützt werden. Dazu soll eine Musterregion entwickelt werden. Ziel ist es, in fünf Jahren 100 Prozent nachhaltige Bewirtschaftung von Herkunftswein (Burgenland) herbizid- und glyphosphatfrei zu erreichen. Für Landschaftselemente auf gerodeten Weinflächen wird es regionale Förderungen geben.

Forciert werden soll künftig die **Forschung** für neue an den Klimawandel angepasste Weinsorten.

Die Einführung einer neuen **Weinkategorie für alternative Weine** bietet eine einmalige Chance, das Burgenland als Vorreiter für nachhaltige Weinproduktion zu positionieren. Es gilt, diesen Prozess aktiv zu begleiten und sicherzustellen, dass eine angemessene regionale Umsetzung erfolgt, die den besonderen Charakter dieser Weine widerspiegelt.

Auch das Burgenland DAC selbst sollte als Instrument zur **Förderung nachhaltiger Betriebe** genutzt werden. Eine gestaffelte Beitragsstruktur, die ökologisch wirtschaftende Betriebe entlastet, wäre ein wirkungsvolles Signal. Zudem muss das Design des DAC auf umweltfreundliche Produktionsweisen Rücksicht nehmen, indem beispielsweise alternative Lösungen für Kapseln berücksichtigt werden.

Schließlich muss sich auch die **Zusammensetzung des regionalen Weinkomitees** an den realen Gegebenheiten orientieren. Wenn ein erheblicher Anteil der Weingärten biologisch bewirtschaftet wird, dann müssen auch die Biowinzerinnen und Biowinzer eine angemessene Stimme in diesem Gremium erhalten. Die Zukunft des burgenländischen Weinbaus liegt in der Verbindung von Tradition, Qualität und ökologischer Verantwortung – eine Verantwortung, die nicht nur gefördert, sondern auch gelebt werden muss.

Durch eine **Bauoffensive** sollen **Winzerhöfe** für Gäste noch attraktiver werden. Dazu sollen Förderungen für den Um- und Ausbau von Zimmern, Veranstaltungsräumen, Verkaufs- und Präsentationsräumen, usw. vergeben werden. Winzerhöfe sollen vor dem Hintergrund des Wirtshausschwindens vermehrt zu Begegnungsorten werden. Dazu sollen maßgeschneiderte Fördermöglichkeiten (Land/Bund/EU) ausgelotet und entwickelt werden.

Mit „**Häusern des Weins**“ in **Gols und Donnerskirchen** sollen Treffpunkte für Weingenießerinnen und Weingenießer geschaffen werden. Sie sollen als regionale Zentren für den Weintourismus weiterentwickelt werden, die zugleich den Wein als wichtiges Kulturgut des Burgenlandes repräsentieren. Um die weintouristische Struktur im Burgenland weiter zu verbessern, werden zwei weitere Standorte im **Mittel- und Südburgenland** zielorientiert umgesetzt. Zudem soll im Mittelburgenland ein nachhaltiges Konzept für ein **Weinhotel** entwickelt und umgesetzt werden.

Eine **Herkunftspyramide** soll die Herkunft Burgenland besser gliedern und erkennbar machen, die regionale **Weinwerbung gesetzlich verankert** und damit ein regionaler Weinmarketingbeitrag ermöglicht werden.

Die **Risikovorsorge (Hagelversicherung)** soll optimiert werden.

Das **Bundesamt für Weinbau** und dessen zentrale Rolle in der Forschung sollen durch einen Neubau am bestehenden Standort abgesichert werden.

Frauen

Gleichstellung und Stärkung – Frauen im Burgenland

Die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern darf kein Lippenbekenntnis sein. Die Burgenländische Landesregierung unterstützt Frauen und Mädchen in ihrer Selbstbestimmung und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und treibt Chancengerechtigkeit in allen Lebensbereichen weiter voran. Zukunftsweisende Maßnahmen wie der burgenländische Mindestlohn, die Alleinerziehenden-Förderung, gezielte MINKT-Initiativen, zahlreiche Anti-Teuerungsmaßnahmen sowie vielfältige Gewaltschutzinitiativen haben bereits maßgeblich dazu beigetragen, dass burgenländische Frauen ein sicheres, eigenständiges und wirtschaftlich unabhängiges Leben führen können. Um diese Entwicklung zu stärken, sollen die Rahmenbedingungen dafür konsequent weiterentwickelt werden.

Das Land Burgenland bekennt sich klar zur finanziellen Unabhängigkeit von Frauen und zur kontinuierlichen **Schließung der Lohnschere**. Der **burgenländische Mindestlohn**, von dem Frauen überproportional profitieren, bleibt eine zentrale Maßnahme. Für Betriebe, die eine geschlechtergerechte faire Bezahlung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vornehmen, soll ein **Siegel für Lohngleichheit** bei Einhaltung des burgenländischen Mindestlohns eingeführt werden.

Im eigenen Wirkungsbereich werden Frauen verstärkt in **Führungspositionen** und **Aufsichtsräten** gefördert. Als **frauenfreundlicher Arbeitgeber** setzt das Land Burgenland weiterhin auf Karenzmanagement, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Antidiskriminierungsrichtlinien, Ferienbetreuung sowie den Ausbau von Netzwerken.

Mit der **Einführung gezielter Weiterbildungsprogramme**, mit Schwerpunkt auf digitalen Kompetenzen und unternehmerischen Fähigkeiten, soll Frauen während und nach der Familienphase der berufliche Wiedereinstieg erleichtert werden.

Organisiert vom Burgenländischen Landtag soll ein **Mädchentag** Einblicke in die Arbeit im Landhaus geben. Ebenso soll unter dem Titel „**Girls do politics**“ ein Mentoring-Programm implementiert werden, das jungen Frauen Einblicke in politische und demokratische Prozesse gibt, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

Mit der **Einführung spezieller Förderprogramme für Gründerinnen**, die den Zugang zu Finanzierung, Netzwerken und Mentoring erleichtern, unterstützt das Burgenland Frauen weiterhin bei ihrem Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit. Diese gezielte Gründerinnen-Förderung umfasst:

- Stärkung von Programmen, die Frauen bei **technologieorientierten und innovativen Unternehmensgründungen** unterstützen
- Förderung von **Start-up-Hubs für Frauen**, mit der Einrichtung von Gründerinnenzentren mit speziellem Fokus auf Frauen, um Austausch, Co-Working und die Unterstützung von weiblichen Start-ups und Gründerinnen zu fördern
- Schaffung von **Co-Working-Spaces** mit regionaler Erreichbarkeit, die Müttern und Frauen einen flexiblen und wohnortnahen Arbeitsplatz bieten, um den

Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern

Zentraler Bestandteil des Ausbaus des Gewaltschutzes im Burgenland ist eine kontinuierliche Umsetzung des „**Burgenländischen Aktionsplans gegen Gewalt**". Konkret sollen in diesem Zusammenhang vor allem Präventionsprogramme an Schulen gefördert, Beratungsstellen für Betroffene ausgebaut und weitere Hilfsangebote für Täter zur Gewaltprävention geschaffen werden.

Mit der **Etablierung zusätzlicher Übergangswohnungen für Frauen und Kinder**, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sollen weitere sichere Rückzugsorte geschaffen werden, die darüberhinausgehend Unterstützung bei der Neuorientierung bieten.

Um Menschen im Burgenland, vor allem auch Frauen und Mädchen noch besser vor Gewalt zu schützen, wird die **Ausweitung von Gewaltschutzschulungen** vorangetrieben. Gezielt werden bestehende Gewaltschutzschulungen für relevante Berufsgruppen (z. B. Polizei, Gesundheitswesen, Sozialarbeit) ausgebaut, um die Erkennung und den Umgang mit Gewaltopfern zu verbessern und präventiv zu handeln.

Ein weiterer wichtiger Baustein für mehr Gewaltprävention ist die **Stärkung des Projekts „Stadtteile ohne Partnergewalt"** (StoP-Projekt), das flächendeckend zur Prävention häuslicher Gewalt in Gemeinden und Stadtteilen ausgeweitet werden soll, um ein stärkeres soziales Netz gegen Gewalt zu schaffen.

Die Bewusstseinsbildung über die **Gefahren von KO-Tropfen** wird weiterhin intensiv verfolgt, um die Bevölkerung für die Gefahren dieser Substanzen zu sensibilisieren. Ziel ist es, besonders junge Frauen über die Risiken aufzuklären und präventive Maßnahmen zu stärken, um Missbrauch und Straftaten zu verhindern.

Die Stärkung und Erweiterung der burgenländischen **Informations- und Beratungszentren für Frauengesundheit** ist ein klares Anliegen, um Frauen und Mädchen – insbesondere in ländlichen Regionen – einen besseren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, Prävention und Aufklärung zu ermöglichen.

- Zudem soll einmal jährlich ein **Frauengesundheitstag** stattfinden. An Schulen soll die gratis **HPV-Impfung** aktiv beworben werden.
- Eine **Verhütungskampagne für Männer** soll über die Männerberatung etabliert werden.
- Beworben werden soll der Erhalt von **gratis Menstruationsartikeln** in den Frauenberatungsstellen, unter Einbeziehung der Schulen.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zur **Fristenlösung** und setzt sich für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ein. Frauen in Notlagen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden und diesen aus finanziellen Gründen nicht bewältigen können, soll über die Frauenberatungsstellen gezielt finanzielle Unterstützung angeboten werden. Außerdem soll über das Medikament Mifegyne aufgeklärt und informiert werden.

Familie und Jugend

Für Chancengleichheit, Sicherheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Chancengleichheit ist ein wichtiges Ziel der Burgenländischen Landesregierung. Um Familien, Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, sollen weiterhin wirksame Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt und treffsichere Hilfestellungen geleistet werden. Hierbei gilt es, den gesellschaftlichen Wandel zu berücksichtigen – sei es in Bezug auf finanzielle Belastungen, individuelle bzw. familiäre Bedürfnisse oder Rollenbilder. Familien sollen unabhängig von ihrer Zusammensetzung und in allen Lebensphasen gezielt unterstützt werden. Im Burgenland soll ein sicheres und lebenswertes Familienleben möglich sein, in dem sich Eltern und ihre Kinder persönlich, sozial und gesellschaftlich entfalten können. Daher bekennt sich die Burgenländische Landesregierung zur Beibehaltung des beitragslosen Ganzjahreskindergartens und zum Ausbau des Angebots von ganztägigen Schulformen als gesellschaftspolitisch wertvolle Initiativen. Außerdem soll eine forcierte Jugendarbeit dafür Sorge tragen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gehört, akzeptiert und aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist ein entscheidender Faktor für Chancengleichheit, wirtschaftliche Teilhabe und soziale Stabilität. Eltern müssen die Möglichkeit haben, berufstätig zu sein, ohne dass dies zulasten der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder geht. Gleichzeitig profitieren Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von flexiblen und familienfreundlichen Modellen, die langfristig zur Fachkräftesicherung beitragen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, setzt das Land Burgenland folgende Maßnahmen um:

- **Ausbau von Betriebskindergärten**, insbesondere in systemrelevanten Bereichen wie Kliniken: Gerade in Einrichtungen mit Schichtbetrieb, wie Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, ist eine flexible Kinderbetreuung essenziell. Betriebskindergärten sind eine wirksame Lösung, um Eltern zu entlasten und eine kontinuierliche Betreuung ihrer Kinder während der Arbeitszeiten sicherzustellen. Die Errichtung und die Förderung solcher Einrichtungen werden daher verstärkt unterstützt.
- **Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen**: Teilzeitmodelle, Homeoffice und Gleitzeitregelungen verbessern die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Um insbesondere Müttern den Wiedereinstieg nach der Karenz zu erleichtern, werden Unternehmen dabei unterstützt, familienfreundliche Arbeitsmodelle zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig wird der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen weiter vorangetrieben, um eine lückenlose Betreuung zu gewährleisten.
- **Beitragsfreier Ganzjahreskindergarten und -krippe**: Die kostenfreie Betreuung im Kindergarten und in der Kinderkrippe ist ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung von Familien und zur Chancengerechtigkeit in der frühen Bildung. Das Burgenland bekennt sich zur Beibehaltung des beitragsfreien Ganzjahreskindergartens, um allen Kindern – unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern – den Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung zu ermöglichen.

Die vom Land Burgenland initiierten **Lern- und Feriencamps sollen als ganztägiges Betreuungsangebot fortgeführt und weiterentwickelt werden**. So sollen während der Ferien Familien weiterhin unterstützt und in Kombination mit der Sommerschule der Lernfortschritt sowie die Kreativität der Kinder gefördert werden. Soziale, kreative und sportliche Aktivitäten sowie pädagogisch wertvolle Inhalte, verbunden mit Freizeitaktivitäten, sollen Kindern und Jugendlichen eine abwechslungsreiche und spannende Ferienzeit ermöglichen.

Um Eltern weiter zu entlasten, soll die Möglichkeit der Abwicklung des Modells „**Leih-Oma**" im Wege des Vereins „Tagesmütter Burgenland" geprüft werden.

Die Sicherheit und Rechte der Jugend wahren

Eine **starke Jugendpolitik** soll Jugendlichen im Burgenland Räume zur Entfaltung bieten, Perspektiven schaffen und ihre gesellschaftliche Teilhabe fördern.

Ein besonderer Fokus der Burgenländischen Landesregierung liegt auf der **offenen Jugendarbeit**, die es jungen Menschen ermöglicht, ihren Platz in der Gesellschaft zu festigen, ihre Talente zu entfalten und aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Jugendliche brauchen sichere Orte der Begegnung, Unterstützung und Orientierung außerhalb von Schule und Familie. Die offene Jugendarbeit leistet hier einen wichtigen Beitrag, indem sie jungen Menschen sozialpädagogische Begleitung, Beratung und Freizeitmöglichkeiten bietet. Besonders **Jugendzentren und Streetwork-Projekte** spielen eine bedeutende Rolle, da sie niedrigschwellige Anlaufstellen sind, an denen Vertrauen aufgebaut und Austausch ermöglicht wird. Zur **Stärkung der außerschulischen Jugendarbeit** sollen bestehende Jugendzentren und Streetwork-Programme bis 2030 ausgebaut werden.

Um **Jugendliche frühzeitig zu sensibilisieren und zu unterstützen**, soll eine Plattform für Drogenarbeit, angesiedelt beim Kinder- und Jugendanwalt, installiert und **gezielte Maßnahmen in der Drogenprävention** gesetzt werden.

Das Burgenländische Jugendschutzgesetz soll dahingehend novelliert werden, dass der **Kauf von Glückspielprodukten** und der Erwerb von Nikotinbeuteln einer Altersbeschränkung unterliegen.

Mit der Einrichtung einer **Ombudsstelle für Cybermobbing** als Service- und Unterstützungsstelle, die insbesondere Jugendlichen dabei hilft, sich gegen Mobbing und Hass im Netz zur Wehr zu setzen, wird die Burgenländische Landesregierung ein **klares Zeichen gegen Cybergewalt** setzen. Im Vordergrund stehen dabei unter anderem:

- Prüfung von **Adaptierungen im Jugendschutz-Gesetz**
- Ziel einer **Klarnamenpflicht in sozialen Netzwerken**
- Zusätzlicher Fokus auf **Mobbing-Prävention** an Schulen
- **Rechtliche Unterstützung** gegen Mobbing und Hass im Netz

Gemeinden

Herausforderungen partnerschaftlich meistern

Die burgenländischen Gemeinden erbringen wesentliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger des Burgenlandes. Die Landesregierung bekennt sich daher ausdrücklich zur historisch gewachsenen Struktur mit 171 Gemeinden und lehnt Gemeindezusammenlegungen ab. Der bewährte partnerschaftliche Weg soll konsequent fortgesetzt und durch umfassende, nachhaltige Maßnahmen ergänzt werden, um die burgenländischen Kommunen bestmöglich zu unterstützen, denn die finanzielle Situation der Gemeinden stellt aufgrund der sinkenden Ertragsanteile durch den Bund eine erhebliche Herausforderung dar. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können die Anforderungen der Zukunft bewältigt werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen werden die finanzielle Stabilität, nachhaltige Entwicklung und Handlungsfähigkeit der burgenländischen Gemeinden langfristig gesichert, wobei das Land Aufgaben übernimmt, die eigentlich der Bund wahrnehmen müsste.

Das Land sieht sich als **wichtigster Partner der burgenländischen Gemeinden** und erklärt deshalb seine Bereitschaft, wichtige Infrastrukturprojekte, beispielsweise im Kindergarten- und Schulbereich oder bei den Feuerwehren, über die Möglichkeiten der bestehenden Bauprogramme hinaus, zusätzlich zu fördern.

Die **Förderung interkommunaler Zusammenarbeit** soll es insbesondere kleineren Gemeinden ermöglichen, durch die gemeinsame Nutzung von Ressourcen spürbare Entlastungen zu erzielen. Auf Wunsch der Gemeinden können Gemeindeaufgaben wie Bauhof, Verwaltung oder Kindergartenwesen effizient gebündelt und gemeindeübergreifend organisiert werden. Verwaltungsgemeinschaften werden daher evaluiert und bedarfsgerecht umgesetzt, ohne neue, redundante Strukturen zu schaffen. Neue Verbandsstrukturen ohne Kostenersparnis sollen ausdrücklich nicht unterstützt werden.

Shared Services in Zusammenarbeit mit Land und Landesholding sollen die Effizienz steigern und die Gemeindebudgets entlasten. Diese Potenziale sollen durch eine Reihe von gezielten Maßnahmen bestmöglich genutzt werden.

- **Externe Dienstleistungen** (z.B. Personalverrechnung, Beratungsleistungen usw.) sollen zusammenführt werden, wodurch sich externe Kosten in den Gemeinden deutlich reduzieren.
- Die Installation eines **gemeindeübergreifenden Fuhrparks** soll in vielen Bereichen Erleichterungen, Effizienz- und Auslastungssteigerungen und somit Kostenreduktion in den involvierten Gemeinden erwirken.
- **Standesamtsverbände** sollen unter Prüfung kompetenzrechtlicher Gesichtspunkte in die Landesverantwortung übergeben oder in einen landesweiten Standesamtsverband zusammengefasst werden.
- **Digitalisierungsprozesse** in den Gemeinden mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und Kostenreduktion sollen auf allen Ebenen vorangetrieben werden. So soll etwa die Evaluierung standardisierter **Verwaltungssoftwarelösungen** in allen Gemeinden Verwaltungsprozesse vereinfachen und digitalisieren. Dies wird durch

das Gesetz zur interkommunalen Zusammenarbeit gestützt, welches die Grundlage für den Ausbau von gemeindespezifischen IT-Lösungen und Sachleistungen bietet.
- **Der gemeinsame zentrale Einkauf von Hardwarelösungen** ermöglicht ein deutliches Einsparungspotential und bietet durch den damit verbundenen Erneuerungsprozess auch digitale Sicherheit.
- Die Organisation eines kooperativen **gemeinsamen Einkaufs** bietet ein nicht zu unterschätzendes finanzielles Einsparungspotenzial für die burgenländischen Gemeinden.

Eine deutliche nachhaltige und strukturelle **Entlastung** ist für die Gemeinden auch im **Bereich der Straßen** geplant. Ziel ist es, die ungleiche Aufteilung der Güterwege zwischen den Gemeinden zu bereinigen. Eine etwaige Mehrbelastung des Landes soll durch Kompetenzen in der Grünraumpflege kompensiert werden.

Der Zugang für Gemeinden zum Energieeinkauf mit Preisgarantie bei der Energiegemeinschaft Fanclub Burgenland Energieunabhängig schafft Versorgungssicherheit, reduziert das finanzielle Risiko im **Energiebereich** und bietet mehrjährige Planungssicherheit. Der Zugang für Gemeinden mit mehr als vier Zählpunkten wird hierbei angestrebt. Auch soll gemeinsam mit der Burgenland Energie ein Förderkonzept in Zusammenhang mit der KIP-Förderung erarbeitet werden. Ebenso soll die Ausweitung des e5-Programms für klimafitte Gemeinden im Burgenland geprüft werden.

Die **Kosten für Rettungsdienste** sollen hinsichtlich möglicher Einsparpotenziale evaluiert werden.

Als kurzfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Liquidität wird ein „**Cash-Pool**" eingerichtet und zusätzlich sollen die Möglichkeiten für Kassenkredite wie bereits während der Corona-Pandemie ausgeweitet werden. Eine weitere Möglichkeit ist die Unterstützung durch das Land im Rahmen des Gemeindefondsgesetzes.

Die Gespräche über **strukturelle Entlastungsmaßnahmen für die Gemeinden** sollen auf Grundlage einer Unternehmensbewertung des BMV/UDB fortgeführt werden.

Eine spezielle **Versicherung** für die Organe von Verbänden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister, Gemeindevorstände sowie Vereinsobleute (ausgenommen Sportvereine mit Profibetrieb) soll auch dazu beitragen, wieder mehr Bürgerinnen und Bürger in entscheidungsrelevante Positionen in den Gemeinden zu führen.

Durch die Anpassung von landesgesetzlichen Rahmenbedingungen soll für die Gemeinden der Spielraum geschaffen werden, spezielle Leistungen kostendeckend weiterverrechnen zu können (z.B. Vorschreibung von Anlegerleistungen). Die konkrete Ausgestaltung soll mit den Gemeindevertreterverbänden verhandelt werden.
Ein zentraler Baustein in der Finanzierung der Gemeinden sind die bundesseitigen Ertragsanteile. **Die burgenländischen Gemeinden dürfen bei der Verteilung dieser**

Bundesmittel über den Finanzausgleich keine Gemeinden zweiter Klasse sein. Daher wird die Landesregierung einem Finanzausgleich, der burgenländische Gemeinden benachteiligt, nicht zustimmen.

Um dem schwindenden Interesse zur Übernahme von führenden Funktionen in der Kommunalpolitik entgegen zu wirken, soll die Möglichkeit evaluiert werden, dass ein amtierender Bürgermeister bzw. eine Bürgermeisterin bereits ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit **das Amt auch an eine Person weitergeben kann, die bisher nicht im Gemeinderat vertreten war**. Weitere geplante Maßnahmen für eine breitere und flexiblere **Partizipation an der Kommunalpolitik** stellen die Stärkung der Ersatzgemeinderäte sowie die Forcierung der digitalen Zustellung von Gemeinderatsunterlagen dar.

Geprüft soll die Einführung eines speziellen **Bodenfonds** des Landes Burgenland nach dem Vorarlberger Vorbild werden, mit dem strategisch bedeutsame Grundstücke für öffentliche Bauprojekte (allen voran für die Umsetzung leistbaren Wohnraums) erworben werden. Dadurch kann auf mehreren Ebenen sichergestellt werden, dass sowohl für die Bevölkerung notwendige Bauprojekte zur nachhaltigen Versorgungssicherheit (z.B. Pflegeeinrichtungen) als auch notwendige Wohnbauprojekte zielgerichtet realisier- und leistbar bleiben.

Mit einem **neuen Hauptreferat für Dorferneuerung und Innovation** wird eine Anlaufstelle für innovative Projekte in den Gemeinden geschaffen, in der gleichzeitig bestehende Initiativen gebündelt werden. In dieser neuen Einheit sollen der Bereich der Bürgerbeteiligung intensiviert und Innovationsprozesse erleichtert werden.

Im Hinblick auf den Klimawandel setzt sich die Landesregierung ebenfalls das Ziel, den **Baumbestand in den Ortsgebieten** zu erhöhen. Neben der Förderung von Neupflanzungen in Verbindung mit einer allgemeinen Aufforstungsprämie soll eine Verordnungsermächtigung für Gemeinden bei Ersatzpflanzungen im öffentlichen Raum eine wichtige Maßnahme darstellen.

Eine **Evaluierung der Richtlinie für Bedarfszuweisungen** ist bei einer Entspannung der Finanzsituation der Gemeinden insbesondere hinsichtlich der Durchführung von nachhaltigen Maßnahmen geplant.

Im Sinne einer **effektiven Gemeindeaufsicht** sollen auch deren Kompetenzen evaluiert werden.

Finanzen und Budget

Stabile Finanzen und starke öffentliche Leistungen

Die Burgenländische Landesregierung wird weiterhin dort investieren, wo es für die Menschen nötig ist, und dafür Sorge tragen, dass der wirtschaftliche Aufschwung im Burgenland weitergeht. Gleichzeitig bekennt sich die Burgenländische Landesregierung zu stabilen Finanzen unter Beachtung der Kriterien des Österreichischen Stabilitätspakts. Auch das vorliegende Regierungsprogramm unterstreicht diesen Weg: Die für diese Legislaturperiode geplanten Maßnahmen sollen nicht nur weiterhin direkt bei den Menschen im Burgenland ankommen, gleichzeitig sollen sie auch unter Einhaltung der im jeweiligen Landesvoranschlag definierten Budgetobergrenzen umgesetzt werden. Die Basis für zukünftige Budgetobergrenzen stellt der mehrjährige Finanzplan dar. Ein neuer mehrjähriger Finanzplan für die aktuelle Legislaturperiode wird entsprechend den inhaltlichen Vereinbarungen des vorliegenden Regierungsprogramms erstellt und dem Landtag gemeinsam mit dem Landesvoranschlag 2026 zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Burgenland soll sich damit weiterhin mit Budgetdisziplin gegen anhaltende Herausforderungen stemmen. Dies wird durch einen strikten Budgetvollzug, sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig, sichergestellt. Auch die Landesholding Burgenland leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des vorliegenden Regierungsprogramms, gearbeitet wird dabei unter den Maßgaben Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Die Landesholding und ihre vollkonsolidierten Gesellschaften verstehen sich als Dienstleister für alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Es muss daher gewährleistet sein, dass Erlöse aller im landesnahen Bereich stehenden Unternehmen zum Mehrwert für die Bevölkerung eingesetzt werden.

Ziel ist die **Erreichung eines Null-Defizits bis zum Fiskaljahr 2030**, vorbehaltlich der Entwicklung der Ertragsanteile. Zur Sicherstellung dieser budgetären Zielsetzungen ist der vereinbarte Budgetvollzug durch die zuständige Finanzabteilung weiterhin aus- und einzahlungsseitig laufend zu überwachen und regelmäßig darüber zu berichten. Ein **aktives Budgetmonitoring und -controlling soll die Budgetdisziplin** unterstützen.

Mit Beschluss vom 25. Mai 2023 des Burgenländischen Landtags wurde die Finanzierungspolitik des Landes festgelegt. Diese bildet, zusammen mit der jährlich zu erstellenden **Finanzierungsstrategie,** die Grundlage für die Finanzgebarung des Landes Burgenland. Die daraus resultierenden finanzpolitischen Ziele umfassen folgende Punkte:

- Einhaltung von **Schlüsselkennzahlen zu Budget und Verschuldung** unter Berücksichtigung langfristiger Entwicklungspfade
- **Bereitstellung ausreichender Liquidität** zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit unter Berücksichtigung der laufenden Ausgaben und beschlossenen Investitionen
- Sicherstellung eines **professionellen Finanzmanagements** (Planungs- und Berichtswesen mit ausreichender Planungstiefe und ausreichendem Planungshorizont)

Die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage ist im Zuge der Vorlage des **jährlichen Rechnungsabschlusses** weiterhin transparent darzustellen.

Als **besondere budgetäre Eckpunkte** werden vereinbart:

- Das **Personalbudget** des Landes unterliegt einer **fixen Obergrenze**, die bereits im Finanzplan festgelegt ist und deren Einhaltung durch **Strukturreformen** sichergestellt wird.
- Tätigkeiten des Landes, die marktorientiert erbracht werden können, sollen durch die Schaffung entsprechender Organisationseinheiten realisiert werden (z.B. Grünschnitt, Straßenpflege für Gemeinden). Ziel ist die **wirtschaftliche und damit kostengünstigere Gestaltung** dieser Bereiche.
- Neben den beiden bereits im Jänner 2025 aufgelösten **Swaps** ist wie im Landesvoranschlag vorgesehen auch nach Marktbeurteilung der Zinslage der letzte verbleibende Swap im November des selben Jahres aufzulösen.
- Die **Transparenz im Förderwesen** wird durch die Darstellung von Förderungen in der Transparenzdatenbank gewährleistet.
- Auf Gender-Budgeting wird weiter ein besonderes Augenmerk gelegt.

Landesholding Burgenland

Ziel der Landesholding Burgenland ist es, **Ressourcen verantwortungsvoll und nachhaltig einzusetzen**, Wertschöpfung im Land zu halten, den Wirtschaftsstandort Burgenland zu stärken sowie Innovation und Wachstum zu fördern. Das Unternehmen bietet als größter Arbeitgeber im Burgenland über 6.600 Arbeitsplätze und erzielt bei einer Bilanzsumme in Höhe von 3,2 Milliarden Euro einen Umsatz von 1,41 Milliarden Euro (Geschäftsjahr 2023).

Oberste Prämisse ist es, dass dieses Kapital den Burgenländerinnen und Burgenländern zugutekommt und zum **Nutzen im Land** eingesetzt wird. Größtmögliche **Transparenz** soll sich im **Jahresbericht** der Landesholding Burgenland widerspiegeln. Konkret soll damit die transparente Darstellung der Ertrags- und Vermögenssituation der Landesholding im Rahmen der jährlichen Präsentation des Jahresabschlusses gewährleistet sein.

Die Landesholding Burgenland besteht aus zehn Säulen mit je einem Leitunternehmen an der Spitze und beinhaltet sowohl marktorientierte als auch gemeinwohlorientierte Gesellschaften. Künftig soll es eine **klare Trennung zwischen marktorientierten und gemeinwohlorientierten Geschäftsbereichen** geben.

Die wichtigsten Säulen der Landesholding sind **Gesundheit, Soziales & Pflege, Energie, Immobilien & Infrastruktur, Verkehr, Tourismus, Kultur und Wirtschaft**.

Eine laufende **Evaluierung** und gegebenenfalls eine Optimierung der Strukturen innerhalb der Landesholding Burgenland ist vorgesehen.

Zu den wesentlichen Kernaufgaben der Landesholding zählen unter anderem:

- Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes und des Lebensraums Burgenland, auch durch Etablierung der **Marke Burgenland**
- Schaffung von klaren und transparenten Unternehmensstrukturen sowie der notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen
- Einrichtung von **Shared Services** in Querschnittsbereichen und Nutzung von Synergien zwischen den Unternehmen in den Bereichen der Personalverrechnung, IT, steuerlichen Angelegenheiten etc.
- Effiziente Steuerungs- und Koordinationsfunktion für **säulenübergreifende Projekte**
- Strategische Steuerung und **Controlling** der Tochterunternehmen

Geplant ist ein weiterer Ausbau und die Entwicklung des **Lebensraums Burgenland** und des **Wirtschaftsstandorts**, unter anderem mit der Errichtung der **Pflegestützpunkte** und in Bezug auf **Gesundheitsinfrastruktur**, etwa mit dem Bau der Klinik Gols.

Weiterhin sollen die **burgenländischen Gemeinden** unterstützt werden, in wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bereichen, wie bei der Errichtung von Kommunalbauten oder auch bei Finanzierungsthemen, steuerlichen Aspekten oder bei Bilanzierungsfragen.

Wohnbau und Raumplanung

Ja zu leistbarem Wohnbau, nein zu Bodenversiegelung

Wohnen ist ein Grundrecht und muss leistbar bleiben. Gleichzeitig ist es wichtig, sorgsam mit Grund und Boden umzugehen. Um Wohnraum ressourcenschonend zu entwickeln, bleiben die Baulandmobilisierung, regionale Entwicklungsprogramme und das novellierte Raumplanungsgesetz zentrale Werkzeuge. Die Bodenversiegelung soll stark reduziert werden, unter anderem durch Maßnahmen gegen Leerstand sowie durch die Aufwertung und bessere Erreichbarkeit von Ortszentren. Junge Familien sollen weiterhin die Möglichkeit haben, sich Wohneigentum zu leisten. Dafür wird die Wohnbauförderung fortgesetzt und im gemeinnützigen Wohnbau werden neue Wege beschritten. Zugleich bleibt die nachhaltige Sanierung ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Der Handwerkerbonus soll weiterhin heimische Betriebe unterstützen und abhängig von der wirtschaftlichen Lage fortgeführt werden. Das Burgenland zeigt, dass leistbares Wohnen und eine umweltbewusste Raumplanung kein Widerspruch sind.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur Fortführung und zum Ausbau von Maßnahmen zur **Baulandmobilisierung, Ortskernbelebung und gegen Bodenversiegelung.** Zentrale Punkte sind hierbei:

- Aufrechterhaltung des bestehenden Stopps für neue Einkaufszentren und Supermärkte an Ortsrändern
- Prüfung der Möglichkeit zur Festlegung einer Beschränkung von Supermärkten pro Einwohnerin bzw. Einwohner
- Verpflichtung, beim Neubau eines Einkaufszentrums oder eines Supermarktes etwaigen Leerstand im Ausmaß der gleichen Fläche zu entsiegeln bzw. Entrichtung einer entsprechenden Abgabe

Es soll eine **Leerstands- und Flächenmanagement-Datenbank** geschaffen werden, die sowohl leerstehende Gebäude als auch unbebaute Baulandgrundstücke enthält. Diese soll den Gemeinden als Raumplanungsinstrument zur Verfügung stehen und dabei unterstützen, Baulücken und Leerstände in Ortskernen transparent zu erfassen und bestmöglich zu nutzen.

Für größere Gewerbeimmobilien soll im Einklang mit der Einführung einer Entsiegelungsprämie ein Modell einer **Leerstandsabgabe** erarbeitet werden. Im Rahmen der Einführung dieser Prämie soll auch ein **Entsiegelungswettbewerb** durchgeführt werden, um die Burgenländerinnen und Burgenländer sowie die Gemeinden für die Bodenentsiegelungsoffensive zu motivieren.

Außerdem soll in Kooperation mit den Gemeindevertreterverbänden eine **Informationsoffensive** zum Thema „**Brachflächenrecycling und Leerstandsnutzung**“ gestartet werden.

Um aktuellen Anforderungen Rechnung zu tragen und auch in Zukunft eine adäquate Grundlage für eine optimale räumliche Entwicklung des Burgenlandes zu gewährleisten, soll das bestehende **Landesentwicklungsprogramm** aktualisiert werden.

Vor dem Hintergrund stetig steigender Grundstückspreise, eines gesamtwirtschaftlich herausfordernden Umfelds und restriktiver Kreditvergaberichtlinien ist die **burgenländische Wohnbauförderung** als soziale Stütze wichtiger denn je. Mit 0,9 Prozent Fixverzinsung auf 30 Jahre für Wohnbaudarlehen gehört diese zu den attraktivsten Fördermaßnahmen in Österreich. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur Fortführung dieses Erfolgsmodells.

Darüber hinaus tritt die Burgenländische Landesregierung für **gemeinnützigen Wohnbau** in neuer Form ein:

- **Kontrollinstanzen** stärken
- **Prüfberichte** veröffentlichen
- **Höhe der Mieten** kontrollieren

Zur Forcierung von sozialem Wohnbau soll das burgenländische „**Modell Mieteigentum**" ausgeweitet werden. Das Mietkauf-Modell ermöglicht es Mieterinnen und Mietern, ab dem Vertragsabschluss mit der Mietzahlung sukzessive Eigentum zu erwerben. Eigenmittel sind dabei nicht erforderlich, nach 30 Jahren ist das Mietprojekt zum Errichtungspreis und nicht zum meist höheren Verkehrswert abbezahlt. Für die Umsetzung wurde mit der SOWO Burgenland – So Wohnt Burgenland GmbH ein eigenes Unternehmen gegründet.
Ein noch stärkerer Fokus wird auf dem Bereich **Sanierung** gelegt, diesbezügliche Richtlinien sollen weiterentwickelt werden:

- Sanierungen sollen auch Aspekte der **Baukultur** berücksichtigen
- Erweiterung und Flexibilisierung der **Kennwerte** für Wohnbau- und Sanierungsförderung
- „**Sanieren für alle**": Eine Kooperation mit dem Bund zur optimalen Ausschöpfung von Bundesfördermitteln soll auch in den Bereichen thermische Sanierungen und Heizungstausch in die Wege geleitet werden.
- Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zum Ziel, die **Sanierungsquote** im Burgenland zu erhöhen.

Zur Stärkung der burgenländischen Wirtschaft und Schaffung bzw. Sicherung heimischer Arbeitsplätze wird das Land konjunkturabhängig die Sonderförderaktion „**Burgenländischer Handwerkerbonus**" weiterführen und an ökologische Maßnahmen knüpfen.

Für den **Konflikt um die Hottergrenzen** zwischen Bad Sauerbrunn und den Nachbargemeinden Wiesen und Pöttsching soll eine Lösung über eine landesgesetzliche Regelung herbeigeführt werden, wobei die betroffene Bevölkerung im Rahmen einer **Volksbefragung** entscheiden soll.

Verkehr und Infrastruktur

Für eine starke Anbindung und nachhaltige Entwicklung im Burgenland

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für die Lebensqualität der Bevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Künftig soll die Schaffung von Infrastruktur noch stärker unter Bedachtnahme auf Nachhaltigkeit und ökologische Aspekte erfolgen. Im Bereich Verkehr ist die Burgenländische Landesregierung bestrebt, für die Bevölkerung optimale Mobilität zu gewährleisten. Das Burgenland verfügt über ein dichtes öffentliches Verkehrsnetz. Aufgrund der topografischen Lage wird auch dem Individualverkehr und dem Ausbau des Verkehrswegenetzes ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Um im gesamten Burgenland ein effizientes Öffi-Angebot bereitzustellen, wurde die Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH (VBB) ins Leben gerufen. Unter Einbeziehung bestehender regionaler Verkehrsunternehmen soll eine Weiterführung, laufende Evaluierung und **Weiterentwicklung der VBB-Linien** erfolgen. In diesem Zusammenhang soll der laufende Park-&-Ride-Ausbau zentralisiert weitergeführt werden. Die **burgenländischen Anruf-Sammeltaxis** (BAST) ergänzen den bestehenden öffentlichen Verkehr und schließen Lücken dort, wo es notwendig ist. Das System soll weiterentwickelt und die Möglichkeit zur digitalen Anforderung des BAST über eine App eingeführt werden.

Im Bereich des **Schülerverkehrs** soll das bestehende Modell evaluiert und die Effizienz gesteigert werden.

Zudem hat sich die Burgenländische Landesregierung das Ziel gesetzt, die **aktive Mobilität** (Fußgeh- und Radverkehr) durch Bewusstseinsbildung und bauliche Maßnahmen zu steigern. Angesichts der weiter steigenden Beliebtheit des Radfahrens soll der **Radwegeausbau** unter besonderer Berücksichtigung der Alltagsradwege fortgeführt werden.

Die Landesregierung plant die Erstellung eines „**Masterplan Verkehrsinformationssystem Burgenland**“, der auf Basis von GIP 2.0 intelligente Verkehrsleitsysteme sowie den verstärkten Einsatz digitaler Möglichkeiten enthält.

Im Hinblick auf die Zielsetzung der Burgenländischen Landesregierung, bilanzielle Klimaneutralität zu erreichen, soll die **E-Mobilitätsstrategie** weiter umgesetzt und ausgebaut werden. Dazu gehören unter anderem der Ausbau der Ladeinfrastruktur (E-Tankstellen) sowie die Vereinheitlichung der E-Ladeinfrastruktur für das Burgenland.
Im Bereich des Straßenverkehrs sind außerdem eine Evaluierung und Prüfung der rechtlichen Möglichkeit einer **Maut für schadstoffbelastende LKW** auf ausgewählten Durchzugsstrecken im Landesstraßennetz zwischen den Nachbarstaaten und dem hochrangigen bemauteten Straßennetz in Österreich geplant. Ergänzend dazu wird als weitere Lenkungsmaßnahme die Herabsetzung der Höchsttonnage auf diversen Landesstraßenabschnitten geprüft.

Der **Sicherheitsausbau der S4** soll forciert werden, wobei eine Erhöhung auf Tempo 130 klar abgelehnt wird.

Die Burgenländische Landesregierung spricht sich gegen die **Verlängerung der A3** ohne Volksbefragung aus. Eine Volksbefragung muss mit doppelter Zustimmung in allen betroffenen Gemeinden stattfinden. Eine Mehrheit muss dabei in jeder einzelnen Gemeinde sowie gesamtheitlich erreicht werden.

Für eine nachhaltige Infrastruktur

Durch **Begleitgrün an Landesstraßen im Freiland** soll die Notwendigkeit von Mäharbeiten reduziert und die Effizienz der Grünflächenbetreuung gesteigert werden. Eine diesbezügliche Offensive wird geprüft und soll gegebenenfalls umgesetzt werden.

Im Bereich der landeseigenen Immobilien soll im Burgenland ein Pilotprojekt nach dem **„Schwammstadt"-Prinzip** gestartet werden. Dieses Stadtplanungskonzept sieht die Speicherung und größtmögliche Nutzung von anfallendem Regen- bzw. Oberflächenwasser vor. Ziel ist es, einerseits das Klima in Siedlungsgebieten zu verbessern und andererseits Überflutungen bei Starkregen-Ereignissen zu vermeiden bzw. zu verringern. Zugleich wird damit ein Beitrag zur Verbesserung der Grünen Infrastruktur und des Mikroklimas geleistet. Außerdem soll in diesem Bereich im Hinblick auf die Vermeidung von Bodenversiegelung und die Erhaltung wertvoller Bodenflächen künftig verstärkt Augenmerk auf die **Revitalisierung von Leerstand** gelegt werden.

Tierschutz und Tierhaltung

Verantwortung für das Wohl unserer Nutz- und Haustiere

Tierschutz bedeutet, eine sach- und artgerechte Haltung und Nutzung von Tieren sicherzustellen – von Heim- und Haustieren bis hin zu Nutztieren in der Landwirtschaft. Das Burgenland hat sich mit der Bio-Wende und dem konsequenten Fokus auf Tierwohl als Vorreiter in der nachhaltigen Landwirtschaft etabliert. Biologische Landwirtschaft steht nicht nur für den Verzicht auf Gentechnik und einen ressourcenschonenden Umgang mit der Natur, sondern auch für eine artgerechte Tierhaltung, die höchste Standards gewährleistet. Neben Maßnahmen zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Tierwohls sind insbesondere zwei Aspekte von zentraler Bedeutung: Wissenstransfer und Aufklärungsarbeit. Daher ist es essenziell, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu setzen und alle Menschen – von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter – aktiv einzubeziehen. Tierschutz ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, sondern eine ethische Verantwortung, die die Gesellschaft gemeinsam trägt.

Im Bereich der Tierhaltung liegt der Fokus auf der Förderung tiergerechter Haltungssysteme, die sowohl das Wohl der Tiere als auch ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigen. Durch die Entwicklung von **Leitlinien** und gezielte **Förderprogramme** sollen **landwirtschaftliche Betriebe** bei der Umstellung auf tierfreundliche und emissionsarme Haltungssysteme unterstützt werden. Dazu gehören unter anderem der Umbau von Stallungen, die Förderung der Weidehaltung sowie der Einsatz innovativer Technologien wie Agri-Photovoltaik in der Tierhaltung.

Im Rahmen der Weiterentwicklung und Stärkung des Tierschutzes soll ein weiterer Fokus auf die Erweiterung der **Förderprogramme für veterinärbehördlich genehmigte Tierschutzvereine** gelegt werden. Diese Vereine sollen verstärkt Mittel erhalten, um ihre Tierschutzarbeit effizienter und nachhaltiger zu gestalten, insbesondere bei der Versorgung herrenloser oder misshandelter Tiere.

Der Tierschutzbedarf im Burgenland soll umfassend evaluiert werden. Gegebenenfalls soll ein neues **Tierschutzkonzept** für das Burgenland erstellt werden. Durch die Einrichtung eines neuen **Tierschutzhauses im Südburgenland** wird effektiver Tierschutz in allen Landesteilen gewährleistet.

Nur durch **gezielte Information, Beratung und pädagogische Vermittlung** können Verantwortungsbewusstsein, Mitgefühl und ein respektvoller Umgang mit Tieren gefördert werden. Daher sollen **Bildungs- und Aufklärungsprojekte** zur Sensibilisierung für den Tierschutz unterstützt werden. Laufende Initiativen zur Information und Bewusstseinsbildung sollen dabei weitergeführt werden. Eine **Informationskampagne über Freigängerkatzen und Fundtiere** soll umgesetzt werden, um über verantwortungsvolle Tierhaltung, gesetzliche Bestimmungen und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuklären.

Für die **Hundehaltung** soll auf Landesebene eine eigenständige gesetzliche Regelung erarbeitet werden. Dazu soll dieser Bereich aus dem Landessicherheitsgesetz herausgelöst werden. Die Zuständigkeit soll von den Gemeinden auf die Bezirkshauptmannschaften übertragen werden.

Jagd und Fischerei

Nachhaltig im Einklang mit Natur, Tradition und Fortschritt

Jägerinnen und Jäger sowie Fischerinnen und Fischer tragen wesentlich zum Erhalt des ökologischen Gleichgewichts bei. Sie sind maßgeblich an der Pflege unserer Kulturlandschaft und am Schutz der Artenvielfalt, sei es durch die Regulierung von Wild- und Fischbeständen, die Betreuung der Lebensräume oder die Bekämpfung invasiver Arten, beteiligt. In den kommenden Jahren soll mit der Unterstützung und Servicierung der Jägerinnen und Jäger sowie Fischerinnen und Fischer weiterhin ein Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt und zur Pflege der ökologischen Balance geleistet werden.

Ein besonderes Service bleibt die Förderung einer **Jagdhundeunfallversicherung** für vierbeinige Jagdgehilfen. Mit der **Servicestelle für Jagd und Fischerei** in Neutal werden alle Verwaltungsagenden in einer Hand gebündelt – vom Jagdkartenwesen über die Jagdgebietsverwaltung bis hin zu jagdlichen Beratungsleistungen aller Art.

Das Interesse an der Fischerei steigt stetig – im Jahr 2024 absolvierten 349 Personen die Burgenländische Fischereiprüfung. Um dieser Nachfrage auch künftig gerecht zu werden, soll eine **Ausbildungs- und Prüfungsstätte** für fischereiliche Angelegenheiten in Heiligenkreuz errichtet werden, wobei dieses Schulungszentrum, direkt an einem Teich gelegen, ideale Bedingungen für tierschutzgerechte Kurse und Fortbildung bietet.

Um die fachliche und organisatorische Betreuung der Fischerei im Burgenland bestmöglich sicherstellen zu können, wird **eine Landesfischereimeisterin oder ein Landesfischereimeister** bestellt, die oder der als Schnittstelle von Behörden, Fischereivereinen und Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern fungieren soll.

Der ehemalige Schießplatz in Eltendorf wird durch eine „**Werkstatt Natur Süd**“, angelehnt an das Vorzeigeprojekt „Werkstatt Natur“ in Marz, ersetzt. Am Standort in Eltendorf liegt der Schwerpunkt auf einem Baumlehrpfad. Dieser Standort soll zusätzlich zum bereits aus Marz bekannten Angebot den Schülerinnen und Schülern die Vielfalt an Pflanzen und Bäumen näherbringen.

Der **Schießplatz in Pinkafeld** soll erweitert und modernisiert werden. Durch die Einstellung des Schießbetriebes am Schießplatz Steinberg-Dörfl (Bezirk Oberpullendorf) und des Schießplatzes in Eltendorf (Bezirk Jennersdorf) steht der Jägerschaft und den Sportschützen des Burgenlandes südlich von Mattersburg nur noch jener in Pinkafeld zur Verfügung. Um hier für eine ausreichende Kapazität zu sorgen, wird eine Modernisierung und Erweiterung angestrebt.

Um die Jagd zukünftig so ökologisch wie möglich gestalten zu können, soll die Jägerschaft durch **bewusstseinsbildende Maßnahmen** insbesondere im Rahmen der Jagdaus- und -weiterbildung für die ökologischen Folgen der Verwendung von Bleimunition sensibilisiert werden. Ziel ist eine deutliche Reduktion des Einsatzes von bleihaltiger Munition.

Den strengen Regeln des Burgenländischen Jagdgesetzes folgend soll auch in Zukunft das **Aussetzen von Wildtieren** ausschließlich zu Forschungszwecken, zum Zweck der Bestandsstützung oder zur Wiedereinbürgerung erlaubt sein, wobei das Aussetzen für Treibjagden ausgeschlossen ist.

Neben der **Fortführung laufender Wildtiermonitoringprojekte** soll auch die **Öffentlichkeitsarbeit** für Jagd und Fischerei erweitert werden. Bei der Schaffung jagd- und fischereirechtlicher Regelungen ist die Bedachtnahme auf europarechtliche Vorgaben wie beispielsweise die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie eine Selbstverständlichkeit.

Durch Unterstützung und Durchführung von **Biodiversitätsprojekten im Rahmen der Hege**, die auch zukünftig unter anderem über die jährliche Verwendung des Jagdpachtbetrages für wildschadensverhütende oder lebensraumverbessernde Maßnahmen im Sinne des geltenden Burgenländischen Jagdgesetzes erfolgen soll, wird mit Initiativen wie der Begrünung von Weingärten, der Schaffung von Biotopen und Wasserstellen, der Anpflanzung von Grünstreifen und der Aufforstung brachliegender Grundstücke die nachhaltige Erholung des Niederwildbestandes gefördert. Gleichzeitig wird die Zunahme von Wildbienen, anderer Insektenarten und möglicherweise auch seltener Greifvogelarten begünstigt.

Wassermanagement

Die wervollste Ressource vor dem Klimawandel bewahren

Der Osten Österreichs gehört zu den niederschlagsärmsten Regionen des Landes. Angesichts steigender Temperaturen und längerer Trockenperioden dürften sich diesbezügliche Herausforderungen künftig noch verstärken. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich daher zum Ziel, den Neusiedler See vor einer Austrocknung zu bewahren. Der Trinkwasserschutz soll ausgebaut werden und die Renaturierung als effektiver Hochwasserschutz forciert werden.

Die **Trinkwasserversorgung** genießt im Burgenland höchste Priorität. Zum Schutz der Tiefengrundwässer im Nord- und Mittelburgenland wird ein **Regionalprogramm** erarbeitet, die Umsetzung vorausschauender Maßnahmen stellt die Gewährleistung der zukünftigen Versorgungssicherheit mit einwandfreiem Trinkwasser sicher. Auf die Entstehung von Nutzungskonflikten zwischen Bevölkerung, Landwirtschaft, Energie und Wirtschaft soll frühzeitig reagiert und diese mit geeigneten Maßnahmen vermieden werden.

Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen **Gewässerzustandes von Fließgewässern** gesetzt werden:

- Flüssen und Bächen in Freilandstrecken **mehr Raum** geben
- Wiederherstellung von **Landökosystemen** (Salzlacken, Feuchtgebiete)
- **Bepflanzungsmaßnahmen** entlang von Uferstreifen
- Optimierung der Richtlinien zur **Pflege der Ufergehölze**

Der Neusiedler See ist für das Burgenland in vielerlei Hinsicht unverzichtbar. Daher bekennt sich die Burgenländische Landesregierung zum **Erhalt** dieses Naturjuwels sowie zu den von den Ländern Burgenland, Niederösterreich und dem Landwirtschaftsministerium in einem „**Memorandum of Understanding**" paktierten Inhalten. Zum Schutz sensibler Ökosysteme und einzigartiger Lebensräume in der Region Seewinkel sind folgende Maßnahmen geplant:

- **Wasser in der Region** halten (dazu gehört z.B. Wehranlagen automatisieren, das LIFE-Projekt fortführen, Grundwassermodell aktualisieren, Übernutzung Grundwasser verhindern)
- Stützung der natürlichen Wasserressourcen durch die **Zuleitung von Wasser** aus der Donau für die Dotierung des Grundwasserspiegels
- **Seemanagement Burgenland GmbH**: Ausbau der Tätigkeiten, Tätigkeitsfeld auf andere Seen ausweiten
- **Biologische Station Illmitz** erhalten und stärken

Einen weiteren Schwerpunkt der Burgenländischen Landesregierung stellt das **Hochwasser- und Niederwassermanagement** dar. Bestehende Entwässerungsmaßnahmen sollen adaptiert werden und auch die **landwirtschaftliche Bewässerung** soll an die veränderten Gegebenheiten bezüglich langanhaltender Dürreperioden angepasst werden.

Das Burgenland steht durch langanhaltende Dürre- und Hitzeperioden auch hinsichtlich der Wasserentnahmen aus **Flüssen und Bächen** vor großen Herausforderungen. Ein gezieltes Niederwassermanagement ist daher zur Erhaltung von funktionierenden Flusssystemen durchzuführen, zum Beispiel durch die Einschränkung von Entnahmen aus Oberflächengewässern.

Der Klimawandel und die damit verbundenen Wetterextreme stellen auch die **Katastrophenprävention** vor neue Herausforderungen. Damit das Land bestmöglich vorbereitet ist, ist eine Reihe von Maßnahmen geplant:

- **Hangwasserkarten** aktualisieren
- Burgenlandweite **Starkregenkarte** erstellen
- **Hochwasserschutz 2.0** weiter forcieren, wobei bestehende Anlagen „zukunftsfit" gemacht werden sollen und neue Anlagen entsprechend geplant und dimensioniert werden sollen
- **Bewusstseinsbildung** durch verstärkten Einsatz von Simulationen
- **Hochwasserprognosemodelle**, z.B. für die Lafnitz, Strem, Pinka, Rabnitz, Stooberbach, Wulka, etc.

Die **Renaturierung** als effektiver Hochwasserschutz soll forciert und dazu ein **Beirat** zur Empfehlung konkreter Maßnahmen eingerichtet werden.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Schutz und Sicherheit für unsere Gemeinschaft haben oberste Priorität

Nicht zuletzt die verheerenden Überschwemmungen im Jahr 2024 haben erneut gezeigt, wie wichtig es ist, auf unvorhersehbare Ereignisse vorbereitet zu sein und den Katastrophenschutz weiter zu stärken. Zugleich erinnern solche Ereignisse daran, wie wichtig schnelle Hilfe im Ernstfall ist, um Schäden zu minimieren und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Freiwillige Feuerwehren erfüllen ehrenamtlich Aufgaben im Sicherheits- und Katastrophenschutz und entlasten damit auch die öffentlichen Finanzen. Seitens des Landes besteht deshalb eine klare Verpflichtung zur bestmöglichen Unterstützung.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich dazu, die **dezentralen Strukturen** im Sicherheitsbereich – vom Bundesheer über die Polizei bis hin zu den Feuerwehren und den Rettungsdiensten – zu unterstützen.

Die Strukturen der heimischen Feuerwehr sollen dauerhaft abgesichert werden und die dazu nötigen Finanzmittel werden zur Verfügung gestellt. Das Land soll in den nächsten Jahren wesentliche **Investitionen in das Feuerwehrwesen** tätigen.

Der vom Land Burgenland gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband ausgearbeitete **Fünf-Stufen-Plan** wird bis 2027 flächendeckend im ganzen Land ausgerollt. Nach der Anschaffung von Wechselladerfahrzeugen für Katastrophenschutzstützpunkte, transportablen Notstromaggregaten und mobilen Dieseltankstellen sowie Teleskopladern werden in den nächsten Schritten organisatorische und personelle Maßnahmen gesetzt. Ein autarker Einsatzbetrieb für rund 120 Einsatzkräfte über mehrere Tage und Wochen unabhängig vom Standort soll sichergestellt werden. Die fünfte Phase sieht die Einrichtung eines Landeskatastrophenschutzlagers vor.

Ein weiteres Vorhaben ist **der Neubau bzw. die Sanierung der Landesfeuerwehrschule** und des Landesfeuerwehrkommandos mit Augenmerk auf ökologische Kriterien.

Im Bereich der behördlichen **KAT-Abwicklung** soll es zu einer personellen Neustrukturierung kommen. Die Baudirektion soll künftig in die KAT-Planungen integriert werden.

Die Polizei soll bei **Schwerverkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen** weiterhin unterstützt werden.

Der Schutz und die Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer stehen an oberster Stelle. Vor dem Hintergrund zunehmender Schadensereignisse werden Mittel für den Katastrophenschutz kontinuierlich evaluiert. Mit der **Adaptierung der Sonderrichtlinie** für Auszahlungen aus dem Katastrophenfonds soll es zu einer dauerhaften Lösung unter Vorbehalt der budgetären Möglichkeiten kommen.

Die Möglichkeit einer **Katastrophenversicherung** soll auf landesgesetzlicher Basis geprüft werden.

Beim Katastrophenschutz sollen **vulnerable Gruppen** wie Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen besonders berücksichtigt werden. Insbesondere braucht es Bestimmungen, damit **Informationen im Notfall** so verbreitet werden, dass auch ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen diese erhalten. Damit soll der Zivilschutzverband als die für den Bevölkerungsschutz zuständige Stelle beauftragt und damit gestärkt werden.

Sport

Sportliche Vielfalt im Burgenland – Bewegung für alle

Das „Sportland Burgenland" bietet topografisch und klimatisch ideale Voraussetzungen für die Ausübung von Gesundheits-, Breiten- und Spitzensport. Zahlreiche Vereine geben nicht nur zusätzliche sportliche Impulse, sie tragen auch zum Miteinander in den burgenländischen Gemeinden bei. Eine strategisch ausgerichtete Sportstätteninfrastruktur, treffsichere Förderungen und zeitgemäße Rahmenbedingungen für das Vereinswesen sollen auch künftig sportliche Erfolge ermöglichen und das Burgenland als Austragungsort sportlicher Wettbewerbe stärken.

Die **Sportstrategie Burgenland** soll weiterverfolgt und Schritt für Schritt umgesetzt werden. Mit dem **Bau eines Landessportzentrums** in Mattersburg, das den gegenwärtigen Anforderungen entspricht, und der gleichzeitigen Erstellung eines Nachnutzungskonzepts für das bestehende **Landessportzentrum VIVA** in Steinbrunn sowie dem Ausbau der **Sportinfrastruktur in allen Bezirken** soll das Sportland Burgenland künftig national und international stärker positioniert werden.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur **Förderung von Bewegungsinitiativen und -projekten**, die sowohl den Gesundheits- und Breitensport als auch den Spitzensport im Burgenland unterstützen sollen:

- Weiterer Ausbau des Projekts „**Tägliche Bewegungseinheit**"
- Fortführung des Projekts „**Jedes Kind soll schwimmen lernen**" sowie Stärkung durch die Absicherung des Hallenbades Pinkafeld sowie des Hallenbades Neusiedl
- Umsetzung einzelner Maßnahmen im Schul- und Breitensport, etwa die Fortführung der Initiative „**Ur-Fit**", in deren Rahmen eine Schnittstelle zwischen Vereinen und Schulen geschaffen wurde
- Schaffung einer **Applikation** zur Förderung von Bewegung (Sport-App zur Motivation über moderne Medien)
- Unterstützung bei der Schaffung von **Landeskadern** im Nachwuchsbereich verschiedener Sportarten

Um den **Bereich der Sportförderung** weiter zu attraktiveren, soll den Vereinen und Sportstätten künftig bei Energieeinsparungsmaßnahmen und bei der Errichtung von erneuerbaren Energiesystemen unter die Arme gegriffen werden. Hierfür sollen die Fördersätze bzw. die Rahmenbedingungen adaptiert werden.

Zur Förderung des heimischen Sportwesens soll ein Modell zur **Anstellung angehender Spitzensportlerinnen und Spitzensportler** bei der Sport Burgenland GmbH erarbeitet werden. In diesem Rahmen sollen die Athleten als Werbeträger für das Burgenland fungieren, während sie durch diese Fördermaßnahme sozial abgesichert werden.

Um Übergriffen im Sportwesen vorzubeugen und Betroffene bestmöglich zu unterstützen, soll beim burgenländischen Sport- und Vereinsombudsmann eine Landesschnittstelle zur Vertrauensstelle vera* **gegen Machtmissbrauch im Sport- und Kulturbereich** eingerichtet werden.

Werte und Vereine

Das Burgenland bleibt ein Land des Miteinanders

Das Burgenland ist ein Bundesland, das von einem ganz besonderen Zusammenhalt geprägt ist. Dieser Zusammenhalt entsteht dadurch, dass Menschen nicht ausschließlich ihre Eigeninteressen, sondern das Miteinander in den Vordergrund stellen – in der Familie, im Beruf, im Vereinsleben, in der Gemeinschaft. Stabilität, Sicherheit und Zusammenhalt als Werte, die das Burgenland auszeichnen, sollen weiterhin geachtet und gelebt werden und die Basis für eine weiterhin positive Entwicklung bilden. Auch in Zukunft soll das Gemeinsame vor das Trennende gestellt und Tendenzen zur gesellschaftlichen Spaltung entschieden entgegengetreten werden. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich daher zu einer gemeinsamen Politik im Interesse aller Menschen im Burgenland.

Die Burgenländische Landesregierung hält am **Verbot der Sonntagsöffnung** fest, der Sonntag soll als Tag der Familie und Freizeit auch weiterhin arbeitsfrei bleiben. So soll zur Entlastung und Lebensqualität der zahlreichen Pendlerinnen und Pendler im Burgenland beigetragen werden, die Ausgewogenheit zwischen Arbeit und Freizeit unterstützt werden und Familien eine Grundlage für gemeinsame, verlässliche Strukturen geboten werden.

Christliche Tradition des Landes achten

Im Hinblick auf die christlich geprägte Tradition des Burgenlandes wird die Burgenländische Landesregierung den **Karfreitag weiterhin als Feiertag im Landesdienst** führen. Insbesondere für evangelische Christen spielt der Karfreitag eine zentrale Rolle.

Die Republik Österreich bekennt sich in ihrer Verfassung zur Trennung von Staat und Kirche. Hinsichtlich der christlichen Tradition Österreichs und des Burgenlandes gilt es auf festem Verfassungsboden einen vernünftigen Rahmen für die Hereinnahme von Religion und religiösem Brauchtum in die gesellschaftliche Öffentlichkeit bereitzustellen. Zumal in Österreich sowie in vielen anderen Ländern Europas gesellschaftlich keine Mehrheit zur Abschaffung von Kreuz und Religion im öffentlichen Raum in Sicht ist, soll dies im Burgenland gelebt werden. Das burgenländische Werteverständnis beruht auf christlichen Traditionen, dem jüdischen Erbe und den Errungenschaften der Aufklärung und begründet die heutige burgenländische Gesellschaft in ihrer auf Freiheit basierenden Grundordnung. Die Burgenländische Landesregierung wird daher im Wissen um die tieferen humanen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge das **christliche Kreuz** nicht aus dem öffentlichen Raum verbannen und hält am Kreuz als religiöses Symbol fest.

Zusammenhalt und Werte hochhalten

Die Landesregierung bekennt sich dazu, den Zusammenhalt im Land hochzuhalten und die **vorhandene Wertebasis als zentrale Gemeinsamkeit im Land** weiterhin zu unterstützen und zu fördern. Dazu zählt die christliche Tradition ebenso wie das Bekenntnis zu Menschlichkeit, Zusammenhalt und Toleranz gegenüber Andersdenkenden, mit dem Ziel, im Burgenland weiterhin ein friedvolles, aufgeschlossenes Miteinander zu ermöglichen, wobei der Schutz des menschlichen Lebens mehr gesellschaftspolitische Relevanz bekommen muss.

Ehrenamt stärken

Das Burgenland zeichnet sich in besonderem Maße durch ein reges Vereinsleben aus, das vom Ehrenamt getragen wird. Ohne die Tätigkeit der vielen Freiwilligen wäre das gesellschaftliche Leben im Land um einiges ärmer und viele Leistungen im Dienst der Gesellschaft wären nicht möglich. Daher wird die Burgenländische Landesregierung weiterhin die bestmögliche Unterstützung für heimische Vereine anbieten, sei es durch **Vereinsförderungen und Bedarfszuweisungen, wirksame normative Regelungen oder unterstützende Initiativen und Projekte**.

Nicht zuletzt aus Sorge vor persönlichen Haftungen und rechtlichen Risiken wird es zunehmend schwierig, Menschen für Organfunktionen in Verbänden und Vereinen sowie für Ehrenämter, aber auch für Gemeindetätigkeiten zu gewinnen. Daher plant das Land Burgenland die **Schaffung einer Versicherung** für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre.

Demokratie, Transparenz, moderne Verwaltung und Konsumenten-schutz

Vertrauen durch Transparenz: Gelebte Demokratie im Burgenland

Demokratie funktioniert nur, wenn Entscheidungen nachvollziehbar sind und die Bevölkerung Vertrauen in politische Prozesse hat. Deshalb setzt sich das Burgenland dafür ein, dass politische Entscheidungen offen und verständlich kommuniziert werden. Klare Entscheidungsstrukturen und transparente Verwaltungsprozesse sollen sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger wissen, wie und warum Entscheidungen getroffen werden. Die Landesregierung fördert das Verständnis für politische Abläufe und entwickelt neue Möglichkeiten der Mitbestimmung. Eine starke Beteiligung der Bevölkerung machen Demokratie lebendig und sorgen für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Größtmögliche Transparenz bei politischen Entscheidungen, aber auch im Bereich der Verwaltung, sollen das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prozesse stärken. Zudem soll ein Ausbau der Konsumentenschutzberatung für die Wahrung der Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Betrieben im Burgenland sorgen.

Weitere Normprüfungsverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof sind geplant, wenn es auf Bundesebene zu gesetzlichen Maßnahmen kommt, die den Interessen des Burgenlandes und seiner Bevölkerung widersprechen und eine Überprüfung auf Verfassungskonformität geboten scheint.

Für den Fall, dass Abgeordnete oder Regierungsmitglieder **strafrechtlich angeklagt** werden, soll, sofern dies landesgesetzlich realisiert werden kann, deren Funktion automatisch ruhend gestellt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Möglichkeit der Kürzung der Parteienförderung geprüft.

Mehr Transparenz schaffen

Transparenz und das Vertrauen in gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter sind ein wichtiges demokratisches Gut. Um dieses Vertrauen in Zeiten von demokratiefeindlichen Entwicklungen zu festigen, sollen noch genauere Regelungen bei der **Verwendung von Partei- und Klubförderung** eingeführt werden, sodass sichergestellt wird, dass öffentliche Gelder nicht für private Zwecke aufgewendet werden können.

Bei **Ausschreibungen** ab der Position von Abteilungsvorständinnen und -vorständen im Landesdienst sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern in der Landesholding soll die Anzahl der als geeignet angesehenen Bewerberinnen und Bewerber und die Kommission veröffentlicht werden. Dies gilt ebenso für den Personalberater vorbehaltlich dessen Zustimmung. Es muss sichergestellt werden, dass keine Rückschlüsse auf die Person gezogen werden können.

Ein **Public Governance Kodex** soll aufbauend auf den bestehenden Konzernrichtlinien im Bereich der Landesholding erarbeitet werden.

Für starke Kontrollinstanzen sorgen

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof prüft **Körperschaften öffentlichen Rechts**, die mit Gemeindemitteln finanziert werden. In Zukunft soll auch eine Prüfung von dieser Körperschaften möglich sein, wenn sie Mittel des Landes erhalten.
Im Bereich der **Gemeindeprüfungen** durch den Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind pro Gesetzgebungsperiode des Landtages nicht mehr als zehn Prüfungen von Gemeinden möglich. Um künftig **Querschnittsprüfungen** zu ermöglichen, wo mehrere Gemeinden gleichzeitig hinsichtlich eines Aspekts geprüft werden, soll diese Grenze entfallen.

Für **die Direktorin bzw. den Direktor** des Burgenländischen Landes-Rechnungshofs soll es künftig eine **zweijährige Cool-off-Phase** geben, in der diese oder dieser nach Beendigung der Funktion beim Landes-Rechnungshof keine Leitungsfunktion im Landesdienst übernehmen darf.

Demokratiebewusstsein stärken

Die Burgenländische Landesregierung wird die **Demokratieoffensive** weiterführen, in deren Rahmen in den Schulen Demokratie und Mitbestimmung vor allem für junge Menschen direkt erlebbar gemacht sowie Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Im Hinblick darauf ist die Ausweitung der Besuche von Schülerinnen und Schülern im Landtag geplant, um sie für Politik und deren Institutionen zu interessieren.

Weiters sieht die Burgenländische Landesregierung Transparenz als hohes Gut an und bekennt sich im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes zu **proaktiven Veröffentlichungen von öffentlichem Interesse**. Die Wirksamkeit des **Informationsfreiheitsgesetzes** soll nach spätestens zwei Jahren evaluiert und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich getroffen werden.

Öffentliche Verwaltung optimieren

Die Einrichtung eines **Vorschlagswesens**, bei dem durchführbare interne Verbesserungsvorschläge prämiert werden, soll zu **Einsparungen und Effizienzsteigerungen** in der Verwaltung führen.

Die **Fortbildung von Nachwuchsführungskräften** soll verstärkt gefördert werden. Außerdem soll ein **Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung** mittels einer Vereinbarung mit dem zuständigen Ministerium unterstrichen werden.

Eine Ausweitung des **Schutzes von Whistleblowern** im Burgenländischen Hinweisgeberschutz-Gesetz soll evaluiert werden.

Konsumentenschutz ausbauen

Zur weiteren Stärkung des Konsumentenschutzes im Burgenland soll die **Konsumentenschutzberatung ausgebaut** werden. So soll das Land Burgenland Verbraucherinnen und Verbraucher auch künftig unterstützen.

Europa

Internationale Beziehungen in einem Europa der Regionen aktiv ausbauen

Kein Bundesland hat vom EU-Beitritt so profitiert wie das Burgenland. Die Fakten sprechen für sich: Lag das BIP pro Kopf 1995 im Burgenland noch bei 70 Prozent des EU-Durchschnitts, konnte es auf aktuell etwa 90 Prozent gesteigert werden. Der Aufschwung des Burgenlandes ist sichtbar und spürbar. Die positive Entwicklung zeigt sich auch in den Beschäftigungszahlen, einer hohen Bildungsquote, der Anhebung der Löhne, weiter steigenden Nächtigungszahlen und bei der Ansiedlung von Unternehmen. Das Burgenland ist in vielen Bereichen Vorreiter und Vorbild in der EU. Dank der Wind- und Photovoltaikparks wird im Burgenland weit mehr Strom erzeugt, als verbraucht. 2023 wurde das Burgenland als beste Bio-Region in der EU ausgezeichnet, der Mindestlohn und das burgenländische Pflegemodell gelten als wegweisend. Um aufkeimender Europaskepsis entgegenzutreten und die positiven Errungenschaften des vereinten Europas für das Burgenland auszubauen, bedarf es auch in Zukunft Initiativen im Sinne der Vielfalt und Völkerverbindung.

Das Bekenntnis des Burgenlandes zur Europäischen Union soll gestärkt und dem 30-jährigen Jubiläum des EU-Beitritts gebührend Rechnung getragen werden. Daher sollen in dieser Gesetzgebungsperiode im Burgenländischen Landtag mindestens **zwei Europa-Enqueten** durchgeführt werden.

EU-Fördermittel lukrieren

Das Burgenland hat in den letzten 25 Jahren auch dank der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Union einen kräftigen Aufschwung erlebt. Die burgenländische Europapolitik zeichnet sich durch eine starke Vernetzung mit den Regionen Europas aus. Die europäische Agenda des Landes fokussiert auf die Umsetzung und Verteidigung der **Europäischen Säule sozialer Rechte** und den **nachhaltigen Wandel des Wirtschaftssystems** zur Erhaltung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit im Burgenland. Die Burgenländische Landesregierung soll sich daher auch weiterhin für möglichst attraktive EU-Förderprogramme für die Regionen einsetzen und stellt sich klar gegen diesbezügliche Zentralisierungstendenzen im neuen Finanzrahmen 2028 bis 2034.

Unter Nutzung des Verbindungsbüros in Brüssel und in enger Kooperation mit der Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH und dem mit der Wirtschaftskammer Burgenland gemeinsam zu gründenden **Internationalisierungscenter** sollen Unternehmen bei Förderthemen und der Marktbearbeitung für den Export künftig noch stärker unterstützt werden. Insgesamt wird der Fokus auch verstärkt auf Direktförderungen gerichtet werden, da diese ergänzend zu den Fonds zur Regionalförderung projektbezogene Unterstützung bieten.

Internationale Beziehungen vertiefen

Die Burgenländische Landesregierung steht für eine aktive Europapolitik vom Klimaschutz bis zur Umsetzung und Verteidigung der Europäischen Säule sozialer

Rechte. Die Prioritäten der EU in den Bereichen **Sicherheit, nachhaltiger Wohlstand, Demokratie und soziale Gerechtigkeit** sollen unterstützt und Beiträge zur Umsetzung geleistet werden.
Um die Begeisterung für Europa zu wecken und die Vorteile eines gemeinsamen, solidarischen und friedlichen Europas begreifbar zu machen, werden niedrigschwellige **Informations- und Austauschprojekte** insbesondere von jungen Menschen zu europäischen Themen gestärkt.

Aktive Nachbarschaftspolitik und Europäische Integration vorantreiben

Das Burgenland bekennt sich zu Europa. Der Burgenländischen Landesregierung ist es ein Anliegen, die europäische Integration zu stärken und die **aktive Nachbarschafts- und Regionspolitik auszubauen** und zu intensivieren, um den Wirtschaftsraum und den Standort weiter zu stärken. Gerade in Zeiten, in denen europäische Partner mit Sorge auf die bundespolitischen Entwicklungen schauen, wird das Burgenland ein **verlässlicher Teil eines Europas der Regionen** sein. Dieses Bekenntnis schließt nicht nur bestehende EU-Regionen ein, sondern auch potenzielle Beitrittskandidaten vom Westbalkan bis hin zur Ukraine mit der Partnerregion Transkarpatien, um gemeinsam an einem solidarischen und handlungsfähigen Europa mitzuwirken.

Netzwerk in Europa ausbauen, um Interessen aktiv zu vertreten

Die Burgenländische Landesregierung versteht die Europäische Union nicht als Top-down-Prozess, sondern **beteiligt sich aktiv am europäischen Gesetzgebungsprozess**. Das Burgenland wird sein gutes Netzwerk mit den EU-Institutionen weiter pflegen, ebenso die Kommunikation mit den politischen Vertretern und Vertreterinnen in den Nachbarländern und mit Regionen mit gemeinsamen Interessen. Dialog ist dabei ein Mittel, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, um Probleme leichter zu lösen und ein konstruktives Miteinander als Nachbarn und als Partner in der Europäischen Union, aber auch gegenüber anderen Ländern zu ermöglichen. Die Vertreter und Vertreterinnen des Landes Burgenland werden sich im **Ausschuss der Regionen** bei der Entwicklung europäischer Maßnahmen engagieren, auch bei der Stärkung gemeinsamer demokratischer Werte.

Um einen relevanten Beitrag zu einem geeinten und friedlichen Europa zu leisten, werden **Kooperationen und europäische und internationale Initiativen und Projekte** gemeinsam mit europäischen Institutionen, Regionen und Städten ausgebaut.

Die Burgenländische Landesregierung wird die **Interessen des Landes** konsequent und nachdrücklich in den zuständigen EU-Gremien vertreten und ihre Stimme dann erheben, wenn es zu Entwicklungen in der Europäischen Union kommt, die nicht der burgenländischen Sichtweise und Positionen entsprechen. Das Land Burgenland ist sich der großen Herausforderungen der EU-Politik bewusst. Interessen sollen weiterhin durch kluge Entscheidungen vorangetrieben werden, beispielsweise in der **Verkehrspolitik**, die den Transit durch das Burgenland regelt, zum Klimaschutz beiträgt und Pendler nicht benachteiligt.

Impressum
Medieninhaber: Land Burgenland
Herausgeber: Amt der Burgenländischen Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt
Coverbild: Burgenland Tourismus/Paul Szimak